

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Martin Greiffenhagen
Zur Rolle der Sprache
in der Politik

Friedrich-Wilhelm Schlomann
Trotzkisten – Europäische
Arbeiterpartei – „Maoisten“

Wolfgang Benz
Die Opfer und die Täter –
Rechtsextremismus in der
Bundesrepublik

ISSN 0479-611 X

B 27/80
5. Juli 1980

Martin Greiffenhagen, Dr. phil., geb. 1928, o. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart.

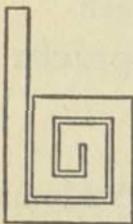
Veröffentlichungen u. a.: Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, München 1971, 1977²; Demokratisierung in Staat und Gesellschaft (Hrsg.), München 1973; Freiheit gegen Gleichheit?, Hamburg 1975; Zur Theorie der Reform (Hrsg.), Karlsruhe 1978; Ein schwieriges Vaterland. Zur Politischen Kultur Deutschlands (mit Sylvia Greiffenhagen), München 1979.

Friedrich-Wilhelm Schlomann, Dr. iur, geb. 1928 in Lüneburg, Redakteur der „Deutschen Welle“ in Köln; Studium in Rostock, Leipzig, Freiburg und Basel.

Veröffentlichungen: Die Maoisten. Pekings Filialen in Westeuropa, Frankfurt 1970; Tschiang Kai-schek. Ein Leben für China, Stuttgart 1976; Zahlreiche Artikel in deutschen und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften.

Wolfgang Benz, Dr. phil., geb. 1941 in Ellwangen, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München; Studium der Geschichte, Kunstgeschichte und Politikwissenschaft in Frankfurt, Kiel und München.

Veröffentlichungen u. a.: Süddeutschland in der Weimarer Republik, Berlin 1970; Politik in Bayern 1919—1933, Stuttgart 1971; Quellen zur Zeitgeschichte (Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Band 3), Stuttgart 1973; Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945 (zus. mit G. Plum und W. Röder), Stuttgart 1978; Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen. Zur Geschichte des Grundgesetzes, München 1979; Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg, Stuttgart 1979.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Zur Rolle der Sprache in der Politik

Sprache und Politik

Sprache ist nicht nur ein wichtiges Mittel des Politikers, sondern das Element, in dem sein Beruf sich vollzieht. Was er auch tut, auf welchem Felde er auch wirkt, stets arbeitet er mit dem geschriebenen, gelesenen, gehörten oder gesprochenen Wort: Er liest diplomatische Korrespondenz, Sitzungsprotokolle, Geheimdienstberichte, Zeitungskommentare, wissenschaftliche Gutachten, Akten aller Art. Er schreibt Briefe, diplomatische Noten, parlamentarische Reden. Er formuliert Depeschen, Wahlprogramme, Werbetexte. Er arbeitet Verträge aus. Seine Anweisungen, Korrekturen und Bemerkungen finden sprachlich unterschiedliche Formen. Der Arbeitstag des Politikers besteht aus Beratungen, Sitzungen, öffentlichen Reden, Diktaten, Empfängen, Arbeitessen, diplomatischen Adressen. Das Leben des Politikers ist reden, schreiben, lesen: Umgang mit dem Wort.

Dabei bewegt sich der Politiker in den verschiedensten Sprachfeldern, Sprachebenen und Sprachstilen. Je mehr von ihnen er beherrscht, desto besser für ihn. Er spricht die Hochsprache seines Landes, er sollte aber auch landsmannschaftlich gebundene Idiome und Dialekte mindestens kennen, lieber noch aktiv beherrschen, wenn er ‚den Ton‘ der Bevölkerung jeweils treffen will. Dasselbe gilt für den Jargon und die Fachsprache der wichtigsten sozialen Gruppen. Im diplomatischen Umgang empfiehlt sich die Kenntnis der wichtigsten lebenden Sprachen. Literaturkenntnisse, ein Schatz von Anekdoten und Sentenzen steigern seine Popularität, die Kunst der Satire seine Wirksamkeit im Parlament und in Wahlkämpfen. Kein Wunder, daß viele Politiker, bevor sie es wurden, schon mit der Feder umgingen, als Journalisten nämlich.

Der Politiker muß nicht nur verschiedene Sprachstile beherrschen, sondern er setzt in

seinen Texten jeweils ein ganz verschiedenes Maß an logischer Exaktheit, Information und Redundanz ein: Verträge erfordern zweifelsfreie Eindeutigkeit, Wahlreden eine gehörige Portion ‚flächendeckender‘ Mehrdeutigkeit. (Auch Verträge verlangen zuweilen Mehrdeutigkeit und sprachliche Unentschiedenheit — aber natürlich eine jeweils präzise kalkulierte.) Das Verhältnis von Information und Redundanz will besonders in der öffentlichen Rede behutsam abgewogen sein: Zuviel Information ängstigt selbst dann, wenn es sich um gute Neuigkeiten handelt. Redundanz beruhigt, weil sie das vertraute Weltbild bestätigt und ein Wir-Gefühl vermittelt, das der Politiker als Vertrauensbasis braucht.

Dem *demokratischen* Politiker liefert die Sprache die wichtigste Quelle seiner Wirksamkeit: Legitimität. In Reden stellt er sich zur Wahl, die ihn in das erstrebte Amt und an die Macht bringt. Politik heißt in der Demokratie öffentliche Argumentation und parlamentarische Debatte. Nicht im Geheimen Rat oder im fürstlichen Kabinett, sondern im bürgerlichen Rathaus und auf dem öffentlichen Platz wird über politische Karrieren entschieden. Deshalb studierte man in der griechischen und römischen Republik als angehender Politiker zusammen mit den Studenten der Jurisprudenz und der Philosophie Logik, Rhetorik, Dialektik und Hermeneutik.

Sprache und Sozialität

Die Griechen haben in ihrer politischen Theorie zwei Bestimmungen des Menschen eng zusammen gedacht, die für unser Thema konstitutiv sind. Der Mensch galt ihnen gleichermaßen als *zoon logon echon* und als *zoon politikon*: ein Wesen, das den Logos, d. h. Sprachvernunft hat und das *darin* politisch ist, d. h. Sozialität hat. Menschliche Gemeinschaft ist immer Sprachgemeinschaft. Der sprachlichen Grammatik entspricht eine soziale Grammatik, Verbalisation ist Sozialisation.

Menschliche Sprachgemeinschaft ist stets auf eine bestimmte soziale Gruppe bezogen: Das Gemeinsame bestimmt sich durch Aus- und

Auszugsweiser Vorabdruck aus dem in Kürze in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erscheinenden Sammelband „Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit“, der von Martin Greiffenhagen herausgegeben wird.

Abgrenzung gegen andere Sprach- und Sozialgruppen. Das gilt für Kleingruppen ebenso wie für Großgruppen. Nicht nur Staaten und Nationen sprechen ihre eigene Sprache, sondern auch Landsmannschaften, Stände, Klassen, Berufsgruppen, Konfessionen, Jugend oder Alter. Politische Gruppierungen entstehen aus solchen verschiedenen sozialen Impulsen und Elementen. Ihre sprachliche Konstituierung enthält Hinweise auf diese sozialen Quellen ihrer Entstehung. Früher, als es noch ausgesprochene Klassen- und Weltanschauungsparteien gab und eine größere Vielfalt des Parteienspektrums eine größere Deckungsgleichheit von sozialen und politischen Formierungen ergab, waren auch die sprachlichen Konturen deutlicher sichtbar. Heute, im Zeitalter der großen Volksparteien, ist es schwieriger, in der sprachlichen Konstitution die Spuren sozialer und ideologischer Zuordnung festzustellen. Möglich aber bleibt es nach wie vor. Dies zu zeigen, ist unter anderem Aufgabe dieses Bandes.

Sprache ermöglicht dem Menschen das Leben in Gruppen. Sie tut das auf folgende Weisen, die alle miteinander zusammenhängen und, strenggenommen, nicht getrennt werden, sondern nur als Aspekte ein und derselben Sache gelten dürfen:

1. als intellektuelle Wirklichkeitserfahrung,
2. als Institution, die den einzelnen von Entscheidungsüberforderungen entlastet,
3. als Träger gesellschaftlicher Normierung,
4. als Instrument gesellschaftlicher Kontrolle.

1. Sprache als intellektuelle Wirklichkeitserfahrung

Durch Sprache begegnet mir die Welt. Indem ich Dinge und Verhältnisse bezeichne und benenne, erkenne ich sie in ihrem Zusammenhang. Dieser ist in verschiedenen Gesellschaften verschieden. Die Eskimos kennen sehr viel mehr Ausdrücke für Schnee als wir: Er ist ihre Welt, ihre Lebensbedingung, ihr Element.

2. Sprache als Institution

Jede Institution entlastet den Menschen von ‚Entscheidungszumutungen‘ (A. Gehlen), d. h. von der Aufgabe, stets neu zu überlegen, wie er sich in einer Lage verhalten soll. Wer gewohnt ist, jeden Menschen zu grüßen, dem er begegnet, braucht nicht zu überlegen, ob er den Betreffenden kennt, ihn mit seinem Gruß erfreut, verärgert oder irritiert.

Die Sprache ist die entlastendste Institution, die der Mensch geschaffen hat: Auch wer persönlichste Erfahrungen berichten will, bedient sich mit der Sprache einer allgemein verständlichen, vorgeprägten Ausdruckweise. Wofür die Sprache in jahrhundertelanger Entwicklung keine Ausdrucksmöglichkeiten bereitstellt, das läßt sich nicht nur nicht sagen, sondern auch kaum erfahren. Hier liegen die großen Probleme fremdsprachlicher Übersetzungen und Übertragungen.

3. Sprache als Träger gesellschaftlicher Normierung

Ohne Sprache gäbe es keine Werte. Die Wertwelt wird uns vor allem durch Sprache vermittelt, als eine ‚innere Welt‘. Die sittliche Erziehung geschieht im Wege einer wachsenden Ausgestaltung sprachlich gefaßter Sollensvorschriften. Was gut und böse ist, was für freundlich und unfreundlich gilt, wird zugleich im sozialen und sprachlichen Bildungsprozeß gelernt.

4. Sprache als Instrument gesellschaftlicher Kontrolle

Das Moment gesellschaftlicher Kontrolle steckt im Vokabular, in der Grammatik. Ein Beispiel: Wer jemandem rät, läßt ihn frei darin, ob er dem Rat folgen will oder nicht. Wer jemanden berät, erwartet, daß er sich dem Rat fügt. Der moderne Vorsorgestaat liefert Hunderte von Beispielen für die Zunahme des Akkusativs als Ausdruck wachsender Kontrolle.

Jede soziale Gruppe, ob groß oder klein, kontrolliert sich selbst durch Tabuisierung von Wörtern und Ausdrucksweisen, durch Hochschätzung von Begriffen, Geltung von Modeworten. Wer dazugehören will, hält sich füglich an diese ungeschriebenen Regeln des Wortgebrauchs und der Redeweise. Nuancen und Abweichungen werden in Grenzen toleriert, man kann sie sogar benutzen, um seine soziale, berufliche oder landsmannschaftliche Stellung zu betonen. Auch politische, religiöse oder ideologische Präferenzen lassen sich durch Wortgebrauch und Grammatik bekunden. Wer sich zu weit von der Gruppensprache entfernt, riskiert, als Abweichler geschnitten zu werden. Jugendliche Aufsässigkeit zeigt sich stets auch in sprachlichem Nonkonformismus. Erziehung bedient sich des Mittels sprachlicher Kontrolle: Nicht die ‚häßlichen Wörter‘ allein sollen gemieden werden, sondern die Taten oder Haltungen, die sich in ih-

nen verraten oder verbergen. Dasselbe gilt für die große Politik: Politische Sprachkontrolle (z. B. das Verpönen des Ausdrucks BRD für unser Gemeinwesen) dient der sozialen und ideologischen Kontrolle von Großgruppen.

Politische Herrschaft durch Sprache

Wer die Dinge benennt, beherrscht sie. Definitionen schaffen ‚Realitäten‘. Wer definiert, greift aus der Fülle möglicher Aspekte einen heraus, natürlich denjenigen, der ihm wichtig erscheint. Diese ‚Reduktion von Komplexität‘ (Niklas Luhmann) geschieht überall, und also auch in der Politik. Hier tritt der Machtaspekt besonders hervor: Wer die Macht hat, Verhältnisse zu schaffen oder zu verändern, wird sie auch in seinem Sinne bezeichnen und ihnen auf diese Weise den Stempel seiner Beurteilung aufdrücken. Ein Beispiel aus den USA:

„Beim politischen Betrachter hat der Ausdruck ‚Gleichstellung‘ lange die Vorstellung einer gerechten Verteilung von Kosten und Nutzen auf Bauern und Verbraucher geweckt. In Wirklichkeit hat diese Parole ein System legitimiert, das großzügige Subventionen an große Farmen verband mit geringer oder gar keiner Unterstützung der kleinen bäuerlichen Familienbetriebe und einem höchst lückenhaften Schutz des Verbrauchers. Aber wer könnte gegen eine Gleichstellung opponieren? Sie fördert den Quietismus der Massenöffentlichkeit ebenso wirksam, wie sie eine Rechtfertigung für die materiellen Vergünstigungen bietet, welche die Agrarpolitik austeilt.“¹⁾

Besondere politische Prägekraft wohnt stets der ersten Definition inne: Sie gibt einem Problem den gewünschten Zuschnitt, läßt es in der gewünschten Beleuchtung erscheinen und präjudiziert damit eine Lösung, die man wünscht: „Es ist meistens die *erste* Definition eines Problems, die die Menschen akzeptieren ... Einmal akzeptiert, wird eine metaphorische Auffassung zum begrifflichen Kristallisationspunkt, um den herum die Öffentlichkeit in der Folge passende Informationen organisiert und in dessen Licht sie diese Informationen interpretiert. Auf diese Weise wird eine bestimmte Auffassung verstärkt und scheint sich für diejenigen, deren Einstellungen sie formuliert, immer wieder neu zu bewahrheiten. Sie beginnt, sich selbst zu perpetuieren.“²⁾

¹⁾ Murray Edelman, Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt a. M. 1976, S. 152.

²⁾ Ebd. S. 153.

Schließlich ist derjenige politisch im Vorteil, der eine Alternative formuliert. Mit ihr können alle anderen Möglichkeiten, ein Problem zu sehen oder zu lösen, abgeblendet werden. Diese Art Komplexitätsreduktion ist in der Politik stets sehr erfolgreich gewesen. Die großen revolutionären Ideologien leben alle von einfachen Alternativen. Sie werden leicht verstanden, prägen das Bewußtsein und können hohe Handlungsmotivation liefern: Wenn es um alles oder nichts, Ende oder Wende, rot oder tot geht, wächst mit der Entschiedenheit der Alternative auch die Kraft zur Entscheidung.

In den Zusammenhang politisch mächtiger Definitionen und Alternativen gehört das Schlagwort. Wer es zur rechten Zeit findet oder erfindet, kann Gefolgschaft finden, die Richtung von Wahlkämpfen bestimmen, dem Gegner schweren Schaden zufügen. Schlagworte treffen den Gegner auch dann, wenn sie den Wortsinn der Sache verfehlen. Das Schlagwort vom ‚Konsumterror‘, das zur Zeit der Protestbewegung eine große Rolle spielte, hatte mit dem bisher gebräuchlichen Sinn von Terror nichts mehr zu tun. Trotzdem hat es einer ganzen Generation den Kopf vernebelt und vermutlich sogar einen gewissen Beitrag zur Entstehung des Terrorismus geliefert. Das Schlagwort von den ‚Sympathisanten des Terrors‘ brachte auf sachlich unzutreffende Weise ideologische Positionen mit kriminellen Handlungen zusammen und politische Gruppen in den Verdacht der Unterstützung terroristischer Aktivitäten.

Auch Buchtitel können starke politische Wirkungen haben, sogar dann, wenn der Inhalt kaum zur Kenntnis genommen wird, wie etwa im Falle des Buches von Moeller van den Bruck ‚Das Dritte Reich‘. Beispiele für die politische Sprengkraft von Buchtiteln sind z. B. ‚Der Untergang des Abendlandes‘, ‚Gemeinschaft und Gesellschaft‘, ‚Herrschaft der Verbände?‘, ‚Die geheimen Verführer‘.

Von großer politischer Schlagkraft können auch Begriffe sein, die von Wissenschaftlern oder Publizisten zur Beschreibung eines gesellschaftlichen oder politischen Phänomens erfunden werden, häufig als Definition einer für neu geltenden Situation. Freizeit- oder Fernsehgesellschaft, nivellierte Mittelstandsgesellschaft, Leistungsverweigerung, die Unterscheidung von Wertkonservativen und Strukturkonservativen, die Neue Soziale Frage sind solche Begriffe. Sie sind nicht zu umgehen, wollen aber stets auf ihre sachliche Treffsicherheit hin überprüft werden.

Die Grenze zwischen notwendiger Funktion und sträflichem Mißbrauch der Sprache im Dienste politischer Herrschaft ist schwer zu ziehen. Schlimme Beispiele für mißbräuchlichen Umgang mit der Sprache lieferte der Nationalsozialismus. Victor Klemperer schrieb in seinem philologisch-politischen Notizbuch ‚lingua tertii imperii‘, Worte könnten wie winzige Arsendosen wirken: Man schluckt sie unbemerkt, ihre Wirkung stellt sich erst nach längerer Zeit ein. Ein volles Kapitel widmete Klemperer dem Begriff ‚fanatisch‘ und seiner Umwertung im NS-Sprachgebrauch:

„Da der Nationalsozialismus auf Fanatismus gegründet ist und mit allen Mitteln die Erziehung zum Fanatismus betreibt, so ist fanatisch während der gesamten Ära des Dritten Reiches ein superlativisch anerkennendes Beiwort gewesen. Es bedeutete die Übersteigerung der Begriffe tapfer, hingebungsvoll, beharrlich, genauer eine glorios verschmelzende Gesamtaussage all dieser Tugenden, und selbst der leiseste pejorative Nebensinn fiel im üblichen LTI-Gebrauch des Wortes fort. An Festtagen, an Hitlers Geburtstag etwa oder am Tag der Machtübernahme, gab es keinen Zeitungsartikel, keinen Glückwunsch, keinen Aufruf an irgendeinen Truppenteil oder irgendeine Organisation, die nicht ein ‚fanatisches Gelöbnis‘ oder ‚fanatisches Bekenntnis‘ enthielten, die nicht den ‚fanatischen Glauben‘ an die ewige Dauer des Hitlerreiches bezeugten. [...] Je dunkler sich die Lage (im Krieg) gestaltete, um so häufiger wurde der ‚fanatische Glaube an den Endsieg‘, an den Führer, an das Volk oder an den Fanatismus des Volkes als eine deutsche Grundtugend ausgesagt. [...]

Hand in Hand mit dieser Häufigkeit auf politischem Felde ging die Anwendung auf anderen Gebieten, bei Erzählern und im täglichen Gespräch. Wo man früher leidenschaftlich gesagt oder geschrieben hätte, hieß es jetzt fanatisch. Damit trat notwendigerweise eine gewisse Erschlaffung, eine Art Entwürdigung des Begriffes ein. [...]

Dem sprachlich führenden Kopf des Dritten Reiches, dem es um die volle Wirkung des aufpeitschenden Giftes zu tun war, ihm freilich mußte die Abnutzung des Wortes als eine innere Schwächung erscheinen. Und so wurde Goebbels zu dem Widersinn gedrängt, eine Steigerung über das nicht mehr zu Steigernde hinaus zu versuchen. Im ‚Reich‘ vom 13. November 1944 schrieb er, die Lage sei ‚nur durch einen wilden Fanatismus zu retten‘. Als sei die Wildheit nicht der notwendige Zustand

des Fanatikers, als könne es einen zahmen Fanatismus geben.“³⁾

Die Wirkungen politischer Sprachmanipulation sind bisher empirisch so gut wie nicht erforscht. Ihre Beurteilung fällt entsprechend ambivalent aus. Klemperer zweifelte jedoch nicht an der Wirksamkeit der NS-Propaganda. Irgendwann überwältigte die gedruckte Lüge auch den zunächst kritisch eingestellten Bürger — dann nämlich, wenn die Propaganda von allen Seiten auf ihn eindringe, er nicht ausweichen könne und es auch keine kritischen Gegenstimmen mehr gebe⁴⁾.

Man möchte Klemperer zustimmen, wenn man erfährt, in welcher Weise die NS-Propagandapolitik Worte verbot, in ihrem Sinn genauestens festlegte oder veränderte. Ein Vergleich der Auflagen von Meyers Konversationslexikon aus den Jahren 1924 und 1936 zeigte dramatische Veränderungen. Einige Beispiele: Aus ‚Intellekt‘ als schöpferischer Fähigkeit (1924) wurde die Bezeichnung einer kritischen, subversiven und destruktiven Eigenschaft (1936). Das Wort ‚rücksichtslos‘ erhielt 1936 einen positiven Sinn und bedeutete soviel wie zielstrebig, energisch. Als Eigenschaft des Gegners behielt es allerdings nach wie vor seine negative Bedeutung. Der Begriff ‚Haß‘ wurde 1936 in eine negative und positive Bedeutung aufgeteilt: „Der heldische Haß der nordischen Rasse steht im stärksten Gegensatz zum ‚feigen Haß des Judentums‘“. Neue Worte wie ‚Rassenschande‘, ‚Schutzhaft‘, ‚Volksschädling‘ tauchten mit dem NS-Regime auf. Aus ‚Volkstrauertag‘ wurde ‚Heldengedenktag‘. Das Wort ‚Völkerbund‘ wurde auf Anweisung von Goebbels ab 1937 aus der deutschen Sprache verbannt. Im November 1939 entschied er, das Wort ‚Friede‘ solle aus der deutschen Presse zurückgedrängt werden.⁵⁾

Die Erfahrung autoritärer Sprachregelung darf jedoch nicht zu dem Mißverständnis verleiten, als ob nicht jede, also auch die demokratisch legitimierte Machtelite, sich des Mittels politischer Sprachformung bediente: „Aus dem Begriff des autoritären oder totalitären Staates folgt noch nicht, daß alle sprachlichen Veränderungen auf autoritären Sprachregelungen beruhten, genauso wie es auch verfehlt ist zu

³⁾ Wolfgang Bergsdorf, Politik und Sprache, München 1978, S. 76.

⁴⁾ Ebd. S. 74/75.

⁵⁾ Alle diese Beispiele bei Bergsdorf, a. a. O., S. 77—85.

meinen, in der parlamentarischen Demokratie entwickle sich der politische Wortschatz organisch und quasi von selbst, oder die neuen Bezeichnungen würden der Bevölkerung zur demokratischen Entscheidung vorgelegt.“⁶⁾

Im Unterschied zum autoritären oder totalitären Einheitsstaat kennt die plurale Demokratie zusammen mit dem politischen Machtkampf verschiedener Gruppen auch einen ‚Kampf um Wörter‘, der den Machtkampf begleitet und ihn unterstützen soll. So verwendet etwa die radikale Linke bei uns das Wort ‚Sozialpartner‘ nur mit Führungszeichen oder einem ‚sogenannt‘ davor, um anzuzeigen, daß sie das Verhältnis von Kapital und Arbeit nicht als eine partnerschaftlich-kooperative, sondern als eine durch Klassenkampf gespannte Beziehung ansieht.

Die Rolle der Medien im politischen Sprachkampf

Der Nationalsozialismus hat die Massenmedien zum ersten Mal bewußt politisch eingesetzt. Den ‚kleinen Goebbels‘ nannte man einen Rundfunkempfänger, der zu extrem niedrigem Preis den Massen zur Verfügung stand. Totalitäre Regime bedürfen der Massenmedien, um ihre Politik allseitiger Durchdringung verfolgen zu können.

In der pluralen Demokratie bedienen sich viele Gruppen der Massenmedien, und jede versucht, soviel Einfluß wie möglich auf sie zu gewinnen. Besonders Fernsehzeiten sind politisch hart umkämpft, nicht nur in Wahlzeiten und als politische Sendungen, sondern auch auf Feldern, in denen die Politik nur indirekt zur Sprache kommt. Im Unterschied zu früheren Demokratien (Athens oder Roms, und dann seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in Europa und Amerika) beschreitet der Politiker, der sich über die Massenmedien an das Volk wendet, heute eine Einbahnstraße: Er kann zwar Millionen Zuhörer und Zuschauer gleichzeitig erreichen, bekommt aber selten eine Rückäußerung.

Diese Funktionsweise der Massenmedien will politisch bedacht sein: „Da die Homogenität des Publikums geringer wird, je größer die Personenzahl ist, muß der Redner versuchen, den verschiedenen Gruppen gleichzeitig gerecht zu werden. Das erreicht er nur, wenn er sich möglichst allgemein ausdrückt und die Be-

griffe so unbestimmt läßt, daß sich alle Hörer oder Leser mit seinen Aussagen identifizieren können. Der Einweg-Charakter der Kommunikation wirkt in der gleichen Richtung, weil der Redner alles vermeiden muß, was bei einem Teil des Publikums starken Widerspruch hervorrufen könnte. Er kann nicht wie im direkten Kontakt die Zeichen und Gesten des Widerspruchs und der Zustimmung einkalkulieren, um sich zu korrigieren, Ergänzungen vorzunehmen, den Appell eindringlicher zu machen oder sich vorsichtig zurückzuziehen, denn er bekommt während der Kommunikation keine Information vom Publikum.“⁷⁾

Auf die Dauer aber kann sich kein Politiker auf solche Einweg-Kommunikation beschränken. Er muß sich in Wahlveranstaltungen, auch in Fernsehdiskussionen, dem Widerspruch stellen, muß die Stimmung der Bevölkerung in strittigen Fragen erkunden und seine Politik in Rede und Widerrede vertreten. „Früher oder später muß er sagen, was er unter Demokratie, Sozialismus, Freiheit versteht. Läßt er die Begriffe weiterhin so unbestimmt, daß sich jeder darunter vorstellen kann, was er will, so ist das Ergebnis immer Selbstbestätigung, nicht Meinungsänderung. Wenn die Meinungssprache diese Festlegung häufig vermissen läßt und sich mit emotionalen Appellen begnügt, kann das dann nur bedeuten, daß die Rede in der attention area verbleibt und eine Meinungsänderung nicht beabsichtigt ist, bzw. vergeblich angestrebt wird. In der Tat lassen sich für diese Ansicht gute Argumente ins Feld führen. Die Massenkommunikationsforschung hat beispielsweise festgestellt, daß die Reden im amerikanischen Wahlkampf weniger einen Effekt darauf haben, welche Partei der Zuhörer wählt, als darauf, ob er überhaupt wählt. Der Wahlkampf lenkt die Aufmerksamkeit auf die Wahl und hat einen Einfluß auf das Verhalten, nicht aber auf die politischen Meinungen; denn welches Programm der einzelne wählt, hängt stark von anderen Faktoren ab (Familientradition, soziale Stellung, Freunde und Kollegen).“⁸⁾

Die Massenmedien stehen bei uns unter dem Gebot der politischen Ausgewogenheit. Das ist vernünftig, wenn man bedenkt, daß besonders die Rundfunk- und Fernsehanstalten eine Monopolstellung einnehmen. Die Frage ist nur, was man unter Ausgewogenheit verstehen soll: nicht das Ansteuern einer inhaltsleeren, ausgewaschenen ‚Mitte‘, die keine politischen Positionen mehr erkennen läßt, sondern

⁶⁾ Walther Dieckmann, Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache, Heidelberg 1975, S. 41.

⁷⁾ Ebd. S. 103.

⁸⁾ Ebd. S. 106.

eine gegnerisch-gespannte Kontrapunktik, die auch radikale Ideologen und Programme zu Wort kommen läßt. Diese Balancierung sollte sich an den unterschiedlichen Meinungen selbst, nicht unbedingt an politischen Kräfteverhältnissen orientieren. Das Fernsehen darf sich nicht an die 5 %-Klausel halten, weil seine Sendungen informieren und nicht Stimmen werben sollen. Politische Fernsehrunden sollten daher zuweilen auch politischen Positionen einen Platz einräumen, ohne daß sie im Parteienspektrum oder im Bundestag vertreten sind. Das gebietet die Informationspflicht der Medien und das Bedürfnis der Bevölkerung, über die etablierten politischen Positionen hinaus ein Bild der politischen Strömungen vermittelt zu bekommen.

Politischer Wandel — Sprachlicher Wandel

Wie stark die politische Sprache von den politischen Verhältnissen abhängt, dafür liefert die jüngste deutsche Geschichte reiches Material. 1871, 1919, 1933, 1949: Vier Regime, von denen jedes dem nachfolgenden als ‚definitiver Gegner‘ diene. Jedes war der Feind des vorhergehenden und verstand sich als seine Überwindung. Entsprechend wandelten sich die Inhalte politischer Begriffe. Das gilt zum Beispiel für das Verständnis von ‚Feind‘ selbst: Im Kaiserreich gehörten die Sozialdemokraten zu den ‚Reichsfeinden‘, 1919 bildeten sie die Regierung. 1933 galten sie als ‚Volkseinde‘, zusammen mit den Juden, die außerdem noch als ‚Artfeinde‘ bezeichnet wurden. Nach 1945 waren es vor allem Kommunisten, die dem Feindbild Gestalt gaben. Heute gibt es den Begriff des ‚inneren Feindes‘, der für die Entwicklung unseres Staatswesens zu einer ‚streitbaren Demokratie‘ sorgte. Neben Extremisten, die verfassungsfeindlichen Parteien angehören, sind es zunehmend auch Radikale und Abweichler anderer Art, deren Observierung geboten scheint, im Sinne einer Vorverlagerung der Feindbekämpfung in den ‚Gefährdungsbereich‘.

Ein sprechendes Beispiel für den inhaltlichen Wandel politischer Begriffe ist die verschiedene Füllung des Gleichheitssatzes in der Weimarer Reichsverfassung und im Bonner Grundgesetz:

„Öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden.

Titel dürfen nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen; akademische Grade sind hierdurch nicht betroffen.

Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden.

Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen.“ (Reichsverfassung)

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ (Grundgesetz)

Einige Wörter sind völlig durch den Schüttelrost unserer so bewegten politischen Geschichte gefallen. Mit anderen gehen wir nach schlimmen Erfahrungen vorsichtiger um. Das gilt zum Beispiel für das gute und in der Politik kaum entbehrliche Wort ‚Führer‘. Während andere Völker unbefangen von ihren Parteiführern sprechen, bevorzugen wir das Wort Parteivorsitzender, kein schönes und im Vergleich zum Parteiführer auch wenig aussagekräftiges Wort: Im Zeitalter der Massendemokratie handelt es sich bei den Bundes- und Landesvorsitzenden der Parteien wirklich um Führer. (Der ‚Vorsitzende‘ gehört dagegen eher in den Umkreis kommunistischer Politiktheorie mit ihrer bürokratischen Verhüllung realer Macht.)

Wie stark politische Bewegungen auf die Sprache durchschlagen, dafür ist die Protestbewegung ein sprechendes Beispiel. Sie war schier unerschöpflich in der Erfindung neuer Begriffe (sowohl in theoretischer wie in praktischer Absicht). Karl Markus Michel hat als Anhang zu den ‚Stichworten zur geistigen Situation der Zeit‘ (herausgegeben von Jürgen Habermas) einige dieser Wörter versammelt, nicht ohne eine gewisse Ironie. Hier zwei Beispiele:

aufarbeiten — Die entschlossene Einführung dieses Ausdrucks in die akademische Rede vor ca. 10 Jahren war ein erster Schritt zur wissenschaftlichen Wende der ‚Protestbewegung‘. Sein programmatischer Tenor (‚XY soll / müßte aufgearbeitet werden‘), der damals der notwendigen Selbstdisziplinierung diene, ist heute prekär geworden. Es empfiehlt sich, *aufarbeiten* nicht mehr affirmativ für eigene Leistungen, sondern strafend für Versäumnisse anderer zu verwenden (‚P hat versäumt, XY aufzuarbeiten ...‘).

hinterfragen — Glückliche Neubildung in Analogie zu *hintergehen*, *hintertreiben*, *hinterziehen*. Das *Hinterfragen* ist die fortgeschrittene Form des Befragens und In-Frage-Stellens: man fragt von hinten her. Eine Ansicht oder Gewohnheit, einen Begriff oder Begründungszusammenhang *hinterfragen* heißt über sie hinaussein, also weiter, gewitzter sein als alle, die sie nur frontal befragen. Gebrauch: „etwas muß hinterfragt werden“ / „ist hinterfragt worden“ bzw. (von einem anderen) „nicht hinterfragt worden“ / „blieb unhinterfragt“; davon abgeleitet die neue Aktivform *unhinterfragen* (mit deutlich strafendem Akzent). Es steht zu erwarten, daß demnächst neben die schon eingeführten Substantiva *Hinterfragung* und *Hinterfragbarkeit* die Form *Hinterfrage* treten wird, in Analogie zu *Hinterhalt* und *Hinterlist*.

Wörter als politische Symbole

Wie empfindlich die Beziehung von politischen Wörtern und politischer Wirklichkeit ist, zeigt nichts besser, als die terminologische Unsicherheit im Umfang mit unserem eigenen Staatswesen: Die Bundesrepublik Deutschland, die Bundesrepublik, Westdeutschland, Deutschland, BR Deutschland, BRD: was ist richtig, was ist geboten, was ist verboten, wer benutzt welche Bezeichnung, wann und wo? Dieselbe sprachliche Unentschiedenheit gilt für die Bezeichnung der Einwohner, der Bevölkerung: die Bundesdeutschen, die Bundesrepublikaner, die Westdeutschen, die Deutschen? In der sprachlichen Mannigfaltigkeit und terminologischen Unsicherheit zeigen sich Spuren und Narben der Nachkriegsentwicklung, der Deutschlandpolitik, der internationalen Politik.

Ähnliches gilt für die Bezeichnungen unseres politischen Systems. Es ist ein Unterschied, ob man ‚diesen unseren Staat‘ als Demokratie, rechtsstaatliche Demokratie, demokratischen Rechtsstaat, Rechtsstaat oder als Staat bezeichnet. Dabei kommt es natürlich auf den Kontext an. Dieser Kontext hat sich innerhalb der Geschichte der Bundesrepublik verändert, und er verändert sich ständig. Wessen Ohren für politische Sprachnuancen geschärft sind, der wird schon aus der Bezeichnung unserer politischen Ordnung zuweilen einen Hinweis auf die jeweilige politische Position des Sprechenden bekommen können.

Das gilt auch für die Bezeichnungen politischer Positionen selbst. Hier unterscheidet sich die Eigenbezeichnung zuweilen von der

Fremdbezeichnung. Manchmal gerät beides auch durcheinander. So nennt man innerhalb der SPD das Programm dieser Partei ‚demokratischen Sozialismus‘. Die Mitglieder nennen sich aber nicht demokratische Sozialisten, sondern Sozialdemokraten. Von ihren konservativen Kritikern werden sie dagegen gern als Sozialisten bezeichnet, also: ‚Wir Sozialdemokraten‘ — ‚Ihr Sozialisten‘. Der politische Kontext, die politische Absicht bzw. Vorsicht, drohende bzw. erwünschte Mißverständnisse bekunden sich als sprachliche Nuancen. Es ist nicht allzu schwer, die politischen Unterschiede der Begriffe ‚demokratischer Sozialismus‘, ‚soziale Demokratie‘ oder ‚sozialistische Demokratie‘ herauszufinden.

Es gibt auch sprachliche Nuancen, die politisch nur scheinbar etwas aussagen. Ein Beispiel dafür ist die von manchen Konservativen für wichtig gehaltene Unterscheidung im Sprachgebrauch zwischen ‚Konservatismus‘ und ‚Konservativismus‘. Die adjektivische Wendung wird heute von Konservativen bevorzugt, und man meint, vom Konservatismus sprächen nur diejenigen, die sich damit gegen ihn aussprechen. Das stimmt weder im Blick auf die Gegenwart noch auf die Geschichte des Wortes: Gerd-Klaus Kaltenbrunner, einer der konservativen Theoretiker unserer Tage, spricht ebenso von ‚Konservatismus‘ wie die Kritiker konservativer Bewegungen, z. B. Helga Grebing. Auch im 19. Jahrhundert, als der Begriff aufkam, benutzten deutsche Konservative unbefangen die anglizistische Kurzform. Hier gibt die Sprachnuance also sachlich gar nichts her. Trotzdem trifft man bei manchen Konservativen auf eine große Empfindlichkeit in diesem Punkte.

Politische Begriffe gehören zum politischen Symbolbestand. Wie nationale Feiertage, große Namen der nationalen Geschichte, Staatswappen und Staatsfarben dienen auch politische Begriffe der politischen Identifikation. Tiefgreifender politischer Wandel führt zu Unsicherheiten im Symbolbestand. Die aufgeführten Beispiele zeigen, daß die deutsche Nation und die beiden deutschen Staaten von solcher Schwächung des politischen Symbolhaushaltes besonders stark betroffen sind. Das Auseinanderdriften beider deutscher Staaten läßt sich unter anderem daran messen, wie weit politische Begriffe noch verstanden werden. In dem Maße, in dem das politische System der Bundesrepublik demjenigen Österreichs oder der Schweiz ähnlicher ist als demjenigen der DDR, sind wir in dieser Hinsicht auch sprachlich den Österreichern oder

Schweizern näher. Das gilt z. B. für den Einzug von Anglizismen, denen in der DDR russifizierte Versatzstücke entsprechen, die innerhalb des Ostblocks allgemein verstanden werden. Abkürzungen im Westen entsprechen Buchstabengemengen im Osten. Wer weiß schon bei uns, was AWG, EDS, BGL, GST, ABF, DSF, WPO, POS, DPA in der DDR bedeuten?

Sprache in konservativer und progressiver Sicht

Politische Positionen lassen sich auch im Blick auf ihre Sprach-,Philosophie' unterscheiden. Den Konservativen gilt die Sprache als wichtigste Bestandsgarantie der Wirklichkeit, die er erhalten möchte. Sie ist ihm der bedeutendste Traditionsträger. Martin Heidegger nannte die Sprache das ‚Haus des Seins‘. Auf diese Weise bekommt die Sprache einen ontologischen Rang. Wer sie nicht achtet, vergeht sich an der ‚Wahrheit der Dinge‘. Die Sprache ist von den Dingen nicht zu trennen, von ihnen nicht als bloße ‚Bezeichnung‘ ablösbar, sondern die Dinge sprechen sich in der Sprache selber aus. Walter F. Otto hat die Sprache in diesem Sinne aufgefaßt:

„Die Sprache ... ist nicht eine Nachahmung der seienden Dinge, auch nicht eine Antwort des Menschen auf das Sein der Dinge, sondern dieses Sein selbst, also die Wesenhaftigkeit der Welt. Sie ist die Erkenntnis, aber eine solche, die das, was sie erkennt, selbst ist. So ist die Sprache kein Produkt menschlicher Subjektivität, sondern hängt unmittelbar mit der Realität der Welt zusammen, ja sie ist diese Realität selbst im wahrsten Sinne.“

Hier spricht sich ein tiefes Bedürfnis nach Ordnung aus, für welche die Sprache als bedeutender Garant beansprucht wird. Deshalb gilt konservativen Pädagogen nach wie vor die Deutschnote als die wichtigste Schulzensur. Sprachgefühl garantiert Achtung vor der Tradition und Sinn für eine Gesellschaftsordnung, die sich der Herkunft verpflichtet weiß.

Der progressiv-politischen Einstellung entspricht eine eher instrumentale Auffassung der Sprache. Ihre Begrifflichkeit wird dem Prinzip intersubjektiver Überprüfbarkeit unterworfen. Die Sprache ist vornehmlich ‚Informationsträger‘, sie dient angestrebter Objektivität. Kunstsprachen, Fremdworte, wissenschaftliche Ausdrucksweisen werden nicht abgelehnt, sondern im Interesse größerer Deutlichkeit sogar bevorzugt.

Der Konservative wittert hier nicht zu Unrecht eine soziale Dynamik, die ihm verdäch-

tig ist. Revolutionäre verraten sich durch Fremdworte. Viele tradierte Worte werden von ihnen mit ‚sogenannt‘ oder überhaupt nur in Anführungszeichen benutzt. Neuen ‚Informationstheorien‘ entsprechen neue ‚Sozialisationstheorien‘. Die Entwicklung von elaborierten oder nichtelaborierten Sprachcodes dienen dem Nachweis schichtenspezifischer Verbalisation und diese der Notwendigkeit sozialer Emanzipation oder einer allgemeinen Demokratisierung. Ob man in der Schule für die Pflege der Hochsprache oder den Gebrauch des landesüblichen Dialektes eintritt, nie geht es um Sprache selbst, sondern in ihr sich verborgene oder bekundende soziale Absichten. In den Augen der Konservativen wird die Schule auf diese Weise zum politischen Mittel erniedrigt. Aber auch der pädagogische Einsatz eines konservativen Sprachverständnisses ist natürlich nicht unpolitisch, wenn man Kinder daraufhin erzieht, die überkommenen Worte zu achten und damit den Sinn für geltende gesellschaftliche Institutionen stärkt.

Ein sprechendes Beispiel dafür, daß solcher Sprachenstreit zugleich ein politischer Streit ist, liefert eine Wahlkampfanzeige der CDU im Landtagswahlkampf Baden-Württembergs 1980:

„Familie als ‚Sozialisationsagentur‘? Kinder als ‚Dauerpflegepersonen‘? Eltern als ‚Bezugspersonen‘? Liebe als ‚Integrationsmechanismus‘? Worte aus dem amtlichen Familienbericht der Bonner Linksregierung. Wer so spricht (und denkt), zerstört unsere Familien. Unsere Wertordnung. In Baden-Württemberg wird alles getan, um die Familien zu erhalten. Zu stärken. In unserem Land regiert die CDU. Mit Ministerpräsident Lothar Späth. Mit Herz.“

Jenseits aller tagespolitischen Begrifflichkeit weist schon das unterschiedliche Verhältnis zur Sprache an sich auf unterschiedliche politische Positionen hin. Fremdworte sind dem Konservativen verdächtig, weil sie eine gewisse Unbekümmertheit im Umgang mit der Tradition verraten. Der Kampf gegen Fremdworte war in Deutschland stets mit konservativen Positionen verbunden. Zusammen mit der ‚gewachsenen‘ Sprache verteidigte man ‚gewachsene Ordnungen‘, und der Kampf gegen die ‚Operationalisierung‘ der Sprache bedeutete zugleich Kampf gegen die ‚Operationalisierung‘ sozialer Institutionen und Verhältnisse.

Diese politische Sensibilität der Sprache läßt demjenigen, der auf sie achthat, Unterschiede in Bezeichnungen auffallen, die eigentlich das-

selbe meinen müßten. Trotzdem ist ‚Politisches System‘ etwas anderes als ‚Staatsverfassung‘, ‚Ökonomisches System‘ etwas anderes als ‚Wirtschaftsordnung‘. Wer von ‚Struktur‘ spricht, dem fällt es nicht schwer, sich ihre Veränderung vorzustellen. Wer statt dessen lieber von ‚Gestalt‘ spricht, befürchtet mit ihrer Veränderung ihre Zerstörung.

Der politisch unterschiedliche Sprachgebrauch beschränkt sich übrigens nicht auf die Unterscheidung von Fremdworten und deutschen Worten. Es gibt Konservative, die das Wort ‚Gesellschaft‘, mehr noch die adjektivische Form ‚gesellschaftlich‘ nach Möglichkeit meiden. Statt von Gesellschaft sprechen sie entweder von Staat oder von Volk, vom Gemeinwesen, von politischer oder sozialer Ordnung, von Lebensbedingungen. ‚Gesellschaft‘ ist ihnen verdächtig, es sei denn, sie bezeichnet einen Unterschied zu ‚Staat‘, an dem Konservativen bis heute gelegen ist. Vollends dubios erscheint ihnen der Ausdruck ‚sozioökonomisch‘: Das klingt nach revolutionärer Veränderung, mindestens nach Politisierung und nach marxistischen Kriterien. Dieser Eindruck ist nicht falsch. Marx hat zusammen mit seiner Revolutionstheorie für die Entwicklung der Sozialwissenschaften Impulse gegeben, die bis heute bedeutsam sind. Die Vermeidung des Begriffs sozioökonomisch kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir die Bedingungen von Staat und Wirtschaft, Privatheit und Öffentlichkeit, als ‚Faktoren‘ untersuchen, die voneinander abhängig sind, sich in ihrer Wirksamkeit verändern und also auch in Grenzen politisch zu beeinflussen sind.

Dieses Buch will die politische Funktion der Sprache selber zur Sprache bringen, mit anderen Worten: es will aufklären. Aufklärung war nicht nur die historische und philosophische Voraussetzung zur Entstehung der Demokratien, sondern bleibt für alle Zukunft ihre Bedingung. Die politische Theorie der Volksherrschaft geht vom Begriff eines aufgeklärten Volkes aus, und das bedeutet vornehmlich: ein über sich selbst, seine historischen, ökonomischen, sozialen Bedingungen aufgeklärtes Volk. Nur wer die Koordinaten seiner eigenen

Existenz kennt, ist ‚frei‘, d. h. nicht abhängig von undurchschaute ‚Fremdbestimmungen‘. Autonomie, Selbstbestimmung, ist die Voraussetzung der Demokratie und ihres Freiheitsverständnisses.

Hier gilt es, sogleich ein schwerwiegendes Mißverständnis abzuwehren: als ob, wer die Bedingungen seiner Existenz kennt, diesen dadurch enthoben wäre. Diese Auffassung führt zu einem utopischen Freiheitsbegriff. Die Bedingungen bleiben vielmehr häufig bestehen, haben ihren Bindungscharakter jedoch verändert: Man kann seine rückwärtigen und gegenwärtigen Verbindungen in die Rechnung seines Lebens als bekannte Faktoren einsetzen. Das ändert die Weise der Angewiesenheit auf sie und gleichzeitig die Form der eigenen Identität: Man kennt sich nun als diese Person, mit dieser Herkunft, diesen Bedingungen, diesen Chancen.

Was für das individuelle Leben gilt, gilt auch für Nationen: Nur wer die historischen Verwurzelungen und gegenwärtigen Abhängigkeiten kennt, ist ‚frei‘, d. h. fähig zur Orientierung und zur vorurteilsfreien Lagebeschreibung. Nur eine in dieser Weise freie Staatsgesellschaft kann aus der nüchternen Diagnose seiner ‚Verfassung‘ die richtigen Schlüsse ziehen. Nur wer Gefahren kennt, kann ihnen entgegengehen. Nur wer von seinen Chancen weiß, kann sie nutzen.

Ein Volk, das über die Bedingungen seiner Politischen Kultur im Dunkeln tappt, ist unmündig und zur Volksherrschaft schlecht gerüstet. Es hat Angst und läßt sich Angst machen. Es folgt Führern, deren Qualitäten es nicht beurteilen kann. Es fällt auf Demagogen herein, die ihm zum Munde reden. Es nimmt wissenschaftsgläubig technokratische Argumente für bare Münze und verzichtet auf die Prüfung angeblicher ‚Sachzwänge‘. Es läßt sich Alternativen aufreden, welche die Situation nicht treffen. Es läßt sich in Sicherheit wiegen, wo es gilt, einer Gefahr zu begegnen. Es läßt sich zur Entscheidung zwingen, wo nicht entschieden, sondern abgewartet werden muß. Es beweist Langmut, wo Handeln erforderlich, und Entschlossenheit, wo Geduld am Platze ist. [. . .]

Trotzkisten — Europäische Arbeiter-Partei — „Maoisten“

Vorbemerkung

Thema der nachstehenden Ausführungen ist die Darstellung der organisierten Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland, die links von der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) einzuordnen sind. Dazu gehören einmal die Trotzkisten, die sich auf die Thesen des einstigen Stalin-Rivalen Leo Trotzki berufen. Zum anderen wird man zu diesen Linksextremisten ebenfalls — wenn auch mit gewissem Vorbehalt und vielleicht auch nur für die zurückliegenden Jahre — die „Europäische Arbeiter-Partei“ (E.A.P.) zählen müssen.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt indes auf den sogenannten maoistischen Organisationen, die zumindest früher sich voll und ganz nach der Politik der Volksrepublik China unter Mao Tse-tung ausrichteten. Ihr zunehmender innerer Zerfall und ihre ständige Erfolg-

losigkeit in der politischen Öffentlichkeit verleiten sie offenbar in jüngster Zeit wieder zur Gewalttätigkeit; dies zeigten die jüngsten Vorgänge im Weserstadion Bremens am 6. Mai dieses Jahres anlässlich des 25. Jahrestages des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zur NATO. Hier wurden Demonstrationen von linksextremistischen Gruppen — insbesondere aber vom „Kommunistischen Bund Westdeutschlands“ sowie auch vom „Kommunistischen Bund“ und von der „Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ — zum Anlaß für blutige Straßenschlachten mit bürgerkriegsähnlichem Charakter genommen¹⁾. Wiederholungen scheinen jederzeit möglich, so daß die Maoisten trotz ihrer abnehmenden Mitgliederzahlen weiterhin als eine Bedrohung für den Frieden des Landes angesehen werden müssen.

I. Die Trotzkisten

Die deutschen Trotzkisten unter ihrem Leiter Georg Jungclas konnten sich zwar in gewissem Rahmen über den Zweiten Weltkrieg hinüberretten, doch gewannen ihre Lehren vom Räteystem und der Möglichkeit einer Fraktionsbildung innerhalb einer KP eigentliches Interesse erst mit dem Aufkommen der Studentenrevolte. In der Folgezeit bildeten sich mehrere Organisationen, die untereinander zerstritten sind, aber alle die „permanente Revolution“ mit dem Ziel der Errichtung des

weltweiten Kommunismus anstreben. Sie fordern zunächst die Einsetzung von „Fabrikräten“, die eine „Arbeiterkontrolle“ über die Produktionsmittel ausüben, dann als „Doppelherrschaftsorgane“ neben den staatlichen Organen zunehmend politische Aufgaben übernehmen, bis schließlich der bürgerliche Staat in der „Sozialistischen Revolution“ zerschlagen und eine Rätediktatur gebildet wird.

Die Zahl der Mitglieder der verschiedenen trotzkistischen Gruppierungen in der Bundesrepublik, die sich 1974 noch auf insgesamt

¹⁾ Vergleiche hierzu Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt, 14. 5. 1980, S. 3; Die Welt, Bonn, 12. 5. 1980, S. 2 und Die Zeit, Hamburg, 23. 5. 1980, Dossier, S. 9. — Die nachträgliche Berichterstattung in den einzelnen Maoisten-Zeitungen ist recht unterschiedlich: Das KBW-Organ „Kommunistische Volkszeitung“, Frankfurt, 12. 5. 1980, S. 13 sagt unter der Schlagzeile „Schluß mit den Kriegsvorbereitungen“ letztlich nur, daß der Schaden der Vorfälle für die „Bourgeoisie“ groß gewesen sei. Weitaus aggressiver gibt sich die KB-Zeitung „Arbeitskampf“, Hamburg, 19. 5. 1980, S. 1f., die in derartigen Krawallen „eine wichtige, unerläßliche Funktion für die Formierung bestimmter Bewegungen“ sieht. Das KPD/ML-Blatt „Roter Morgen“, Dortmund, 16. 5. 1980, S. 3

wertet die Vereidigung als „Provokation“, die Straßenschlachten jedoch insofern als einen „Fehler“, als dadurch „von der eigentlichen Bedeutung der Demonstration“ abgelenkt worden sei. Nach dem KABD-Organ „Rote Fahne“, Stuttgart, 17. 5. 1980, S. 7 und dem KABD-Jugendorgan „Rebell“, Stuttgart, Nr. 16/1980, S. 26 war die Vereidigung eine „bewußte Provokation“, und die Ausschreitungen seien „vom Staatsapparat provoziert“ worden: „Unter den Anarchisten waren gekaufte Elemente, die die Sache anheizen sollten, um Munition für die antikommunistische Hetzwelle zu liefern, die sich jetzt über uns ergießt...“

1 200^{1a)} belief, dürfte — nicht zuletzt aufgrund mehrerer Abspaltungen — heute 800 ausmachen. Anzeichen deuten auf einen weiteren Rückgang.

Gruppe Internationale Marxisten

Die bedeutendste Organisation des Trotzkiismus in der Bundesrepublik stellt die Pfingsten 1969 gegründete „Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM) dar, die als Deutsche Sektion des „Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale“ gilt und ihren Sitz in Brüssel hat; führende Vertreter dieser Richtung sind der ehemalige Trotzki-Sekretär Pierre Frank und Professor Ernest Mandel.

Hatten bereits auf der Nationalen Konferenz der GIM 1977 sich fünf „Tendenzen“ gegenübergestellt, so daß eine gemeinsame Plattform nicht mehr erarbeitet werden konnte, so war es auch auf der Delegiertenkonferenz Anfang 1979 „nicht möglich, auf der Grundlage hinreichend geklärter Positionen und klarer Mehrheitsverhältnisse eine neue Leitung zu wählen“²⁾. Zu Fraktionskämpfen über die Frage einer stärkeren Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit kam es erneut auf der Nationalen Konferenz im Juni 1979; wohl konnte ein neues Zentralkomitee gewählt werden, doch sieht die GIM „die Krise der Organisation noch keineswegs als endgültig überwunden“ an³⁾. Die Zahl der Mitglieder, die jahrelang 600⁴⁾ betrug, scheint sich auf nur noch 400 zu belaufen. Die 1971 gegründete Jugendorganisation, die „Revolutionär-Kommunistische Jugend“, wurde Ende 1972 aufgelöst und mit der GIM vereinigt.

Bei den Bundestagswahlen 1976 konnte die „Gruppe Internationale Marxisten“ im gesamten Bundesgebiet 2 035 Erst- und 4 767 Zweitstimmen auf sich vereinigen.

Das Organ der GIM, „Was tun“, erschien 1973/1974 monatlich in einer Auflage bis zu 7 500 Exemplaren. Drei Jahre später betrug sie wöchentlich 4 500 und dürfte — nachdem das Blatt aus primär finanziellen Gründen seit Juni 1979 wieder nur zweiwöchentlich gedruckt wird — heute unter 3 000 liegen. Hin-

zukommt das Informationsbulletin „Inprekorr“ für den gesamten deutschsprachigen Raum Mitteleuropas mit einer Monatsauflage von 1 500⁵⁾.

Nach Ansicht dieser Organisation ist die Sowjetunion eine „Bürokratie einer entarteten Arbeiterklasse“, „die einfachste Menschenrechte der Bürger ihres eigenen Landes mit Füßen tritt“ und daher „in keiner Weise den Sozialismus repräsentiert“. Hatte das Vereinigte Sekretariat der IV. Internationale zu Beginn der sino-sowjetischen Differenzen noch Peking gelobt, so wird die „chinesische Bürokratie“ inzwischen ebenfalls als „konterrevolutionär“ gewertet, die sich „prinzipiell in nichts mehr von der Sowjetbürokratie unterscheidet“; das Zusammengehen der VR China mit den USA sei eine „vollständig reaktionäre Politik gegenüber der Weltrevolution“⁶⁾. Die Schuld an den jüngsten Kriegen in Indochina, die die Verwirrung und die Spaltung in der internationalen Arbeiterbewegung nur vertieft hätten, sieht die GIM sowohl in Moskau als in Peking. Für den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zeigt sie indes Verständnis, war er doch „das letzte Mittel, um den Vormarsch der Reaktion zu stoppen, der die Sowjetunion selbst an ihrer Südflanke bedroht hätte“. Bezeichnend für ihr Verhältnis zur UdSSR ist die Formulierung, die Trotzkiisten „verteidigen den sowjetischen Arbeiterstaat, der trotz des politischen Machtmonopols der Bürokratie nach wie vor auf dem staatlichen Eigentum an den Produktionsmitteln beruht, bedingungslos gegenüber der Bedrohung durch den Imperialismus“. Die Forderung nach dem Abzug der Sowjettruppen aus Kabul bedeute, „dem US-Imperialismus freie Hand zu lassen, um Afghanistan zu einem Aufmarschfeld gegen die iranische Revolution und gegen die Sowjetunion zu machen“. Abgelehnt wird allerdings die Methode des sowjetischen Vorgehens nach „stalinistisch-bürokratischem Muster“⁷⁾.

Der SPD wirft die Trotzkiisten-Organisation vor, sich nicht für die Mobilisierung der breiten Schichten der Arbeiterklasse einzusetzen. Da aber die arbeitenden Menschen eine sozialdemokratische Regierung wünschten und da „in seiner Keimform hier bereits der Gedanke der politischen Machtübernahme durch die

^{1a)} Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln, Verfassungsschutz 1974, Köln 1975, S. 77. — Die Aufzählung der nachstehenden Trotzkiisten-Organisationen beinhaltet nur die wichtigsten.

²⁾ Was tun, Frankfurt/M. 18. 1. 1979, S. 17f.

³⁾ Was tun, 18. 6. 1979, S. 25ff.

⁴⁾ Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutz 1975, Köln 1976, S. 72, und: Verfassungsschutz 1976, Köln 1977, S. 67.

⁵⁾ Vgl. Was tun, 28. 6. 1979, S. 24, und 13. 12. 1979, Beilage Inprekorr (Internationale Pressekorrespondenz), Stuttgart, 13. 9. 1979, S. , und 22. 11. 1979, S. 2.

⁶⁾ Was tun, 1. 2. 1979, S. 18, und 22. 2. 1979, S. 3, sowie Inprekorr, 13. 9. 1979, S. 14, und 1. 3. 1979, S. 27f.

⁷⁾ Was tun, 10. 1. 1980, S. 26f., und 24. 1. 1980, S. 6f.

Arbeiterklasse angelegt ist", müsse „aus revolutionärer Sicht“ die Forderung nach einer SPD-Regierung „trotz ihres Programms“ vollständig unterstützt werden⁸⁾. Die sogenannten „Grünen“ erscheinen der GIM nicht wählbar, da diese keine Antwort wüßten „auf Mißstände und Übel dieser Klassengesellschaft“ und auf dem besten Wege seien, „zu billigen Stimmvieh bürgerlicher Ökologen zu werden“⁹⁾.

Die DDR wird scharf abgelehnt. Die Lösung der deutschen Frage — die GIM bejaht die Existenz einer einheitlichen deutschen Nation — sei allein im Rahmen eines sozialistischen, wiedervereinigten Deutschlands denkbar, „was in beiden Ländern eine Revolution voraussetzt“¹⁰⁾.

Bund Sozialistischer Arbeiter

Der „Bund Sozialistischer Arbeiter“ (BSA) und sein „Sozialistischer Jugendbund“ (SJB) gehören dem „Internationalen Komitee (IK) der IV. Internationale“ in London mit dem Vorsitzenden Thomas Gerald Healy an, das sich vom „Vereinigten Sekretariat“ in Brüssel abgespalte. Die Zahl der Mitglieder des BSA und des SJB, die vor vier Jahren noch 300 betrug¹¹⁾, scheint auf 250 zurückgegangen zu sein. Der Einfluß beider Gruppierungen ist aber wesentlich größer, zumal sie sich recht aktiv der Jugendarbeitslosigkeit annahmen und mehrere Jahre auch einen „Europäischen Jugendmarsch“ für die Sicherung von Arbeitsplätzen durchführten.

Das BSA-Zentralorgan war seit 1972 der zweiwöchentlich erscheinende „Der Funke“, das sich später in „Neue Arbeiterpresse“ umbenannte und seit Herbst 1976 in wohl mehreren tausend Exemplaren wöchentlich gedruckt wird; ihr Ziel ist es, noch in diesem Jahr als Tageszeitung herauszukommen. Das theoretische Organ ist die „Marxistische Rundschau“. Das seit 1974 monatlich veröffentlichte SJB-Organ heißt „links voran“; es ist mehrfarbig gedruckt und hat neuerdings eine türkischsprachige Beilage.

⁸⁾ Was tun, 26. 4. 1979, S. 7.

⁹⁾ Was tun, 10. 1. 1980, S. 4f., und 18. 10. 1979, S. 7. — Zur Ablehnung des maoistischen KBW: Was tun, 15. 3. 1979, S. 15. Wegen der nur teilweisen Verneinung des „maoistischen“ KB vgl. Was tun, 8. 2. 1979, S. 14.

¹⁰⁾ Was tun, 29. 3. 1979, S. 32, und 1. 3. 1979, S. 6.

¹¹⁾ Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutz 1976, 1977, S. 67.

Nach Ansicht des „Bundes Sozialistischer Arbeiter“ ist der Stalinismus „die wichtigste konterrevolutionäre Kraft, eine Blockade auf dem Weg zur Revolution, die es rücksichtslos zu beseitigen gilt, bevor sie weitere Verrätereien und Niederlagen verschuldet“. Die fortschrittliche wirtschaftliche Grundlage der UdSSR dürfe aber nicht mit dem reaktionären Regime Breschnews identifiziert werden, und auch der BSA und der SJB „verteidigen weiterhin die vergesellschafteten Eigentumsverhältnisse und die Planwirtschaft der UdSSR gegen jede Bedrohung und jeden Angriff von Seiten des Imperialismus“¹²⁾. Die Außenpolitik der VR China sei „absolut reaktionär“. Ziel des Einmarsches in Vietnam war es, „den Kampf (Hanoi) für ein einiges Indochina zu schwächen“. Die Verantwortung für die Entwicklung in Kambodscha trügen zu gleichen Teilen die Moskauer und die Pekingener Stalinisten¹³⁾. Im Gegensatz zur GIM fordert der BSA den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan; er sieht in der Invasion Moskaus allerdings auch das Ziel, den nationalen Befreiungskampf im Iran und in den anderen arabischen Ländern zu schwächen¹⁴⁾.

Innenpolitisch strebt die Trotzlisten-Gruppe „den Sturz der kapitalistischen Schmidt-Regierung“ an; ebenso sei es notwendig, die „Bürokraten wie Vetter, Loderer, Brandt und ihre Politik zu entlarven“. Statt dessen „muß durch die Mobilisierung eine SPD-Alleinregierung an die Macht gebracht werden“¹⁵⁾. Diese habe sozialistische Maßnahmen durchzuführen, wie entschädigungslose Enteignung der Industrien und Banken unter Arbeiterkontrolle. Die Gewerkschaften dürften nicht länger „Disziplinierungsinstrument und Lohnpolizei“ Bonns sein. Die DKP stelle eine „konterrevolutionäre Entartung“ dar¹⁶⁾. Die DDR lehnen auch der BSA und der SJB ab; im Unterschied zur GIM setzten sie sich aber nur bedingt für die Freilassung Bahros ein.

¹²⁾ Neue Arbeiterpresse, Essen, 19. 5. 1978, S. 7, 12. 1. 1979, S. 6, und 11. 1. 1980, S. 12.

¹³⁾ Neue Arbeiterpresse, 19. 1. 1979, S. 8, 2. 3. 1979, S. 1, und 23. 2. 1979, S. 8.

¹⁴⁾ Neue Arbeiterpresse, 11. 1. 1980, S. 1. — Zur negativen Haltung der GIM über die Entwicklung im Iran, die abgelehnt wird, vgl. Neue Arbeiterpresse, 23. 3. 1979, S. 4f. — Hinsichtlich der Distanzierung zur „Europäischen Arbeiter-Partei“ s. Neue Arbeiterpresse, 1. 6. 1979, S. 4.

¹⁵⁾ Neue Arbeiterpresse, 8. 6. 1979, S. 1, und 14. 12. 1979, S. 11.

¹⁶⁾ Neue Arbeiterpresse, 7. 4. 1978, S. 5.

Spartacusbund

Diese Gruppe trennte sich 1971 von den „Internationalen Kommunisten Deutschlands“, entstand dann nach mehreren Abspaltungen Anfang Februar 1974 in der heutigen Organisationsform, um sich 1977 wieder in vier faktisch selbständige Gruppierungen zu spalten¹⁷⁾. Ihr wesentlichster Unterschied zu den anderen Trotzlisten-Organisationen besteht in ihrem Eintreten für einen Wiederaufbau der IV. Internationale, deren Bestehen der „Spartacusbund“ leugnet. Er hat zur Zeit wahrscheinlich weniger als 200 Mitglieder. Bei Wahlen in Bremen 1975 erhielt er 117 Stimmen.

Das Monatsorgan der Gruppe ist „Spartacus“. Zusammen mit der „Internationalen Kommunistischen Liga“ Österreichs hat der „Spartacusbund“ seit einiger Zeit dasselbe theoretische Organ: „Ergebnisse und Perspektiven“.

Den Maoismus lehnen diese Trotzlisten ebenfalls sehr scharf ab; er habe China nur „Auspressung, politische Entrechtung und Unterdrückung“ gebracht¹⁸⁾. Im Gegensatz zur GIM sah der „Spartacusbund“ Vietnam schon früher als „bürokratisch deformierten Arbeiterstaat“ an und gibt die Schuld an den Kriegen in Indochina sowohl Peking als Moskau, aber gerade auch Hanoi¹⁹⁾. Wie auch die anderen Trotzlisten-Gruppen rechtfertigt er die Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran; im Unterschied zu ihnen sieht er andererseits, daß das jetzige „reaktionäre islamische Regime“ nicht in der Lage ist, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen.

In der Bundesrepublik Deutschland werfen diese Trotzlisten den „Grünen“ vor, daß ihre Haltung von der Ökologie bestimmt werde und nicht vom Bestehen der „kapitalistischen Ausbeuterordnung“; auch würden sie die Umweltzerstörung als das Primäre sehen und „gewaltlos, ohne die Unterstützung des Proletariats“ vorgehen²⁰⁾. Der „Spartacusbund“ bejaht die Wiedervereinigung Deutschlands; sie setze indes in der Bundesrepublik durch eine soziale Revolution die Beseitigung der Bourgeoisie und in der DDR durch eine politische Revolution den Sturz der dort herrschenden stalinistischen Bürokratie voraus.

¹⁷⁾ Näheres dazu bei Gerd Langguth, Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968 bis 1976, Köln 1976, S. 223 ff.; Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutz 1974, 1975, S. 77, und: Verfassungsschutz 1977, Köln 1978, S. 53.

¹⁸⁾ Spartacus, Frankfurt, März-Heft 1979, S. 7.

¹⁹⁾ Spartacus, Februar-Heft 1979, S. 8 f., und März-Heft 1979, S. 3.

²⁰⁾ Spartacus, Januar-Februar-Heft 1980, S. 25.

Posadistische Kommunistische Partei

Diese „Deutsche Sektion der IV. Internationale Trotzlisten-Posadisten“ ist auf die Linie des südamerikanischen Trotzlisten-Führers Posada²¹⁾ eingeschworen. Angesichts ihrer sehr geringen Mitgliederzahl — wahrscheinlich weniger als 30 — und ihrer zunehmenden Bedeutungslosigkeit ist sie höchstens noch wegen ihrer internationalen Verbindungen zu verschiedenen westeuropäischen und südamerikanischen Trotzlisten-Gruppierungen gleicher Ausrichtung beachtenswert.

Ihr Organ ist die seit 1968 monatlich erscheinende „Arbeiterstimme“. Daneben gibt es als theoretisches Organ die „Marxistische Zeitschrift“ sowie die Broschüren-Serie „Wissenschaft, Kultur und Politik“.

Die Sowjetunion ist ihrer Meinung nach „der natürlichste Verbündete des Fortschritts“; der Stalinismus „war nur ‚ein Unfall der Geschichte‘, auch wenn er viele Jahre überdauerte“²²⁾. Die Führer der VR China hingegen müsse man „wie Stalin“ werten; sie seien „klar und eindeutig Konterrevolutionäre“ und „gegen die Vernunft und die Notwendigkeit der Geschichte“²³⁾. Im Gegensatz zu anderen Trotzlisten werten die Posadisten den Einmarsch der Vietnamesen in Kambodscha als „etwas Notwendiges, um den Fortschritt anzuspornen“ — eine Aktion, „die wir als einen notwendigen Teil für die sozialistische Entwicklung der Menschheit sehen“²⁴⁾. Auch die Invasion Moskaus in Kabul wird positiv gewertet, habe diese doch „nicht den Zweck, ein Land zu besetzen ...“, sondern das Voranschreiten der Konterrevolution zu verhindern. Afghanistan habe eine strategische Bedeutung, „infolgedessen muß es jedem Linken klar sein, daß es sich in den Händen der Revolution befinden muß“. Die sowjetische Intervention zu verurteilen, „bedeutet für die Konterrevolution Stellung zu nehmen“. Gefordert wird im gleichen Zusammenhang eine Einheitsfront gegen alle westlichen Boykottmaßnahmen gegenüber dem Ostblock²⁵⁾.

²¹⁾ Angeblich handelt es sich um einen Decknamen; seit einigen Jahren soll P. in Westeuropa leben.

²²⁾ Arbeiterstimme, Frankfurt, 10. 1. 1980, S. 1; Marxistische Zeitschrift, Frankfurt 1977, Nr. 1, Politischer Bericht auf dem 11. Weltkongreß der IV. Internationale, S. 123.

²³⁾ Arbeiterstimme, 10. 7. 1978, S. 3, und 10. 11. 1978, S. 2.

²⁴⁾ Arbeiterstimme, 10. 2. 1979, S. 1.

²⁵⁾ Arbeiterstimme, 10. 1. 1980, S. 1, und 10. 2. 1980, S. 1.

Im Unterschied zu den anderen Trotzlisten-Richtungen lehnen die Posadisten die SPD scharf ab; sie habe „nicht das notwendige Programm noch die notwendige Politik“²⁶⁾. Den „Grünen“ hingegen stehen sie durchaus positiv gegenüber. Auch ihr Verhältnis zur DKP ist keineswegs negativ. Auffällig erscheint ihre positive Einstellung zur DDR, die „trotz der

Bürokratie, trotz der Intershops, trotz der Privilegien der Bürokratie“ „eine Weltmacht“ sei: „Mit all unseren kommunistischen Gefühlen begrüßen wir den 30. Jahrestag des deutschen Arbeiterstaates und die sozialistische Bedeutung, die er für die gesamte Menschheit hat.“²⁷⁾

II. Europäische Arbeiter-Partei

Nachdem im Juli 1973 in Düsseldorf die „European Labour Committees“ (E.L.C.) — auch „Europäische Arbeiterfraktionen“ genannt — als Teil der internationalen Labour Committees-Bewegung gegründet worden waren, bildete sich Ende Dezember des gleichen Jahres die „Europäische Arbeiter-Partei“ (E.A.P.). Der Schwerpunkt dieser Bewegung befindet sich in den USA. Ihr Gründer und Führer ist Lyndon H. La Ruche, ein ehemaliger Trotzlist, der in diesem Jahr der Präsidentschaftskandidat der amerikanischen Labor Party ist; zweiter Vorsitzender zumindest in den letzten Jahren war Elijah Boyd, ehemals Mitglied der linksextremistischen „Black Panther Party“.

In der Bundesrepublik Deutschland dürfte die „Europäische Arbeiter-Partei“ etwa 200 bis 300 Mitglieder haben.

Bei den Bundestagswahlen 1976 erreichte sie 3 179 Erst- und 6 851 Zweitstimmen. Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1975 brachten ihr 324 und die damaligen Bremer Bürgerschaftswahlen bzw. diejenigen vier Jahre später 62 bzw. 169 Stimmen. Bei den Europawahlen 1979 wurden 31 847 Stimmzettel für die E.A.P. abgegeben. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1980 votierten 152 Stimmberechtigte für sie, vier Jahre zuvor waren es 191. Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 1980 erhielt sie 680 Stimmen. Häufig äußert die E.A.P. dann den Verdacht auf Wahlfälschungen und gibt der „korrumpierten Presse“ bzw. der „Manipulierbarkeit der Wählerschaft“ die Schuld.

Ihre Wochenzeitung ist die „Neue Solidarität“, deren deutsche Ausgabe — sie erscheint in insgesamt fünf Sprachen — vor sechs Jahren in wohl 15 000 bis 20 000 Exemplaren verbreitet wurde und heute eine Auflage von schät-

zungsweise 4 000 bis 5 000 hat^{27a)}. Das theoretische Organ der E.A.P. ist das „Internationale Bulletin“. Durch ein kostspieliges Fernschreibnetz hält das Deutschland- und Europa-Büro der Partei die Verbindungen zu den USA. Mutmaßungen, daß von dort auch finanzielle Unterstützungen kämen, lassen sich indessen nicht beweisen.

Die Ziele der E.L.C. und E.A.P. erscheinen sehr verworren: In den zurückliegenden Jahren wollten sie in einem revolutionären Prozeß ein sozialistisches Rätssystem errichten, das weder den orthodoxen kommunistischen noch den maoistischen Vorstellungen entspricht, sondern einen „freien Sozialismus“ verwirklicht. Beabsichtigten sie im Oktober 1974 noch den Aufbau „einer Einheitsfront sämtlicher Organisationen der Arbeiterklasse und Bauern“, so war kurz danach ihr Nahziel, „die revolutionäre Intelligentsia zu einer Initiativgruppe von sozialistischen Kadern zu organisieren“ und sich dann an die Vorhut der Arbeiterklasse selbst zu wenden²⁸⁾. Ein Jahr später schlugen sie zunehmend eine prosovjetsche Linie ein und behaupteten, die KPdSU habe sich ihrem Standpunkt soweit angenähert, daß sie unabhängig voneinander auf strategische Probleme mit einer „fast identisch formulierten Politik“ antworten würden. Dennoch wurden die E.L.C. und die E.A.P. von der DKP weiterhin als „CIA-Agenten“ gemieden²⁹⁾.

^{27a)} Ziel der E.A.P. ist es, die Auflage „sehr bald auf über 10 000 zu steigern“ (so Beilage zur „Neuen Solidarität“, Wiesbaden, 24. 4. 1980).

²⁸⁾ Vgl. dazu Gerd Langguth, Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968—1976, a. a. O., S. 92, Anm. 95; Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutz 1974, 1975, S. 78f.; Strategie zum Sozialismus, Wiesbaden 1974, S. 7.

²⁹⁾ Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutz 1975, 1976, S. 73f., und: Verfassungsschutz 1976, 1977, S. 68f. Seitdem wird in den Jahresberichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz die E.A.P. nicht mehr erwähnt. Im „Rechts- und Linksextremismus in Nordrhein-Westfalen“ (Jahresbericht des Landesamtes für Verfassungsschutz 1977),

²⁶⁾ Arbeiterstimme, 10. 5. 1979, S. 3.

²⁷⁾ Arbeiterstimme, 10. 6. 1978, und 15. 10. 1979, S. 2; vgl. auch Gerd Langguth, Protestbewegung am Ende, Mainz 1971, S. 172.

Seit zwei Jahren ist zumindest im Programm der E.A.P. in der Bundesrepublik ein stärkerer humanistischer Zug zu verspüren. In dem auf ihrem 3. Bundesparteitag im März 1978 verabschiedeten Statut sieht die E.A.P. sich als eine Vereinigung, „die auf dem höchsten Stand der modernen Wissenschaft die Kontinuität der platonisch-humanistischen Tradition Europas fortsetzt“. Ihre Weltanschauung stelle die „Fortsetzung der Politik des ‚Grand Design‘ dar, wie sie von früheren politischen Führern (den Salier- und Hohenstaufenkaisern, Heinrich IV von Frankreich und dem großen Gottfried Wilhelm Leibniz) betrieben wurde“. Es liege „in der besonderen Verantwortung der E.A.P., auf die Mobilisierung von Facharbeitern und angelernten Arbeitern als organisierte politische Kraft hinzuwirken und ihnen ihr grundlegendes Selbstinteresse an der Förderung humanistischer Politik national und international bewußt zu machen“. Ziel sei, die Bundesrepublik „auf der Grundlage wissenschaftlich-technologischen Fortschritts als humanistische demokratische Republik zu gestalten“³⁰⁾. Gelegentlich bezeichnet sich die E.A.P. auch als Elite: „Wir sind die Repräsentanten der humanistischen Elite, die als geistiges Erbe von Plato, Leibniz und Franklin die Methode und Lösung für die Frage nach der Weiterexistenz der menschlichen Gesellschaft kennt.“³¹⁾

Charakteristisch für die Aussagen der E.A.P. ist die völlige Ablehnung der USA und ihrer Regierung mit Anschuldigungen, die fern jeglicher Objektivität stehen — so sei Hitler „ein Geschöpf angloamerikanischer strategischer Interessen nach dem Ersten Weltkrieg“ gewesen, habe Kissinger das Blutbad bei der Olympiade in München im September 1972 angeordnet und stünde der größte Teil der internationalen Terroristen (wie die Baader-Meinhof-Bande und die Rote Brigaden) unter amerikanischer Kontrolle³²⁾. Immer wieder wird dabei

der Vorwurf einer Verschwörung der Familie Rockefeller mit dem Ziel einer „faschistischen Weltdiktatur“ erhoben.

Primärer Feind der E.A.P. scheint indes England zu sein: Die Briten hätten im Winter 1932—1933 bereits Hitler an die Macht gebracht und ohnehin „schon zwei Weltkriege verursacht“ — „die größte Gefahr Europas und der Menschheit ist die von London provozierte Gefahr eines neuen Weltkrieges“³³⁾. Hinter dem gesamten illegalen Drogenhandel in der Welt soll ebenfalls „die Aristokraten- und Bankiers-Oligarchie Großbritanniens“ stehen³⁴⁾. Auffällig ist nicht zuletzt, daß die E.A.P. in den Politikern der neueren Geschichte und der Gegenwart „britische Agenten“ sieht³⁵⁾.

Andererseits fehlen gegenüber der Sowjetunion kritische Formulierungen fast völlig. In ihrer Politik fand eine, wie ihr Organ schrieb, qualitative Wende zum Besseren statt. Breschnew „versucht, der Welt den Frieden zu bringen“; das einzige Bollwerk gegen einen Krieg stelle die Achse Bonn-Paris-Moskau dar³⁶⁾. Scharf ablehnend wiederum ist die Haltung gegenüber der VR China, dessen Geopolitik sogar Hitler-Deutschland in den Schatten stelle. Pekings Krieg gegen Vietnam sei ein Versuch der KPCh-Führung gewesen, „eine militärische Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion herbeizuführen“, wie Deng Xiaoping ohnehin die USA auf einen Weltkrieg programmiere³⁷⁾.

In ihrer „Erklärung zur Außenpolitik der Bundesregierung Deutschlands“ behauptet die E.A.P., sie hätte „fundierte Beweise, die belegen, daß Willy Brandt, Leber und Genscher diese Politik auf direkte Anweisung der Rockefeller-Familie durchführen“³⁸⁾. Bundeskanzler Schmidt hingegen wird gelobt, und zwar sowohl wegen seiner politischen Haltung gegenüber Paris als gerade auch wegen seiner wirtschaftlichen Kontakte zu Moskau; durch

Düsseldorf, 1978, S. 31, hingegen wird die E.A.P. weiter als „eine linksextremistische Organisation besonderer Art“ bezeichnet. — Siehe auch *Der Spiegel*, Hamburg 1979, Nr. 22, S. 36.

³⁰⁾ E.A.P.-Statut, Wiesbaden 1978, „Humanistische Prinzipien“, Punkt 1, 3 und 6 sowie § 1 der E.A.P.-Satzung.

³¹⁾ So die Vorsitzende Helga Zepp-La Rouche auf der Europa-Konferenz in Mainz, April 1978 (zit. nach: *Neue Solidarität*, Wiesbaden, 6. 4. 1978, S. 1); ähnlich La Rouche in: *Neue Solidarität*, a. a. O., 26. 7. 1979, S. 1, und 17. 1. 1980, S. 13.

³²⁾ Für eine neue Weltwirtschaftsordnung, Wiesbaden 1976, S. 17; Kissingers internationaler Terrorismus, Wiesbaden 1977, S. 7; Internationales Bulletin, Wiesbaden, Oktober 1977, S. 6 und 17; siehe auch: *Die Rheinpfalz*, Ludwigshafen, 22. 2. 1979, S. 3.

³³⁾ *Neue Solidarität*, 1. 2. 1979, S. 4f., und 22. 3. 1979, S. 1.

³⁴⁾ *Die Waffen der britischen Oligarchie-Sekten, Drogen, Terror*, Wiesbaden 1979, S. 4.

³⁵⁾ Glaubt man den Veröffentlichungen in der *Neuen Solidarität* während der letzten zwei Jahre, so waren Bismarck und Hitler und so sind Kissinger, der Trotzkiistenführer Mandel, Khomeini und der KGB-Chef Andropow britische Agenten; auch die Maoisten-Gruppierungen des KB und KBW in der Bundesrepublik sind „Produkte des britischen Geheimdienstes“.

³⁶⁾ *Neue Solidarität*, 20. 9. 1979, S. 1, und 20. 12. 1979, S. 3.

³⁷⁾ *Neue Solidarität*, 8. 2. 1979, S. 1.

³⁸⁾ E.A.P.-Wahlprogramm, Wiesbaden 1976, S. 5.

die Handelsabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion werde „der deutsche Arbeiter an einem welthistorischen Unternehmen teilhaben, daran, die Welt zu verändern, die Grundlagen dafür zu schaffen, daß die Bemühung, die menschliche Stufe der ‚schönen Seele‘ zu erreichen, Erfolg haben kann. In der richtigen Weise entworfene und durchgeführte Wirtschaftsabkommen können dem Bundesbürger den Sinn der Existenz seiner Seele wiedergeben, den Sinn seines Lebens... Der deutsche Arbeiter, der solche Vorteile gewinnt, wird pornographische Schriften und andere unwürdige Unterhaltungsmittel mit Verachtung in die Ecke werfen und sich statt dessen Heine, Schiller und Beethoven zuwenden...“³⁹⁾.

Bezeichnend für die E.A.P. ist auch ihr konstantes Eintreten für die Kernenergie: „Wer diese Politik ablehnt, gehört zu den Feinden der Menschheit und muß in der Praxis auch

als solcher behandelt werden.“ Die „Grünen“ seien eine Strömung, „die fanatisch anti-industriell und fortschrittsfeindlich ein Sammelbecken von Anthroposophen, Vertretern maoistischer Sekten, NPD-Wählern ... darstellt“ und die Menschen „in ein neues finsternes Mittelalter stürzen“⁴⁰⁾. Zur DDR äußert sich die E.A.P. überhaupt nicht.

In jüngster Zeit werfen seriöse ausländische Zeitungen der amerikanischen Labor Party ein starkes Einschwenken auf den Rechtsradikalismus und den Antisemitismus vor⁴¹⁾. Vereinzelt ist dies auch in der „Neuen Solidarität“ zu spüren — etwa die Behauptung, daß es angesichts des drohenden nuklearen Holocaust „nicht den geringsten qualitativen Unterschied zwischen der Moral der Zionisten und den schlimmsten Nazis“⁴²⁾ gebe. Ob die E.A.P. in der Bundesrepublik diesen augenscheinlichen Kurswechsel mitvollziehen wird, bleibt abzuwarten.

III. Die Maoisten

Bei den verschiedenen pro-chinesisch-kommunistischen Gruppierungen ließen die politischen Erschütterungen in der Volksrepublik China — der Tod Mao Tse-tungs und die Verhaftung der „Vierbande“ mit der Nachfolge Hua Guofengs, die wirtschaftliche Öffnung Peking für den „Kapitalismus“ sowie das Ende der „ewigen Freundschaft“ mit Albanien — die Aktivitäten und die Mitgliedschaften stark zurückgehen. Der Überfall Vietnams auf Kambodscha und der begrenzte Krieg der Volksrepublik China gegen die Volksrepublik Vietnam trugen zu weiterer Erschütterung der „Maoisten“ bei. Die ständige Überforderung der einzelnen Mitglieder und die im krassen Gegensatz zu dem Avantgarde-Anspruch der einzelnen Gruppen stehende Wirklichkeit der westlichen Demokratie kamen hinzu. Heute umfassen die einzelnen — unter sich weiterhin sehr zerstrittenen — Maoisten-Organisationen insgesamt vielleicht noch rund 5 500 Mitglieder⁴³⁾.

KPD/ML

Die „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML) zählte vor Jahren etwa 800 Mitglieder und konnte in Einzelfällen mehr als 2 000 Demonstranten mobilisieren; heute hat sie noch etwa 600 Mitglieder⁴⁴⁾. Ihre 1975 gegründete Jugendorganisation „Rote Garde“ mit der Sektion „Kommunistischer Studentenbund/ML“ dürfte unverändert 450 feste Anhänger haben. Als Nebenorganisation der KPD/ML ist die „Rote Hilfe“ für die „politisch Verfolgten“ anzusehen. Sehr eng mit der KPD/ML ist auch die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO) verbunden, die Ende November 1979 auch bundesweit gegründet wurde und die eine „organisierte innergewerkschaftliche Opposition“⁴⁵⁾ innerhalb des DGB sein will. Äußerlich organisatorisch unabhängig ist die im Oktober 1979 entstandene „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie,

³⁹⁾ Neue Solidarität, 18. 5. 1978, S. 2.

⁴⁰⁾ Anhang zum Vorwort zum Parteiprogramm, Wiesbaden 1979, S. 28; Neue Solidarität, 27. 3. 1980, S. 1.

⁴¹⁾ Bündner Zeitung, Chur, 1. 3. 1980, S. 13; Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Düsseldorf, 18. 1. 1980, S. 3, mit weiteren Hinweisen.

⁴²⁾ Neue Solidarität, 25. 1. 1979, S. 1f.; vergl. ebenfalls Süddeutsche Zeitung, München, 12. 5. 1980, S. 3 mit einer Antwort in Neue Solidarität, 22. 5. 1980, S. 10f.

⁴³⁾ Friedrich-Wilhelm Schlomann/Paulette Friedlingstein, Die Maoisten. Pekings Filialen in West-

europa, Frankfurt 1970, S. 245ff.; Gerd Langguth, Protestbewegung am Ende, a. a. O., S. 61ff.; Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968—1976, a. a. O., S. 104ff.; Wir waren die Stärkste der Parteien..., Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, Berlin-West 1978, bes. S. 46, 48, 60f., 76 und 80; Rheinischer Merkur, Köln, 12. 10. 1979, S. 25; Der Spiegel, 1980, Nr. 8, S. 42.

⁴⁴⁾ Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutz 1977, 1978, S. 52. — Zur finanziellen Lage vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. 2. 1980, S. 4.

⁴⁵⁾ RGO-Nachrichten, Vellmar 1979, Nr. 9, S. 9.

Wohlstand und Frieden", die den „Vormarsch der Reaktion" in der Bundesrepublik stoppen möchte.

Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg 1978 erhielt die KPD/ML 911 Stimmen, vier Jahre zuvor hatte sie noch 3 001 bekommen. Danach hat sie sich nicht mehr an Wahlen beteiligt, sondern zu ihrem Boykott aufgerufen.

Das Zentralorgan der KPD/ML ist der seit geraumer Zeit wöchentlich erscheinende „Rote Morgen", dessen Auflage unverändert bei etwa 10 000 Exemplaren liegen dürfte. Das theoretische Organ „Der Weg der Partei" erscheint seit 1978 zweimonatlich. Das monatliche Zentralorgan der „Roten Garde" ist „Roter Rebell"; früher existierte es als Beilage „Die Rote Garde" im „Roten Morgen". Die „RGO-Nachrichten" werden seit geraumer Zeit ebenfalls monatlich veröffentlicht, gelegentlich auch in Türkisch.

Noch beim Tode Mao Tse-tungs hatte die Organisation in ihrem Beileidstelegramm ihm „ewigen Ruhm" versprochen. Auch im Grußtelegramm an die KPCh im Juli 1977 versprach sie, sein Andenken immer in Ehren halten und seine Lehren stets verteidigen zu wollen⁴⁶⁾. Danach fiel es auf, daß auch nach der Verhaftung der „Viererbande" die KPD/ML die Schriften Yao Wenyuans propagierte und stets Deng Xiaoping als „kapitalistischen Machthaber" attackierte. Der eigentliche Bruch mit Peking erfolgte, als sie der KPCh in einem Brief Vorwürfe machte und die KPCh diesen Brief dann zurückschickte. Das außenpolitische Konzept der chinesischen Führung in Form der „Drei-Welten-Theorie" (nach der die gefährlichere Supermacht UdSSR ist, während der mindere „Hauptfeind" in den USA zu sehen ist) wurde von der KPD/ML als „Propagierung der Klassenversöhnung" und „Spielart des modernen Revisionismus" scharf verworfen⁴⁷⁾. Im August 1978 warf sie Mao Tse-tung vor, seine Beiträge zur Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus stellten in Wahrheit „eine Abweichung" dar — „Mao Tse-tung ist kein Klassiker des Marxismus-Leninismus". Hatte der Zeitungskopf des „Roten Morgen" zwölf Jahre lang die Köpfe von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao gezeigt, so verschwand

jetzt das Bild des chinesischen KPCh-Führers⁴⁸⁾. Anfang 1979 stellte der IV. Parteitag der Organisation fest, „die Mao-Tse-tung-Ideen widersprechen dem Marxismus-Leninismus", und neuerdings werden die Gedanken Maos sogar für Fehler innerhalb der KPD/ML verantwortlich gemacht⁴⁹⁾. Inzwischen hat sich dieses Negativbild auf die gesamte VR China ausgedehnt; eine kürzlich erschienene Ausgabe des theoretischen Organs trug die Überschrift „30 Jahre Volksrepublik China — 30 Jahre Lüge und Betrug". Peking stehe „auf der Seite der Konterrevolution", und man habe es dort „nicht mit Kommunisten, sondern mit Verrätern am Kommunismus" zu tun⁵⁰⁾. Zugleich verstärkte die KPD/ML ihre bisherigen Kontakte zur Partei der Arbeit Albanien und propagiert ebenfalls verstärkt Leben und Lehre Josef Stalins.

Hatte sie früher sowohl Vietnam als auch Kambodscha positiv beschrieben, hieß es später, beide seien nicht sozialistisch und ihr gegenseitiger Krieg habe „nicht das geringste mit der Sache des Sozialismus zu tun". Den Einmarsch der VR China in Vietnam wurde mit dem Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen verglichen und sei „eine nackte, imperialistische Aggression"⁵¹⁾. Scharf verurteilt wurde ebenfalls die Invasion der sowjetischen Truppen in Afghanistan, doch tritt die KPD/ML „im Interesse des Olympischen Geistes und der Völkerverständigung" für die Durchführung der Olympischen Spiele in Moskau ein⁵²⁾.

Innenpolitisch wird eigentlich alles negiert, besonders rüde ist die Diktion gegenüber dem CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Strauß. Den Bau von Atomkraftwerken lehnt die KPD/ML ab und rühmt sich sehr ihrer Beteiligung an den damaligen Schlägereien in Brokdorf⁵³⁾. Den „Grünen" wirft sie indes vor, „ihre Anhängerschaft vom Weg des Klassenkampfes abzubringen, deren Protest ausschließlich auf Atomenergie- und Umweltfragen zu konzentrieren" und somit letztlich nur ein „Hilfstrupp

⁴⁶⁾ Roter Morgen, 18. 9. 1976, S. 3, und 8. 7. 1977, S. 6; Es lebe der III. Parteitag der KPD/ML, Dortmund 1977, S. 24.

⁴⁷⁾ Roter Morgen, 23. 10. 1976, S. 8, 30. 10. 1976, S. 6, 10. 12. 1976, S. 6, und 18. 3. 1977, Beilage Der Weg der Partei, Dortmund 1978, Nr. 1, S. 60 ff.

⁴⁸⁾ Der Weg der Partei, 1978, Nr. 4, S. 6 ff.; Roter Morgen, 11. 8. 1978, S. 1 und 3.

⁴⁹⁾ Der Weg der Partei, 1979, Nr. 1, S. 92 ff.; Roter Morgen, 29. 9. 1978, S. 11, und 22. 2. 1980, S. 12.

⁵⁰⁾ Roter Morgen, 2. 6. 1978, S. 10, und 13. 10. 1978, S. 2.

⁵¹⁾ Roter Rebell, Dortmund 1979, Nr. 1, S. 5; Roter Morgen, 2. 3. 1979, S. 10, und 25. 5. 1979, S. 10.

⁵²⁾ Roter Morgen, 4. 1. 1980, S. 1, 8. 2. 1980, S. 3, und 15. 2. 1980, S. 1.

⁵³⁾ Roter Morgen, 4. 3. 1977, S. 6, und 24. 8. 1979, S. 3.

der Reaktion" zu sein⁵⁴). Die Bundeswehr, heißt es, sei „eine Gefahr für den Frieden. In ihren Kasernen werden mit maßlosem Drill, mit Barrasmethoden und Schinderei wieder Arbeitersöhne, Schüler und Studenten zu willigen Befehlsempfängern gemacht: Kanonenfutter für einen neuen Krieg der Reichen!“ Andererseits sieht die KPD/ML es für jedes Mitglied als Pflicht an, die Dienstzeit bei der Bundeswehr abzuleisten, „um dort umfangreiche Waffenkenntnisse zu erwerben“; neuerdings will man zur Zersetzung innerhalb der Bundeswehr „Antimilitaristische Komitees“ aufbauen⁵⁵).

Die KPD/ML tritt für die Wiedervereinigung Deutschlands auf sozialistischer Grundlage ein. Die heutige DDR wird von ihr entschieden abgelehnt — obwohl zugleich ihre Gründung als solche bejaht wird — und die Berliner Mauer sehr scharf verurteilt. Die Organisation behauptet, Ende 1975 in der DDR eine illegal arbeitende „Sektion DDR“ gegründet zu haben; unbestritten ist, daß die KPD/ML durchschnittlich alle drei Monate eine besondere Ausgabe des „Roten Morgen“ auf Dünndruckpapier in Doppelbriefgröße herausgibt und sie auf dem normalen Postwege sowie auch durch Kuriere in die DDR einschleust⁵⁶).

KPD

Die Juni 1971 gegründete „Kommunistische Partei Deutschlands“, die aus der sich 1970 gebildeten „Kommunistischen Partei Deutschlands/Aufbauorganisation“ (KPD/AO) hervorging, trat in den zurückliegenden Jahren durch etliche Gewaltaktionen hervor; die spektakulärste war im April 1973 die Erstürmung des Bonner Rathauses anlässlich des Besuches des damaligen südvietnamesischen Staatspräsidenten. Im Sommer 1974 gab die KPD die Zahl ihrer Mitglieder und Kandidaten mit 5 000 an⁵⁷). Sie konnte zwar bei be-

stimmten Anlässen mehrere Tausend Sympathisanten mobilisieren, doch dürfte die Zahl ihrer festen Anhänger kaum jemals über 1 000 hinausgegangen sein; schon 1978 ist sie wieder auf rund 550 zurückgegangen⁵⁸). Bereits ein Jahr später räumte die Führung der Organisation eine zunehmende Isolierung ein. Im Dezember 1979 mußte die KPD feststellen, daß ihre ursprünglichen Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus oder zum Aufbau der Partei „illusorisch“ gewesen seien — „der Weg, den sie dazu eingeschlagen hat, ist gescheitert. Es ist unserer Partei nicht gelungen, nennenswerten Einfluß in der Arbeiterklasse zu erringen“⁵⁹). Anfang Januar dieses Jahres veröffentlichte das KPD-Zentralorgan einen Leserbrief von 41 Mitgliedern, in dem es heißt: „Wir sind der Meinung, daß die KPD als KPD gescheitert ist. Wir haben den Anspruch erhoben, die Partei der Arbeiterklasse zu sein — wir sind es bis heute nicht. Und es ist auch nicht sichtbar, wie wir es werden könnten.“⁶⁰) Obwohl diese Ansicht die allgemeine Stimmung der Mitglieder wiedergab, widersprach eine andere KPD-Gruppe dem Antrag, die Auflösung zu beschließen, mit dem Plan der Bildung einer lockeren „Organisation von Kommunisten“⁶¹). Auf dem III. Parteitag der KPD Anfang März dieses Jahres indes wurde „fast einmütig“ die Auflösung der KPD beschlossen. Einige der einzelnen Stellungnahmen von Mitgliedern und Funktionären hoben die eigene „Isolation und gesellschaftliche Wirkungslosigkeit“ hervor. Die letzte Presseerklärung der KPD stellte fest: „Wir waren erfolglos, weil wir gegenüber den Herausforderungen (der heutigen Zeit) keine überzeugenden Antworten fanden.“⁶²) Im Februar 1980 hatte die Partei wohl nur knapp 400 Mitglieder.

Die Nebenorganisationen der KPD — wie der „Kommunistische Jugendverband“ und der „Kommunistische Studentenverband“ — und ihre Hilfsorganisationen — wie die „Liga gegen den Imperialismus“ und die „Rote Hilfe

⁵⁴) Roter Morgen, 25. 1. 1980, S. 14, und 9. 11. 1979, S. 2. — Bezüglich der negativen Haltung zur E.A.P. s. Roter Morgen, 15. 6. 1979, S. 12.

⁵⁵) Roter Rebell, 1978, Nr. 4, S. 26, und 1980, Nr. 4, S. 31; Bericht über die Tätigkeit des 3. ZK der KPD/ML, Dortmund 1977, S. 104f.; vgl. auch Roter Morgen, 8. 4. 1977, S. 6.

⁵⁶) Näheres dazu in: Roter Morgen, 7. 2. 1976, S. 1 ff., 25. 2. 1977, S. 1 und 3, 18. 5. 1979, S. 3, 13. 7. 1979, S. 3, und 25. 1. 1980, S. 3. Roter Rebell, 1979, Nr. 9, S. 32f.

⁵⁷) So das ZK-Mitglied der KPD, Horlemann, gegenüber der Frankfurter Rundschau vom 1. 7. 1974; zit. nach Gerd Langguth, Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968—1976, a. a. O., S. 129.

⁵⁸) Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutz 1974, a. a. O., 1975, S. 71; Verfassungsschutz 1976, a. a. O., 1977, S. 62, und Verfassungsschutz 1978, a. a. O., 1979, S. 42.

⁵⁹) Rote Fahne, 6. 12. 1979, S. 2; ähnlich bereits am 12. 7. 1979, S. 11. Theorie und Praxis, 1979, Nr. 2, S. 84f. und 87.

⁶⁰) Rote Fahne, 24. 1. 1980, S. 12; vgl. ebenfalls 10. 1. 1980, S. 9.

⁶¹) Rote Fahne, 21. 2. 1980, S. 8f.

⁶²) Rote Fahne, 19. 3. 1980, S. 1, 5f. und 8; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. 3. 1980, S. 8; Die Welt, 12. 3. 1980, S. 3, und Frankfurter Rundschau, 12. 3. 1980, S. 2.

e. V." — hatten bereits 1979 ihre Tätigkeit eingestellt.

Die KPD, die bei den Bundestagswahlen 1976 immerhin 8 821 Erst- und 22 901 Zweitstimmen erhalten hatte, ging seit 1978 bei Wahlen in den einzelnen Bundesländern Wahlbündnisse mit den „Grünen“ bzw. „Alternativ-Listen“ ein; zugute kam ihr dabei, daß sie sich stets gegen Atomkraftwerke ausgesprochen hatte. Da es mit den anderen Maoisten-Organisationen „keine gemeinsame politische Plattform“ gebe, sei dies „ein Schritt voran im Zusammenschluß der linken Kräfte“. Eine Stimmabgabe zugunsten der SPD hatte die KPD stets abgelehnt⁶³).

Das wöchentliche Zentralorgan, die „Rote Fahne“, hatte 1974 rund 16 000 Exemplare. Eine vier Jahre später initiierte Spendenkampagne zugunsten dieses Organs brachte nicht einmal die Hälfte des angestrebten Betrages von 300 000 DM; die „Rote Fahne“ mußte deshalb in größerem Maße subventioniert werden. Ende 1979 gestand die Redaktion, daß die Zeitung „zu wenig Ausstrahlungskraft hat, als daß sie von den Genossen der Partei ernst genommen und über den Kreis unserer Organisation hinaus wichtige Kräfte ansprechen würde“ — „Arbeiter lesen die Zeitung kaum“⁶⁴). Die verkaufte Auflage scheint bei Jahresbeginn nur noch 4 800 Exemplare betragen zu haben.

Das theoretische Organ der KPD war die vierteljährlich erscheinende „Theorie und Praxis“. Die Monatsorgane der beiden Nebenorganisationen hießen „Kämpfende Jugend“ und „Dem Volke dienen“ und die der Hilfs-Organisationen „Internationale Solidarität“ sowie „Rote Hilfe“.

Ein sehr wesentlicher Grund des Scheiterns der KPD war gewiß ihre vorbehaltlose Übernahme der wechselhaften Politik Pekings. War sie früher für den Sturz Deng Xiaopings, so begrüßte das Politbüro der KPD genauso den Beschluß über seine Wiedereinsetzung, und die „Rote Fahne“ schrieb: „Wir sehen keinen Anlaß, eine andere Haltung zu dieser Frage einzunehmen als die KP Chinas und das chinesische Volk“. In der „Drei-Welten-Theorie“ sah man „eine korrekte Orientierung“ und verurteilte wegen ihrer Ablehnung das bisher befreundete Albanien⁶⁵). Genauso erblickte

die Organisation in den „Vier Modernisierungen“ keine „Entmaoisierung, sondern geradezu die Erfüllung des Vermächtnisses Mao Tse-tungs“. Auch der Angriff der VR China auf Vietnam wurde als „völkerrechtlich legal im Rahmen der UNO-Charta“ propagiert — „Nicht China war der Aggressor, sondern Vietnam.“⁶⁶) Erst Ende Oktober 1979, als in Peking der Dissident Wei Jingshen zu 15 Jahren Gefängnis abgeurteilt wurde, ging die KPD auf Distanz zur Volksrepublik. Ihre Haltung gegenüber der UdSSR war stets feindlich — „Breschnew ist der Hitler von heute“⁶⁷) —, genauso wie sie die Entspannung ablehnte und sich für die oppositionellen Strömungen in Osteuropa sehr einsetzte. Über das früher gelobte Pol-Pot-Regime erklärte schließlich das KPD-Organ, „daß in den neubefreiten Provinzen sicherlich viel Blut vergossen worden ist, das vom Standpunkt der revolutionären Zweckmäßigkeit nicht hätte vergossen werden dürfen“⁶⁸). Scharf verurteilt wurde die Aggression Moskaus gegen Afghanistan. Um die Sowjetunion international zu isolieren, befürwortete die KPD einen Olympia-Boycott.

Die KPD sprach sich gegen „die menschenunwürdige Behandlung“ der Soldaten der Bundeswehr aus, propagierte jedoch andererseits, daß möglichst große Teile der Bundeswehr im Falle eines Überfalls Widerstand leisten sollten. Sie wollte sich an die Spitze eines solchen Verteidigungskrieges stellen und zum „bewaffneten Volkskrieg“ übergehen⁶⁹). In der DDR sah sie „eine faschistische Diktatur über die Arbeiterklasse und das Volk“ und trat für die Wiedervereinigung ein⁷⁰).

KBW

Der „Kommunistische Bund Westdeutschlands“, zu dem sich im Juni 1973 mehrere lokale Gruppierungen zusammenschlossen, versteht sich noch nicht als kommunistische „Partei“, sondern will erst „die Voraussetzungen für die Neugründung der Kommunistischen Partei Westdeutschlands“ schaffen⁷¹). Vor zwei Jahren verließ etwa ein Drittel der

⁶³) Rote Fahne, 22. 3. 1979, S. 11.

⁶⁷) II. Parteitag der KPD, Resolutionen, Köln 1977, S. 110.

⁶⁸) Rote Fahne, 18. 1. 1979, S. 9.

⁶⁹) II. Parteitag der KPD, Resolutionen, a. a. O., S. 105; Rote Fahne, 12. 4. 1978, S. 2, und 17. 5. 1978, S. 2.

⁷⁰) II. Parteitag der KPD, Resolutionen, a. a. O., S. 16, 41 und 43.

⁷¹) Ergebnisse der Gründungskonferenz des KBW, Heidelberg 1973, S. 8.

⁶³) Rote Fahne, 6. 7. 1979, S. 7, und 20. 9. 1979, S. 2; vgl. ebenfalls 24. 5. 1978, S. 9, 5. 7. 1978, S. 6f., und 9. 8. 1978, S. 1.

⁶⁴) Rote Fahne, 6. 12. 1979, S. 3; s. auch 19. 7. 1979, S. 12.

⁶⁵) Rote Fahne, 17. 11. 1976, S. 2, 22. 12. 1976, S. 2, 5. 1. 1977, S. 6, 3. 8. 1977, S. 2, 10. 8. 1977, S. 8, 14. 9. 1977, S. 7, und 16. 11. 1978, S. 8.

Mitglieder — darunter führende Funktionäre — die Organisation, um später die „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ zu gründen. Inzwischen aber konnte der KBW, der zuvor etwa 2 500 Mitglieder und weitere 1 000 engere Sympathisanten zählte — bei Demonstrationen konnten bis zu 8 000 Personen mobilisiert werden —, seine Mitgliedsstärke wieder auf rund 2 400 erhöhen⁷²⁾. Die Nebenorganisationen des KBW sind die „Kommunistischen Jugendbünde“ (KJB), die „Kommunistischen Hochschulgruppen“ (KHG), die „Gesellschaften zur Unterstützung der Volkskämpfe“ (GUV) — in denen Intellektuelle organisiert sind — sowie die „Soldaten- und Reservistenkomitees“; diese Organisationen sind indes den 38 KBW-Bezirksleitungen zugeordnet, nicht hingegen zu Bezirksverbänden zusammengeschlossen. Die Mitgliederzahl ging inzwischen von etwa 5 800 im Jahre 1977 auf ca. 2 500 zurück⁷³⁾. Angesichts besonders rigoroser Geldeintreibungen unter den Mitgliedern — dazu gehört auch sehr häufig die Auflösung ihrer Bausparverträge, Bankguthaben und Erbschaften — wird das Vermögen der Organisation gegenwärtig auf etwa zehn Millionen DM geschätzt⁷⁴⁾. Die Mittel für den Kauf der neuen Parteizentrale (1977) in Höhe von 2,7 Millionen DM stammen ebenfalls aus Spenden der Mitglieder und Sympathisanten.

Bei den Bundestagswahlen 1976 erhielt der KBW 21 415 Erst- und 19 970 Zweitstimmen. Zwei Jahre später mußte seine Führung nach Wahlen in Norddeutschland allerdings einräumen, „daß fast alle Stimmen von Schülern, Studenten und jüngeren Lehrern, die der KBW in Hamburg und Niedersachsen hatte, verlorengegangen sind. Diese Verluste wurden durch Stimmfortschritte auf dem Lande und bei den Arbeitern und Angestellten nicht ausgeglichen“⁷⁵⁾. Die letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg brachten dem KBW 2 062 Wähler, vier Jahre zuvor waren es 5 751. Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 1980 bekam er 2 358 Stimmen. Das wöchentliche Zentralorgan des KBW, die

„Kommunistische Volkszeitung“ (KVZ), erscheint seit Ende 1976 in drei Regionalausgaben. Die wöchentliche Auflage, die 1974 bei 55 000 Exemplaren lag, dürfte heute vielleicht 20 000 ausmachen. Das theoretische Organ, „Kommunismus und Klassenkampf“, wurde bis 1976 vierteljährlich in 15 000 Exemplaren veröffentlicht, seitdem monatlich in rund 10 000.

Der KBW sprach Hua Guofeng zur Ernennung zum Vorsitzenden der KPCh „revolutionäre Glückwünsche“ aus, doch nahm er hinsichtlich der Verurteilung der „Viererbände“ zumindest zunächst eine sehr zögernde Haltung ein⁷⁶⁾. Der Überfall Pekings auf Vietnam wurde als eine „Politik der Verteidigung des Friedens“ hingestellt, die Truppen der VR China seien „zum Gegenangriff gegen vietnamesische Aggressionen gezwungen“ gewesen. Im gleichen Zusammenhang schrieb das theoretische Organ des KBW: „Die Politik der VRCh, auch dort, wo sie militärische Mittel einsetzt, vermindert die Gefahr des Weltkrieges... Sie verbessert die Bedingungen, um dem eigentlichen imperialistischen Krieg durch Revolution zuvorzukommen. Das gilt gerade für Europa, und gerade die europäische Arbeiterklasse, die in ihrem Kampf so langsam vorankommt, kann den größten Nutzen aus dieser Politik ziehen.“⁷⁷⁾ Seit dem Bruch zwischen Peking und Tirana werden die zuvor propagierten Thesen Albaniens als „Ultraimperialismus reinsten Wassers“ hingestellt⁷⁸⁾. Genauso hieß es bei Hanoi Aggression gegenüber Kambodscha über das bisher gepriesene Vietnam, daß der dortige „Nationalismus in Chauvinismus umgeschlagen und die Staatsmacht zum Instrument hegemonialer Interessen der herrschenden Revisionistenclique geworden (ist)“⁷⁹⁾. In Kambodscha hingegen wurde selbst die brutale Umsiedlungspolitik Pol Pots als „ein Schlag gegen die Imperialisten und ihre Agenten“ verteidigt⁸⁰⁾. Die Sowjetunion lehnt der KBW ab und greift ihre Militärintervention in Afghanistan scharf an. Die Organisation tritt für den Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau ein: „das könnte so-

⁷²⁾ Kommunistische Volkszeitung, 25. 9. 1978, S. 4. Innere Sicherheit, Bonn, 30. 10. 1979, S. 7. Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutz 1977, 1978, S. 48, und Verfassungsschutz 1978, a. a. O., 1979, S. 40.

⁷³⁾ Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutz 1977, 1978, S. 48, und Verfassungsschutz 1978, 1979, S. 40.

⁷⁴⁾ Vgl. Kommunistische Volkszeitung, 21. 4. 1977, S. 2; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 12. 1979, S. 3; Innere Sicherheit, a. a. O., 29. 8. 1978, S. 9.

⁷⁵⁾ Kommunistische Volkszeitung, 12. 6. 1978, S. 15.

⁷⁶⁾ Xinhua, Peking, engl. 2. 11. 1976; Der Spiegel, 1977, Nr. 4, S. 51.

⁷⁷⁾ Kommunistische Volkszeitung, 19. 2. 1979, S. 2, und 26. 2. 1979, S. 15; Kommunismus und Klassenkampf, Frankfurt 1979, Nr. 3, S. 25.

⁷⁸⁾ Kommunistische Volkszeitung, 25. 9. 1978, S. 14; ähnlich: Kommunismus und Klassenkampf, 1979, Nr. 5, S. 19.

⁷⁹⁾ Kommunistische Volkszeitung, Flugschrift vom 15. 1. 1979, S. 3f., sowie 22. 1. 1979, S. 14.

⁸⁰⁾ Kommunistische Volkszeitung, 27. 2. 1978, S. 16, und 18. 12. 1978, S. 20.

wohl gegen den Panzerexpansionismus wie gegen das Entspannungsgesäusel wirken⁸¹⁾.

Innenpolitisch hat der „Kommunistische Bund Westdeutschlands“ den Bau von Kernkraftwerken stets bekämpft, andererseits kritisiert er die „Grünen“ wegen ihres „reaktionären Programms“⁸²⁾. Der KBW strebt in seinem Programm die Ersetzung der Bundeswehr durch eine allgemeine Volksbewaffnung an, bei der die Offiziere gewählt werden sollen. Die Bundeswehr wird abgelehnt, auch für den Fall eines Verteidigungskrieges: „Narren müßten wir erstens sein, weil es nicht geht, denn die Bourgeoisie ist imperialistisch und bleibt es auch, wenn sie angegriffen wird, eine Umstellung auf Verteidigung ist undenkbar wie auch Verbrechen am Interesse des Proletariats.“ Zur Zersetzung der Bundeswehr geben die „Soldaten- und Reservistenkomitees“ gelegentlich besondere Flugblatt-Zeitungen heraus. Meldungen in den zurückliegenden Jahren über direkte Sabotage an Bundeswehr-Waffen wurden vom KBW zurückgewiesen⁸³⁾.

Die DDR wird negativ beurteilt. Eine direkte Wiedervereinigung Deutschlands strebt der KBW allerdings nicht an. Sein Nahziel ist vielmehr der Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten, der „den Weg freimacht für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der deutschen Nation“. Indes: „Nicht Einheit der Nation, sondern die Befreiung von der Vorherrschaft der beiden Supermächte, um den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie zu erleichtern und die Gefahr des imperialistischen Krieges zu bekämpfen, macht den Hauptinhalt dieser Forderung aus.“ Das Selbstbestimmungsrecht ist nur „Hebel für die proletarische Revolution“⁸⁴⁾.

KB

Der „Kommunistische Bund“ (Nord) ging Ende 1971 aus dem „Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrum“ (SALZ) und dem „Kommunistischen Arbeiterbund“ (KAB) hervor. Vor vier Jahren konnte er — besonders wohl wegen seines Eintretens gegen Kernkraftwerke

— seinen Mitgliederstand auf 1 500 verdoppeln und 1977 dann auf 1 700 steigern⁸⁵⁾. Eine Leserbrief-Aktion im KB-Organ ab Sommer 1978 machte jedoch die Unzufriedenheit nicht weniger Mitglieder deutlich. Wurde schon der für Pfingsten 1979 geplante 1. KB-Kongreß verschoben, so verbreitete kurz danach eine „Unzufriedenen“-Fraktion des KB eine Flugschrift, wonach die Organisation „von Resignation, allgemeiner Abschaffungstendenz, Zerfahrenheit und Unübersichtlichkeit“ gekennzeichnet sei. Man könne den Mitgliedern „keine Perspektive für ihre Arbeit aufzeigen“⁸⁶⁾. Kaum hatte dieser Kreis den KB verlassen, bekämpfte eine „Zentrums“-Fraktion das „Leitende Gremium“ des KB; unter der Überschrift „Weiter am Rande des Abgrunds“ behauptete das Organ, der KB befinde sich „in der schlimmsten Krise seit seinem Bestehen“ und in einer „zunehmenden Lähmung der Handlungsfähigkeit“. Der Rückgang der Mitglieder auf 1 000 sei auf „ideologische Zerfahrenheit, das massive Auftreten von Fehlströmungen aller Art (wie solcher des kleinbürgerlichen Individualismus, z. B. Ultra-Demokratismus, Utopismus, Feminismus)“ begründet. Der KB müsse innerhalb der „Grünen“ arbeiten, „will er nicht zur politisch bedeutungslosen Sekte verkommen“⁸⁷⁾. Nachdem Ende 1979 der Ausschluß der „Zentrums“-Fraktion mit ihren etwa 200 Mitgliedern aus dem KB erfolgte — die jetzt in ihrem Blättchen „Z“ ihre bisherigen Mit-Genossen bekämpft —, fand Anfang Januar der 1. Kongreß des KB statt. Er brachte eine Festigung der restlichen Mitglieder.

An einzelnen Hochschulen vertreten örtlich selbständige Studentengruppen mit insgesamt 150 Mitgliedern die Politik des KB. Von seiner Hamburger Schülergruppe trennte sich der „Kommunistische Bund“ im Herbst 1978 wegen deren „politisch-ideologischen Zerfalls“.

Die zweiwöchentlich erscheinende „Arbeiterzeitung“ des KB hatte vor drei Jahren eine Auflage von 24 500 Exemplaren, die bis zum Sommer 1979 auf 9 200 zurückging, so daß der KB angesichts eines Minus von 10 000 DM pro Ausgabe das weitere Erscheinen als fraglich hinstellte. Als das Blatt sich in größerem Maße auch anderen Randgruppen öffnete, konnte

⁸¹⁾ Kommunistische Volkszeitung, 14. 1. 1980, S. 1.

⁸²⁾ Kommunismus und Klassenkampf, 1978, Nr. 8, S. 5; Kommunistische Volkszeitung, 24. 3. 1980, S. 2.

⁸³⁾ Kommunistische Volkszeitung, 15. 10. 1979, S. 17; Kommunismus und Klassenkampf, 1976, Nr. 1, S. 27; Die Welt, 1. 9. 1977, S. 1, und 30. 9. 1978, S. 3.

⁸⁴⁾ Kommunistische Volkszeitung, 15. 10. 1979, S. 17, und 17. 3. 1980, S. 19; Kommunismus und Klassenkampf, 1979, S. 11, S. 14.

⁸⁵⁾ Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutz 1976, a. a. O., 1977, S. 64 und 58, sowie: Verfassungsschutz 1977, a. a. O., 1978, S. 49. — Arbeiterkampf, 12. 11. 1979, S. 55. — Zur Ablehnung der E.A.P. s.: Arbeiterkampf, 8. 8. 1977, S. 6.

⁸⁶⁾ Arbeiterkampf, 25. 6. 1979, S. 56.

⁸⁷⁾ Arbeiterkampf, 17. 9. 1979, S. 39, 12. 11. 1979, S. 55, und 10. 12. 1979, S. 54.

die Auflage zu Beginn dieses Jahres auf 9 500 erhöht werden, von denen nur 1 600 abonniert wurden⁸⁸⁾. Die theoretische KB-Schrift ist der gelegentlich veröffentlichte „Unser Weg“. Die anderen Zeitungen „Rebell“ (für die Jugend), „Solidarität“ (für Studenten) und „Die Internationale“ („Zeitung für den proletarischen Internationalismus“) sind seit geraumer Zeit nicht mehr festgestellt worden.

Der KB sieht in Mao Tse-tung „den bedeutendsten Revolutionär unserer Zeit“⁸⁹⁾. Doch schon zu Lebzeiten Maos kritisierte er — im Gegensatz zu anderen Maoisten-Gruppen — die Einladung des CSU-Vorsitzenden Strauß nach Peking. In dem Amtsantritt Hua Guofengs sah die Organisation einen „Rechtsputsch“ und „einen schweren Rückschlag für die chinesische Revolution und damit auch für den globalen revolutionären Prozeß“⁹⁰⁾. Die Wiedereinsetzung Deng Xiaopings war nach ihrer Ansicht eine „Provokation“, und bei der „Drei-Welten-Theorie“ handele es sich „um dürftig zusammengezimmerter pseudowissenschaftliche Alibis für eine reaktionäre, pro-imperialistische Außenpolitik. Mao Tse-tung persönlich als Urheber derartiger Pseudo-Theorien auszugeben, ist Leichenfledderei“⁹¹⁾. Andererseits hielt der „Arbeiterkampf“ den Albanern vor, sie hätten jahrelang die Meinungsverschiedenheiten mit der VR China verschwiegen und erst jetzt ihre Kritik geäußert. In einer Stellungnahme der KB-Führung zum Einmarsch der Truppen Pekings in die Gebiete Vietnams hieß es: „China pokert mit dem Weltkrieg“, seine „Kriegspolitik“ sei „eine Gefahr für die Welt“⁹²⁾. Keine zwei Monate später verlangte der „Kommunistische Bund“ von der Pekinger Regierung sogar Informationen über die Zahl der politischen Gefangenen und ihre Haftbedingungen und verglich die Unterdrückung in der VR China mit derjenigen im Ostblock. Der Sturz des Pol-Pot-Regimes in Phnom Penh wurde begrüßt, weil er „dem kambodschanischen Volk die Möglichkeit eröffnet, endlich in Frieden und Demokratie zu leben. Wir begrüßen dies insbesondere, weil damit mit einem Regime Schluß ist, das den Sozialismus in aller Welt diskreditiert hat“⁹³⁾. Den Einmarsch Moskaus in Afghanistan wertet der KB als reine Machtpolitik, die

nur von militärstrategischen Überlegungen ausgehe, doch solle man darüber „das imperialistische Roll-back nicht vergessen“⁹⁴⁾.

Die Bundesrepublik Deutschland sieht die Organisation von alten und neuen Nazis sowie vom Militarismus der Bundeswehr bedroht. Die DDR wird abgelehnt; die nationale Frage stellt sich dem KB indessen nicht.

KABD

Im April 1972 vereinigten sich der „Kommunistische Arbeiterbund (M.L.)“ und die „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (Revolutionärer Weg)“ zum „Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD). Seine Mitgliederzahl dürfte heute vielleicht etwas unter 1 000 liegen. Die Abkehr der Organisation von der heutigen Politik der KPCh führte im Herbst 1978 zu einer „Säuberung“ innerhalb des KABD, der auch verdiente Genossen sowie — aus innerparteilichen Motiven — Ortsgruppen in Bayern und Baden-Württemberg zum Opfer fielen. Die Nebenorganisationen des KABD sind der 1973 entstandene „Revolutionäre Jugendverband“ (RJVD) und die „Kommunistischen Studentengruppen“ (KSG). Im April 1979 wurde der „Bund Kommunistischer Intellektueller“ (BKI) gegründet⁹⁵⁾.

Das Zentralorgan des KABD ist die vierzehntägig erscheinende „Rote Fahne“. Ihre Auflage beläuft sich gegenwärtig wahrscheinlich auf rund 7 000 Exemplare. Das theoretische Organ ist der unregelmäßig veröffentlichte „Revolutionärer Weg“. Das monatliche Jugendorgan heißt „Rebell“. Seit dem letzten Jahr wird auch wieder das Studentenorgan „Roter Pfeil“ gedruckt, dessen Herausgabe 1976 eingestellt worden war.

Mao Tse-tung war und ist auch für den KABD das große Vorbild; die neue Pekinger Führung hat nach seiner Ansicht Maos Thesen „verraten“. Schon die massiven Vorwürfe gegen die „Viererbande“, kommentierte sein Organ, könne „kein Kommunist abnehmen“; danach müßte diese aus „Übermenschen“ bestanden haben. „Das ZK (der KPCh) merkte anscheinend nicht, daß es sich damit selber ein Armutzeugnis ausstellte, wenn diese Behauptung stimmen sollte. Vor allem ist es aber eine unerhörte Beleidigung Mao Tse-tungs als Vorsitzendem der größten Kommunistischen Partei, die wohl fähig war, eine soziale Revolution

⁸⁸⁾ Arbeiterkampf, 20. 8. 1979, S. 42 und 48, 14. 1. 1980, S. 56, und 11. 2. 1980, S. 59.

⁸⁹⁾ Arbeiterkampf, 20. 9. 1976, S. 3.

⁹⁰⁾ Arbeiterkampf, 18. 10. 1976, S. 1.

⁹¹⁾ Arbeiterkampf, 25. 7. 1977, S. 2 und 58.

⁹²⁾ Arbeiterkampf, 26. 6. 1978, S. 45, 19. 2. 1979, S. 1, und 19. 3. 1979, S. 4.

⁹³⁾ Arbeiterkampf, 8. 1. 1979, S. 1.

⁹⁴⁾ Arbeiterkampf, 28. 1. 1980, S. 43.

⁹⁵⁾ Rote Fahne, 19. 5. 1979, S. 9.

durchzuführen, aber nicht mit vier Leuten, die solche Verbrechen begangen haben sollten, die in der Lage gewesen sein sollten, dem ganzen ZK auf dem Kopf herumtanzen zu können, fertigzuwerden? Wer so argumentiert, der ist nicht glaubwürdig. Mit solchen Argumenten hatte die Führung bereits damals ihr Gesicht verloren. So kann man keine ideologisch-politische Auseinandersetzung führen. Auf ein solch niedriges Niveau kann sich kein Kommunist begeben.“⁹⁶⁾

Anlässlich der Rehabilitierung Deng Xiaopings erklärte die KABD-Führung: „Es ist die Pflicht aller Marxisten-Leninisten, diesen Kurs der Führung der KP Chinas, die im Wind von rechts segelt, aufs schärfste zu kritisieren und zu bekämpfen.“⁹⁷⁾ Die „Drei-Welten-Theorie“ wurde als „rechtsopportunistische Linie“ verworfen, der „Hauptfeind der deutschen Arbeiterklasse“ sei zudem der deutsche Imperialismus; die Behauptung, diese Theorie stamme von Mao Tse-tung, sei unwahr⁹⁸⁾. Den Einmarsch der chinesischen Truppen in Vietnam verurteilte der KABD. Anlässlich des Besuchs Hua Guofengs in der Bundesrepublik Deutschland schrieb die „Rote Fahne“: „Die heutige Kommunistische Partei Chinas ist nicht mehr die Partei Mao Tse-tungs und auch keine kommunistische Partei mehr... Nieder mit den Verrätern Deng und Hua!“⁹⁹⁾ Auch die Entwicklung in Albanien lehnt der KABD ab, weil Tirana neuerdings die Mao-Tse-tung-Ideen attackiere. In einem Offenen Brief der „Zentralen Leitung“ des KABD an das ZK der Partei der Arbeit Albaniens heißt es: „Ihr habt es zu vertreten und seid dafür verantwortlich, wenn auf der Grundlage Eurer Positionen weitere Verwirrung innerhalb der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung eingetreten ist.“¹⁰⁰⁾

Der Überfall Vietnams, das lange als Vorbild für viele andere Länder in der Welt hingestellt worden war, auf Kambodscha war für den „Kommunistischen Arbeiterbund“ ein „Akt

brutaler Aggression“. Die Sowjetunion sei ein „sozialimperialistisches Land“, und auch Stalin habe Fehler begangen. Die Truppen der Sowjetunion müßten Afghanistan verlassen, doch bei der Bedrohung des Friedens seien die USA und die Sowjetunion in einem Atemzug zu nennen. Hinsichtlich der Frage eines Olympia-Boykotts will der KABD die Olympiade, „eine längst zum Kadaver gewordene Institution“, generell abschaffen¹⁰¹⁾.

In der Bundesrepublik stellten die Gegner der Atomkraftwerke eine „kleinbürgerliche Bewegung“ dar. Die Teilnahme des KABD an entsprechenden Aktionen habe taktische Erwägungen insofern, als man vielleicht für die Organisation einzelne gewinnen könnte. „Nicht die Kernenergie, sondern dieses System (der Monopolkapitalisten) muß bekämpft werden.“¹⁰²⁾ Die Parole „Nie wieder Krieg!“ sei pazifistische Illusionsmacherei. In einem Kriege, wobei das Vorliegen eines Angriffs- oder Verteidigungskrieges ohne Belang sei, könne es nur heißen: „Den Kriegstreibern im eigenen Land, den Monopolisten, muß das Handwerk gelegt werden!“ Wehrpflichtige sollten aber ihrer Dienstzeit in der Bundeswehr nachkommen: „Im Ernstfall sitzen wir hier am entscheidenden Hebel“¹⁰³⁾. Die Wiedervereinigung Deutschlands könne erfolgen, wenn in beiden Teilen „die sozialen Voraussetzungen geschaffen sind, um die Spaltung zu überwinden“. Jeweils müsse zunächst die Diktatur des Proletariats errichtet werden, damit durch diese die einheitliche Grundlage entstünde¹⁰⁴⁾.

MLD

Im März 1976 fand die Gründungskonferenz der „Marxisten-Leninisten Deutschland“ statt; ein großer Teil der Mitglieder war Ende 1971 aus der KPD/ML ausgetreten. Im vergangenen Jahr wollten die MLD eigentlich die „Marxistisch-Leninistische-Kommunistische Partei Deutschlands“ ausrufen, doch mußten sie zugeben, daß auch ihre Organisation mit der allgemeinen Krise der Maoisten in der Bundesrepublik konfrontiert werde¹⁰⁵⁾. Heute gehö-

⁹⁶⁾ Die Führung Chinas segelt im Wind von rechts!, Stuttgart 1977, S. 58.

⁹⁷⁾ Rote Fahne, 16. 8. 1977, S. 1; Die Führung Chinas zerstört die Diktatur des Proletariats, Stuttgart 1979, S. 5.

⁹⁸⁾ Die „Drei-Welten-Theorie“ als strategische Konzeption hat den Wind von rechts im Rücken, Stuttgart 1978, S. 3; Rote Fahne, 16. 8. 1977, S. 6, und 15. 7. 1978, S. 8.

⁹⁹⁾ Rote Fahne, 20. 10. 1979, S. 1, und: Rebell, 1979, Nr. 11, S. 28. Ähnlich schreibt die Rote Fahne, 22. 3. 1980, S. 9, von der „revisionistisch entarteten KP Chinas“.

¹⁰⁰⁾ Verteidigt die Maotsetungsideen, Stuttgart 1979, S. 28, und Rote Fahne, 22. 9. 1979, S. 9.

¹⁰¹⁾ Rote Fahne, 8. 3. 1980, S. 2.

¹⁰²⁾ Rote Fahne, 12. 1. 1980, S. 8; ähnlich 6. 10. 1979, S. 1, und 20. 10. 1979, S. 8.

¹⁰³⁾ Rote Fahne, 1. 12. 1979, S. 9; Rote Fahne, 4. 7. 1975, S. 8; Rote Fahne-Extra zum 1. 9. 1979 und 14. 1. 1978, S. 9.

¹⁰⁴⁾ Vorwärts zum Sozialismus! Gründungserklärung des KABD, Stuttgart 1972, S. 23.

¹⁰⁵⁾ die achtziger Jahre, 17. 7. 1979, S. 1 und 10. Der Maoist, Frankfurt 1976, Nr. 2, S. 90 ff.

ren den MLD vielleicht 250 Mitglieder und engere Sympathisanten an.

Ihr Zentralorgan, „die achtziger jahre“ (bis März 1979 „Die neue Welt“ genannt), das als einzige Maoisten-Zeitung neben der roten Fahne auch die der Bundesrepublik Deutschland zeigt, erscheint vierzehntägig. Die Auflage dürfte kaum 2 000 betragen. Ihr nur gelegentlich veröffentlichtes theoretisches Organ „Der Maoist“ wurde letzten Sommer offensichtlich eingestellt.

Auch sie verdammten zunächst Deng Xiaoping, um ihm später zur Wahl als stellvertretenden Vorsitzenden der KPCh brieflich zu gratulieren. Die „Drei-Welten-Theorie“, die nach Ansicht der MLD von Mao Tse-tung selber stammt, wird von ihnen befürwortet. Aus gleichen Gründen handelt es sich bei Albanien nach ihrer Meinung jetzt nur noch um „die faschistische Diktatur des bürgerlich-halbfeudalen Hoxha-Clans“¹⁰⁶). Selbst das harte Urteil gegen den chinesischen Dissidenten Wei Jingshen, „der in einer schwierigen Situation China in den Rücken gefallen (ist)“, wurde von dieser Organisation noch unterstützt, doch wird neuerdings das Bestehen einer „Vertrauenskrise zwischen großen Teilen der Bevölkerung und der Kommunistischen Partei“ in der Volksrepublik China eingeräumt¹⁰⁷). Die militärische Aktion Pekings gegenüber Vietnam „dient der Sicherung seiner Grenze. Sie richtet sich gegen den globalen Hegemonismus Moskaus und lokalen Hegemonismus Hanois. Sie dient damit der Verteidigung des Weltfriedens.“¹⁰⁸) Verurteilt wird andererseits der Einmarsch Vietnams in Kambodscha, und jeder, der früher gegen den Krieg der USA in Vietnam demonstriert hatte, „macht sich unglaublich, wenn er heute über die vietnamesisch-sowjetische Aggression schweigt“¹⁰⁹). Als einzige Maoisten-Gruppierung treten die „Marxisten-Leninisten Deutschland“ für die USA ein, sofern deren Außenpolitik gegen die UdSSR gerichtet ist, und für die Stationierung ihrer strategischen Atomwaffen in Westeuropa¹¹⁰). Die Sowjetunion wird als „der Hauptfeind der Völker der Welt und der Hauptkriegsbrandstifter“ hingestellt. Für den Westen sei eine Politik erforderlich, die „dem russischen Bären die Klauen stutzt“. Mit der Invasion der Sowjetunion in

Afghanistan habe „die Ära des Dritten Weltkrieges begonnen“¹¹¹). Eindeutig erklären sich die MLD für einen Olympia-Boycott.

Auch für die Bundesrepublik wird die Kernenergie befürwortet; nur sie könne die nationale Unabhängigkeit in der Energieversorgung garantieren, doch dürfe dies alles nicht auf Kosten des Volkes erfolgen. Die „Grünen“ werden abgelehnt, da sie der Arbeiterklasse nicht helfen könnten. Die MLD unterstützen die Bundeswehr: „Erste Bürgerpflicht“ sei es, „ein ideologisches Klima der Verteidigungsbereitschaft und des Patriotismus zu schaffen“. Die Parole, im Ernstfall die Gewehre umzudrehen, arbeite — wie auch die Aufforderung nach Zersetzung der Bundeswehr — den „Helfern des Sozialimperialismus in die Hände“. Die These mancher Maoisten-Gruppierungen von der „Volksarmee“ sei eine Illusion. „Wenn das Proletariat noch nicht die Gewehre kommandiert, dann muß die Demokratie mit den Gewehren verteidigt werden, die unter dem Kommando der Bourgeoisie stehen.“¹¹²) Die DDR wird scharf abgelehnt. Die MLD treten in diesem Zusammenhang für den Abzug der sowjetischen Truppen ein, um das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation zu realisieren. Als einzige Maoisten-Gruppe bejahen sie eindeutig den 17. Juni als Gedenktag für die Wiedervereinigung Deutschlands¹¹³).

AB

Der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (AB) ging im Mai 1973 aus den „Arbeiter-Basis-Gruppen“ (ABG) hervor¹¹⁴). Er dürfte heute vielleicht rund 200 Mitglieder und knapp 250 Sympathisanten haben. Die Nebenorganisationen des AB sind der „Kommunistische Hochschulbund“ (KHB) und die „Rote Schülerfront“ (RSF), die zumindest noch vor einigen Jahren „zu den einflußreichsten links-extremistischen Gruppen an bayerischen Schulen und Hochschulen“ zählten¹¹⁵).

¹⁰⁶) Die neue Welt, Frankfurt, 14. 12. 1978, S. 11.

¹⁰⁷) die achtziger jahre, 24. 10. 1979, S. 3, und 12. 3. 1980, S. 2.

¹⁰⁸) Die neue Welt, 20. 2. 1979, S. 1.

¹⁰⁹) die achtziger jahre, 7. 11. 1979, S. 5.

¹¹⁰) MLD-Extrablatt Nr. 33 vom 14. 7. 1978

¹¹¹) Die neue Welt, 8. 9. 1978, S. 1; die achtziger jahre, 16. 1. 1980, S. 1, und 26. 3. 1980, S. 2.

¹¹²) Die neue Welt, September 1977, S. 3; Flugschrift „An das Zentralkomitee der KPD“, Frankfurt, 18. 5. 1978, S. 4.

¹¹³) die achtziger jahre, 1. 9. 1979, S. 3; MLD-Extrablatt Nr. 29 vom 15. 6. 1978.

¹¹⁴) Kommunistische Arbeiter-Zeitung, München, 30. 5. 1978, Beilage, S. I.

¹¹⁵) Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutz 1976, a. a. O., 1977, S. 66; Kommunistische Arbeiter-Zeitung, 12. 12. 1976, S. 11, und 1. 5. 1978, S. 16.

Bei den Bundestagswahlen 1976 forderte das ZK des AB zur Stimmabgabe für die SPD auf und empfahl zugleich — im Gegensatz zu seinen Aufrufen bei vorangegangenen Wahlen —, nicht für die DKP zu stimmen¹¹⁶⁾.

Das Zentralorgan des „Arbeiterbundes“ ist die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“, die eine Auflage von schätzungsweise 4 000 Exemplaren haben dürfte und seit Anfang dieses Jahres nicht mehr vierzehntägig, sondern nur noch vierwöchentlich erscheint. Die Organe der Nebenorganisationen, die „Kommunistische Studenten-Zeitung“ und „Roter Weg“ sind seit geraumer Zeit nicht mehr festgestellt worden.

Nach dem Tode Mao Tse-tungs zögerte der AB zunächst mit der Verurteilung der „Viererbände“: „Wer jetzt von uns verlangt, daß wir uns zum Richter über das chinesische Volk machen, indem wir eine Einschätzung der derzeitigen Situation geben, der muß uns sagen können, wozu uns so eine aus der Luft gegriffene Einschätzung für unseren Kampf eigentlich dienen soll. Für uns hat sich nichts daran geändert, daß die VR China ein sozialistischer Staat ist, daß dort die Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei herrscht und daß die chinesische Regierung das chinesische Volk vertritt.“¹¹⁷⁾

Die AB-Zeitung griff jedoch bald den „Gulaschkommunismus“ Deng Xiaopings an und warf jenen „bürgerlichen Kräften in der KP Chinas“ vor, „den Weg der Restauration des Kapitalismus“ beschreiten zu wollen¹¹⁸⁾. Die „Drei-Welten-Theorie“ Pekings verwarf das Organ als „eine Strategie des Imperialismus, um den Sieg der proletarischen Weltrevolution hinauszuzögern“. Nach Ansicht der kürzlich stattgefundenen III. Delegiertenkonferenz des AB fordern „die konterrevolutionären Versuche der chinesischen Revisionisten innerhalb der KPCh zur größten Wachsamkeit und Kampfbereitschaft“ heraus¹¹⁹⁾. Der Überfall chinesischer Truppen auf Vietnam war für den „Arbeiterbund“ ein „schwerer Rückschlag

für die proletarische Weltrevolution“, und in einem Telegramm an Hua Guofeng schrieb das ZK: „Entsetzt über den Angriff auf das sozialistische Vietnam fordern die Verfechter der Mao-Tse-tung-Ideen in Westdeutschland Euch zum sofortigen Rückzug aus dem vietnamesischen Gebiet auf.“ Andererseits beschuldigte der AB Hanoi, die Lehren Maos zu diffamieren und heute „genau das Gegenteil“ ihrer früheren Urteile über die KP Chinas zu sagen¹²⁰⁾.

Wegen des neuerlichen Leugnens der Bedeutung Mao Tse-tungs auch seitens der Albaner klang die bisherige Verehrung des AB für Tirana ebenfalls schnell ab. Hatte man früher alle westlichen Berichte über Kambodscha zurückgewiesen, hieß es nach dem Einmarsch Vietnams über die Pol-Pot-Regierung: „Dieses Regime war es wert, von revolutionären Kräften gestürzt zu werden.“¹²¹⁾ Stalin bewertet der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ äußerst positiv. Bei dem Überfall der Sowjetunion auf Afghanistan wurden die Behauptungen Moskaus skeptisch beurteilt, doch ist man für die Durchführung der bevorstehenden Olympiade: „Warum will Carter die Olympischen Spiele in Moskau boykottieren? Weil er befürchtet, daß die USA dort noch schlechter als bisher abschneiden werden. Der Einsatz sowjetischer Truppen in Afghanistan kann ja wohl nicht der Grund sein...“¹²²⁾.

In der Bundesrepublik seien die „Grünen“ keine Hoffnung für die Arbeiter; sie begriffen nicht, daß nur das Proletariat mit seiner Partei — der KPD als Vorhut — in der Lage sei, den Grundwiderspruch der Gesellschaftsordnung zu lösen. In ihrer weiteren Entwicklung werde sich die Richtung der „Grünen“ „in einen feigen Katzenjammer verlaufen“¹²³⁾. In der Militärfrage vertritt der AB die Ansicht, das heute Entscheidende sei die Frage, in wessen Hände sich die Waffen befänden. „Und das ist die Kernfrage des Sturzes der politischen Macht der Bourgeoisie.“ Für den Ernstfall gelte: „Dreht die Gewehre um! Laßt Euch ausbilden für **unseren** Krieg! Krieg dem imperialistischen Krieg, Kameraden!“¹²⁴⁾ Der „Arbeiter-

¹¹⁶⁾ Extrablatt der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung, 29. 8. 1976, S. 3; Gerd Langguth, Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968 bis 1976, a. a. O., S. 202.

¹¹⁷⁾ Kommunistische Arbeiter-Zeitung, 31. 10. 1976, S. 10.

¹¹⁸⁾ Kommunistische Arbeiter-Zeitung, 20. 3. 1979, S. 15, und 30. 10. 1979, S. 16ff.

¹¹⁹⁾ Kommunistische Arbeiter-Zeitung, 27. 6. 1978, S. 18ff., und 21. 8. 1979, S. 13f. — „Thesen zur Strategie und Taktik. Ein Versuch, einen strategischen Plan für die westdeutsche Revolution vorzugeben“, München, Februar 1980, S. 64.

¹²⁰⁾ Kommunistische Arbeiter-Zeitung, 20. 2. 1979, S. 17, 5. 3. 1979, S. 15, und 12. 6. 1979, S. 16.

¹²¹⁾ Kommunistische Arbeiter-Zeitung, 21. 1. 1979, S. 1.

¹²²⁾ Kommunistische Arbeiter-Zeitung, 4. 3. 1980, S. 8.

¹²³⁾ Kommunistische Arbeiter-Zeitung, 19. 9. 1978, S. 21, und 13. 11. 1979, S. 6; vgl. auch: Kommunistische Arbeiter-Zeitung, 24. 7. 1979, Beilage, S. IV.

¹²⁴⁾ Kommunistische Arbeiter-Zeitung, 30. 5. 1978, S. 12, und 25. 7. 1978, Extrablatt, S. 4.

bund" geht von der nicht gelösten deutschen Frage aus und strebt ein wiedervereinigtes, freies, einiges und sozialistisches Deutschland an. Er glaubt jedoch, „daß die DDR ein Staat wie jeder andere ist, den man völkerrechtlich anerkennen muß“¹²⁵⁾.

Ausblick

Die Maoisten räumen selber ein, daß sie keine Massenbewegung darstellen, sondern letztlich politische Sekten, die „heimatlos geblieben“¹²⁶⁾ sind und auch gerade in der Arbeiterklasse kein Echo fanden.

Angesichts des äußerst krassen Mißverhältnisses zwischen Aufwand und Erfolg haben viele ihrer Mitglieder und Anhänger resigniert; es kommt hinzu, daß die einstigen Studenten heute in berufliche Positionen gerückt sind und auch familiäre Bindungen haben. Die Trennung von ihrer bisherigen Organisation

¹²⁵⁾ Kommunistische Arbeiter-Zeitung, 20. 2. 1979, S. 16. Damit Deutschland den Deutschen gehört (Programmerkklärung), München 1974, S. 3f. und 24. Vorwort zum erweiterten AB-Nachdruck von Albert Norden, Um die Nation, München 1974, S. III.

¹²⁶⁾ Heiner Karuscheit und Alfred Schröder, Unsere nächsten Aufgaben, Gelsenkirchen 1978, S. 11; die achtziger Jahre, 28. 8. 1979, S. 10.

bedeutet durchweg aber keine direkte Feindschaft zu ihr oder zur VR China. Die meisten von ihnen werden sich allerdings als „politische Nihilisten“ ins Privatleben zurückziehen; zu anderen Maoisten-Gruppierungen oder gar zur DKP dürfte nur ein geringer Bruchteil abwandern. Ein größerer Teil wird zu der bevorstehenden „Sozialistischen Konferenz“ als Ausgangspunkt einer neuen Linkspartei gehen, nicht wenige scheinen sich den „Grünen“ anschließen zu wollen. Manche werden sich auch zum „alternativen Leben“ in die ländliche Natur zurückziehen. Ein Übertritt zu religiösen Sekten dürfte nur in Einzelfällen erfolgen¹²⁷⁾.

Sollten sich die politischen und insbesondere die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland indessen gravierend verschlechtern, werden die Maoisten mit ihren radikalen Thesen gewiß eine Auffanggruppe für wahrscheinlich nicht wenige junge Menschen sein — sofern sie dann nicht schon völlig bedeutungslos geworden sind.

¹²⁷⁾ Roter Morgen, 22. 2. 1980, S. 12; Rote Fahne (KPD), 21. 2. 1980, S. 11; Der Spiegel, 1977, Nr. 48, S. 115; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. 3. 1980, S. 8.

Die Opfer und die Täter – Rechtsextremismus in der Bundesrepublik

Versuch einer Ortsbestimmung

Einer theoretisch-exakten Definition sowohl des Begriffs Rechtsextremismus als auch seiner Inhalte stehen erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Die Gesinnung und die daraus entspringenden Bestrebungen — Organisationen, Publikationen, Aktionen —, die unter die Bezeichnung Rechtsextremismus oder Rechtsradikalismus subsumiert werden, können als politische Erscheinungsform immer nur annähernd bestimmt werden, da ihr keine allgemein verbindliche, wissenschaftlich entwickelte und systematisch faßbare Ideologie zugrunde liegt¹⁾. Es gibt nicht einmal eine Übereinkunft, ob „Extremismus“ oder „Radikalismus“ die richtige Kategorie ist, unter der die Aktivitäten der äußersten Rechten — um die es aber immerhin unbestritten geht — einzuordnen wären. Gute Gründe veranlaßten jene amtlichen Stellen, die mit dem Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung dieser Republik — der Einhaltung der verfassungsmäßigen Garantien also — betraut sind, seit einigen Jahren nicht mehr von Radikalismus, sondern von Extremismus zu sprechen. Radikalität, so lautet das Argument dafür, sei an sich nichts Übles: Man könne, solange man nur den Rahmen des Grundgesetzes einhalte, alle nur möglichen politischen Ideen in radikaler Form vertreten. Extremisten aber stünden nicht mehr auf dem Boden demokratischen Konsenses.

Die Unterscheidung ist einleuchtend, solange sie Theorie bleibt oder, andersherum, sie ist nützlich zur Eingrenzung des Auftrags der amtlichen Stellen, die zum Schutz der Verfassung berufen sind. Aber auch die Definition des Begriffs „verfassungsfeindliche Zielsetzung“ ist schwierig. Es gibt keinen Mechanismus, der, ohne große Umstände angewendet, sicher und schnell anzeigt, ob und wie verfassungsfeindlich eine Gruppe, Organisation oder Publikation ist. In der Vorbemerkung zum Verfassungsschutzbericht 1978, in der der Bundesminister des Innern Auftrag und Umfang der (rein beobachtenden) Tätigkeit des

Verfassungsschutzes umreißt, distanziert sich der verantwortliche Minister ausdrücklich von einer Ausuferung des Begriffs „verfassungsfeindliche Zielsetzung“, sowohl in der politischen Diskussion als auch in der Aufklärungsarbeit.

INHALT	
Versuch einer Ortsbestimmung	
Der organisierte Rechtsextremismus	
Die schlummernden Neigungen	
Die Opfer und die Täter — historische Dimensionen des Rechtsextremismus	
Wiederaufbau statt Trauerarbeit	
Rechtsextremismus als Sicherheitsproblem — amtliche Reaktionen	
Zur Technik rechtsradikaler Propaganda	

Die Bundesregierung lege Wert darauf, „nur solche Zielsetzungen als ‚verfassungsfeindlich‘ zu bezeichnen, die gegen die grundlegenden Verfassungsprinzipien gerichtet sind“: „Diese Verfassungsprinzipien sind die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“²⁾

¹⁾ Vgl. Manfred Funke, Extremismus und offene Gesellschaft. Anmerkungen zur Gefährdung und Selbstgefährdung des demokratischen Rechtsstaates, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 16. 9. 1978; s. a. Hans Josef Horchem, Extremisten in einer selbstbewußten Demokratie, Freiburg 1975.

²⁾ Der Bundesminister des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutz 1978, Bonn 1979, S. 6.

Vorabdruck aus dem in Kürze in der Reihe „Fischer Taschenbuch“ erscheinenden Band: „Rechtsradikalismus. Randerscheinung oder Renaissance?“, herausgegeben von W. Benz.

Als brauchbare Kriterien zur Einordnung politischen Verhaltens wird man die gedanklichen Inhalte, die angestrebten Ziele und die zu deren Erreichung angewandten Methoden als Angelpunkte der Untersuchung benützen. Die Kategorien Gesinnung — Zielsetzung — Methoden liefern einigermassen sichere Indizien, wenn bei der Konstruktion des Rasters, durch das gesiebt werden soll, die Maßstäbe allgemeiner demokratisch-liberaler Übereinstimmung, der Grundvoraussetzung unserer staatlich-gesellschaftlichen Verfassung, angewendet werden. Wichtige Kriterien für einen solchen Rahmen wären demnach:

— Nationalismus in aggressiver Form, verbunden mit Feindschaft gegen Ausländer, Minderheiten, fremde Völker und Staaten; militant-deutschnationales oder alldeutsches Gedankengut.

— Antisemitismus und Rassismus, biologistische und sozialdarwinistische Theorien.

— Intoleranz; der Glaube an Recht durch Stärke; Unfähigkeit zum Kompromiß in der politischen Auseinandersetzung; elitär unduldsames Sendungsbewußtsein und Diffamierung Andersdenkender.

— Militarismus; Streben nach einem System von „Führertum“ und bedingungsloser Unterordnung und nach einer entsprechenden autoritären oder diktatorischen Staatsform.

— Verherrlichung des NS-Staats als Vorbild und Negierung oder Verharmlosung der in seinem Namen begangenen Verbrechen.

— Neigung zu Konspirationstheorien (z. B. die Annahme, Regierung, Wirtschaft, Gesellschaft usw. seien durch irgendwelche böartigen Minderheiten korrumpiert).

— Latente Bereitschaft zur gewaltsamen Propagierung und Durchsetzung der erstrebten Ziele.

Trotz dieses eindeutigen Katalogs bleibt die Ortsbestimmung des Rechtsextremismus immer noch problematisch. Ganz abgesehen vom politischen Standort, persönlichem Erfahrungshorizont und Temperament des Analytikers funktionieren die angegebenen Indikatoren nicht so wissenschaftlich-exakt wie Lackmuspapier, das im Reagenzglas untrüglich Säure anzeigt. Die erträgliche Konzentration der rechtsradikalen Säure — um im Bild zu bleiben — ist ebenso schwer bestimmbar wie der Reaktionspunkt, an dem die Essenz in Verbindung mit bestimmten Katalysatoren gefährlich wird. Ein wesentliches Problem liegt also in der Abgrenzung, in der Frage: Wo be-

ginnt der Radikalismus extrem zu werden, und wo wird der Extremismus verfassungsfeindlich? Der biedere Reaktionär, der immer noch dem treuen Glauben anhängt, Hitler habe die Autobahnen erfunden und auch sonst per Saldo mehr Gutes als Böses bewirkt, ist damit ebensowenig schon ein Rechtsextremist wie das brave Mütterlein, das unbeirrt der Überzeugung anhängt, es sei von einem moralischen Sumpf und allgemeiner sittlicher Verkommenheit umgeben (diese Vermutungen gehören nämlich auch in den Katalog rechtsradikaler Ansichten). Oder gar der gesammelte Zitatenschatz aus nationalistischen Kraftsprüchen, grobschlächtigen Diffamierungen und säbelrasselnden Ankündigungen, der sich auch aus den Reihen der politischen Mitte sammeln läßt.

Verbalradikalismus und ultranationalistisches Phrasengeschmetter im Eifer der Debatte oder kalkuliert beim Stimmenfang dürfen noch nicht mit rechtsextremer Gesinnung und Zielsetzung gleichgesetzt werden; das ist bei der Analyse und Standortbestimmung des Rechtsextremismus wohl zu beachten. Denn das Verücken der Grenzlinie zwischen Konservativen und Rechtsradikalen bzw. zwischen „Rechtskonservativen“ (dieser ebenfalls unscharfe Begriff, der zunehmend als Hilfsmittel zur Auslotung des eher trüben Gewässers in dieser Randzone dient, weist auf das Dilemma hin) und „Rechtsextremisten“ kann ebenso gefährlich für die Demokratie werden wie extreme Bestrebungen jenseits demokratisch-liberaler Übereinstimmung.

Daß diese Grenzlinie oft genug im Dunkeln verläuft (und alles andere als scharf gezogen ist), mag man bedauern, aber diese Grenzlinie ist auch die Teststrecke für Toleranz und Liberalität; zum Trost und als Warnung rufen wir uns zwei Bemerkungen aus der Zeit, als die Republik in den Kinderschuhen steckte, ins Gedächtnis.

Der amerikanische Hochkommissar McCloy, von Amts wegen zur Beobachtung der politischen Szene in der Bundesrepublik berufen, schrieb 1951 in seinem „Bericht über Deutschland“: „Im allgemeinen verwerfen die großen politischen Parteien — die SPD und die beiden großen Mittelstandsparteien, die CDU und die FDP — die Ansichten ... extremistischer Parteien. Aus einer Reihe von Gründen fühlen sich die politischen Führer der gemäßigten Parteien jedoch von Zeit zu Zeit verpflichtet, auch ihrerseits nationalistische Tendenzen an den Tag zu legen. Der Wunsch, an die Macht zu kommen oder an der Macht zu bleiben, die

Rücksichtnahme auf das ständig wachsende Nationalbewußtsein und das Bestreben, nicht zuzulassen, daß die radikalen Nationalisten als die einzigen Verfechter des deutschen Patriotismus auftreten — all dies spielt bei derartigen Äußerungen mit, vor allem während der Wahlkampagnen. Bis zu einem gewissen Grade handelt es sich dabei um eine natürliche Entwicklung, die von vornherein zu erwarten war.“³⁾

Und wenig später, im letzten Quartalsbericht für 1951, ist im gleichen Zusammenhang zu lesen: „Bedauerlicherweise rührt auch die Mehrzahl der bekannten politischen Parteien immer mehr die nationalistische Trommel. Von Einzelpersonen oder ganzen Gruppen, zum Teil sogar von maßgebenden Vertretern von Landesverbänden wurden scharf nationalistische Auffassungen vorgetragen — sei es aus Überzeugung, sei es als Mittel zum Stimmenfang. Selbst mehrere Bundesminister haben es nicht verschmäht, diesen Ton anzuschlagen. Man versucht hier offenbar, die Anhänger rechtsradikaler Kreise an sich zu ziehen oder Verluste der eigenen Partei zu vermeiden, indem man sich genau so nationalistisch gebärdet wie die Extremisten selbst. Zwar kann man für diese Methode Verständnis aufbringen, doch sollte heute eigentlich jeder erkannt haben, daß sie letzten Endes keine Lösung bringt, weil erfahrungsgemäß das Schüren des extremen Nationalismus in einem *circulus vitiosus*

endet. Verabreicht man erst einmal das Narkotikum des radikalen Nationalismus, dann zeigt sich alsbald die Notwendigkeit, die Dosis zu vergrößern. Und was noch schlimmer ist: diejenigen, die mit diesem Mittel arbeiten, finden bald heraus, daß sie sich auf die Dauer nicht auf Worte beschränken können, sondern zu Taten schreiten müssen, um die sonst drohende Ernüchterung zu vermeiden. Daher muß dieser Kurs, wenn man ihn längere Zeit verfolgt, unweigerlich zur allgemeinen Katastrophe führen.“⁴⁾

Den Trost mag man darin finden, daß es zur Katastrophe in bisher 30 Jahren nicht kam, auch darin, daß die SPD damals ebenfalls gemeint war, wenn der amerikanische Beobachter vom nationalistischen Gebaren der gemäßigten Parteien sprach. Die Warnung freilich besteht weiter.

Historische Parallelen sollte man nur mit Sachkenntnis und in lauterer Absicht zu ziehen versuchen (das Hindonnern von „Gleichungen“ à la Sozialismus — Nationalsozialismus kann ins eigene Auge gehen); dies vorausgeschickt gilt immer noch, daß die „Harzburger Front“, jenes Bündnis der bürgerlichen Deutschnationalen Volkspartei, dem politischen Veteranenverein „Stahlhelm“ und anderen vaterländischen Verbänden mit der NSDAP den wirkungsreichsten Rechtsextremisten der deutschen Geschichte salonfähig machte: Adolf Hitler.

Der organisierte Rechtsextremismus

Jeder Versuch, die organisierten Bestrebungen, die eindeutig ins rechtsextremistische Spektrum gehören, zu klassifizieren, wird sich an den aufgezählten Merkmalen orientieren müssen. Sie dienen als Minimalcharakteristika.

Die mitgliederstärkste Organisation ist trotz ihrer Mißerfolge, inneren Unsicherheit und wachsenden Resignation immer noch die NPD, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (1979 hatte sie noch etwa 8 000 eingeschriebene Mitglieder). Die Partei hatte ab Herbst 1964 das Potential „alter Rechter“ aufgefangen und neu formiert, das ehemals in der Deutschen Reichspartei organisiert war. Die DRP ihrerseits, im Januar 1950 gegründet, war die Nachfolgerin der Deutschen Rechts-

partei und einiger Splitterparteien gewesen und hatte überdies nach dem Verbot der neonazistischen „Sozialistischen Reichspartei“ 1952 einen Teil von deren Mitgliedern aufgefangen. Nach der faktischen Selbstauflösung der DRP im Juni 1964 hatte der aufhaltsame Aufschwung der NPD begonnen. Schlüsselfigur der NPD wie ihrer Vorgänger war Adolf von Thadden als unermüdlicher Gründer, Organisator und Scharfmacher der fünfziger und sechziger Jahre.

Weitgehend in Konkurrenz zur NPD steht die Gruppierung „National-Freiheitliche Rechte“, das Imperium des in vieler Hinsicht erfolgreichen Dr. Gerhard Frey. Rückgrat der Freyschen Unternehmungen ist die „Deutsche National-Zeitung“, das nach der „Zeit“ auflagenstärkste Wochenblatt in der Bundesrepublik. Die Postille war — vor der Ära des geschäfts-

³⁾ 7. Bericht über Deutschland des Amerikanischen Hochkommissars für Deutschland 1. April—30. Juni 1951, S. 35 (Institut für Zeitgeschichte/Archiv).

⁴⁾ 9. Bericht über Deutschland, S. 63.

tüchtigen Verlegers Frey — mit Mitteln der Bundesregierung und finanzieller Unterstützung der Amerikaner 1951 als „Deutsche Soldaten-Zeitung“ entstanden. Das ziemlich bedeutungslose Blättchen, das als Traditions- und Interessenorgan den Wehrgedanken in der jungen Republik fördern und stärken sollte (daher der Name, daher die Finanzspritzen), hatte Ende der fünfziger Jahre abgewirtschaftet, der Verlag stand vor der Pleite. Gerhard Frey übernahm Ende 1958 das Blatt, gründete einen neuen Verlag (der ihm seit 1960 allein gehört) und änderte schließlich den Namen in „Deutsche National-Zeitung“⁵⁾. Die Zeitung, die ihren Zenit allerdings überschritten zu haben scheint (gelegentliche Auflagenspitzen von rund 165 000 Exemplaren Ende der sechziger Jahre sind etwa 100 000 Exemplaren wöchentlich, von denen längst nicht alle verkauft werden, gewichen), dient mit ihren Nebenblättern als Hausorgan für die verschiedenen Bewegungen, Parteien, Initiativen der „National-Freiheitlichen Rechten“ des Gerhard Frey. Unter dem Dach des 1972 gegründeten „Freiheitlichen Rats“ firmieren die „Deutsche Volksunion (DVU)“, der „Bund für deutsche Einheit — Aktion Oder-Neiße e. V. (AKON)“, der „Deutsche Block“, die „Gemeinschaft Ost- und Sudendendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter — Bundesverband e. V.“, der „Jugendbund Adler“ und die „Wiking-Jugend“.

Die National-Freiheitlichen kämpfen gegen die „Umerziehung“, das „Joch der Kollektivschuld“, gegen „Kriegsschuld- und Greuelpropaganda“, gegen den Staat Israel, sie schönen das Bild Hitlers und des Dritten Reiches, sie fordern — neuerdings mit einer „Volksbewegung für Generalamnestie“ (VOGA) — „den überfälligen Schlußstrich durch Generalamnestie für jedwedes behauptete oder tatsächliche Unrecht im Zusammenhang mit dem zweiten Weltkrieg“.

Von der politischen Wirkung, die eher abzunehmen scheint, einmal abgesehen, florieren die Unternehmungen der „National-Freiheitlichen“. Was das Zeitungs- und Buchversandgeschäft nicht bringt, das spielen die Immobilien ein, über die Dr. Frey reichlich verfügt, z. B. steuerbegünstigte Anlagen in Berlin oder Garagen in München. Darauf gründet sich auch ein Vorwurf, dem sich die Polit-Verleger innerhalb der rechtsextremen Szene ausgesetzt sieht: Er verstünde es, aus allem in erster Linie

⁵⁾ Vgl. Th. Borowski, Rechtsaußen, in: *journalist* 31 (1980), Heft 1, S. 16—19.

ein Geschäft zu machen, heißt es auch unter seinen 5 000 Anhängern.

Innerhalb der rund 17 000 organisierten Anhänger des Rechtsextremismus — so die Schätzung des Bundesamts für Verfassungsschutz für 1979 — werden etwas über 1 300 Personen zu den neonazistischen Aktivisten gerechnet⁶⁾. Dieser dritte Sektor im rechtsextremistischen Spektrum ist am lockersten organisiert, rund zwei Dutzend „Gesinnungs- oder Initiativkader“, sind, mit Ausnahme der „Wehrsportgruppen“, überwiegend ohne feste Organisationsstruktur tätig. Untereinander sind die einzelnen Zirkel und Gruppen aber personell verflochten, und sie arbeiten eng zusammen. Mit steigender Tendenz sind die neonazistischen Kreise seit 1974 in der Bundesrepublik aktiv. Ende 1977 kam es zu den ersten terroristischen Gewaltakten, die sich in der Folgezeit fortsetzten. Im ersten Halbjahr 1979 wurden 890 rechtsextremistische Ausschreitungen (gegenüber 992 im ganzen Jahr 1978) registriert. 1978 gab es 88 rechtskräftige (und 62 Ende 1979 noch nicht rechtskräftige) Verurteilungen sowie 610 laufende Ermittlungsverfahren; in der ersten Hälfte des Jahres 1979 verurteilten die Gerichte 97mal rechtskräftig (weitere 102 Urteile waren Ende 1979 noch nicht in Kraft), 837 Ermittlungsverfahren liefen gleichzeitig. Die Zahlen geben Anhaltspunkte für die Größenordnung des Problems⁷⁾.

Für alle Neonazi-Gruppen gilt, daß sie Provokationen und Aktionen einer argumentativen Auseinandersetzung vorziehen; für Publizität sind sie in jedem Fall dankbar; ob sie in den Medien negativ oder positiv beurteilt werden, ist ihnen dabei ziemlich egal. Konspiratives Verhalten ist die Regel, insbesondere bei den militanten Kleingruppen. Das ideologische Rüstzeug, insgesamt ein Konglomerat aus rassistischen, antisemitischen, völkisch-kollektivistischen, demokratie- und parteienfeindlichen, totalitären Sprüchen und Parolen, kann ohne intellektuelle Anstrengung erworben und nachvollzogen werden. Die emotionalisierten Ideologie-Schablonen erleichtern sowohl die Verständigung zwischen den „Führern“ und ihrer „Gefolgschaft“ als auch die politische Artikulation nach außen. Die Alters-

⁶⁾ Thesenpapier des Sachverständigen des Bundesamts für Verfassungsschutz zur öffentlichen Anhörung des Arbeitskreises II der SPD-Bundestagsfraktion am 26. 11. 1979 zum Neonazismus.

⁷⁾ Thesenpapier des Sachverständigen des Bundeskriminalamts für die öffentliche Anhörung am 26. 11. 1979 (vgl. Anm. 6).

gruppe der 20- bis 30jährigen ist auf neonazistischem Feld unverhältnismäßig stark vertreten.

Die Finanzierung der Aktivitäten erfolgt zum großen Teil durch Spenden. Aus den Buchungsunterlagen des landflüchtigen ehemaligen Rechtsanwalts Manfred Roeder ging z. B. hervor, daß für die „Deutsche Bürgerinitiative e. V.“ im Jahr 1978 und im 1. Quartal 1979 172 893,72 DM gespendet worden waren⁹⁾. Der Bückeburger Prozeß, in dem im Herbst 1979 erstmals Rechtsextremisten wegen terroristischer Aktivitäten verurteilt wurden, erbrachte den Nachweis, daß auch Raubüberfälle zur Mittelbeschaffung dienen. Verlags- und Vertriebsgeschäfte mit einschlägiger Literatur bringen auch bei den Neonazis etwas Geld in die Kassen.

Die folgende Aufzählung neonazistischer Vereinigungen ist unvollständig und möglicherweise zum Teil veraltet, weil manche Gruppen im Zuge exekutiver Maßnahmen „verschwunden“ sind und dafür andere neu gegründet wurden. Einige Organisationen, wie die von Erwin Schönborn in Frankfurt a. M. 1977 gegründete „Aktionsgemeinschaft Nationales Europa (ANE)“, sind (vorübergehend?) inaktiv oder waren, wie die „Deutsch Arabische Gemeinschaft“ oder die „Bürgerinitiative gegen Terrorismus und Fünf-Prozent-Klausel“ (ebenfalls Schönborn-Gründungen) mehr Firmenschilder zur Abwicklung der ebenso emsigen wie bössartigen Flugblattagitator des Initiators. Am meisten machte Schönborn durch seinen „Kampfbund Deutscher Soldaten (KDS)“ von sich reden; im Januar 1980 sorgte er durch die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistische Demokratische Arbeiterpartei (NSDAP)“ wieder für Aufsehen.

Um die „Deutsche Bürgerinitiative“ Manfred Roeders, der seit seiner Verurteilung (wegen Verunglimpfung des Staates und Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen) vom Ausland her agitiert, ist es stiller geworden. Nicht dagegen um die „Bürger- und Bauerninitiative (BBI)“ des Journalisten Thies Christophersen, der als Publizist („Die Bauernschaft“) und Organisator neonazistischer Treffen landauf landab sein Unwesen treibt. Die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS)“ des ehemaligen Bundeswehrlieutenants Michael Kühnen, eine militante und uniformiert auftretende Gruppe von einigen Dutzend Aktivisten, ist durch die Verurteilung ihrer Hauptaktivisten (Raubüberfälle,

Einbrüche in Munitionsbunker der Bundeswehr, bewaffneter Überfall auf ein Biwak der niederländischen Armee) anscheinend lahmgelegt, jedenfalls konnten weder die „Wehrsportgruppe“ noch die geplante „Werwolf-Untergrundorganisation“, die mit dem erbeuteten Geld und den Waffen finanziert und ausgerüstet werden sollten, gegründet werden. Erwähnenswert sind vielleicht noch die „Deutsch-Völkische Gemeinschaft“ in Rastatt, die „Unabhängigen Freundeskreise“, die „Kampfgruppe Großdeutschland“ in Frankfurt bzw. Offenbach (die für das Blatt „Das Braune Bataillon“ verantwortlich ist), die „Nationalrevolutionäre Arbeiterfront“ in Bremen (ihr Kampfblatt heißt „Der Werwolf“), eine Gruppe in Hanau (sie druckt „Das Schwarze Korps“) oder die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands — Partei der Arbeit“ in München.

Die besonders mitgliederstarke „Wehrsportgruppe Hoffmann“, am 30. Januar 1980 verboten (mit welchem Erfolg, wird sich zeigen), ist für den Waffenfetischismus und das konspirative Verhalten derartiger Aktionsgruppen typisch, aber auch für das ideologische Defizit mancher neonazistischer Vereinigungen: Die Zeitschrift der WSG, vom gelernten Werbegrafiker Hoffmann opulent gestaltet, bildete vornehmlich den „Chef“ des paramilitärischen Turnvereins ab und in zweiter Linie die ebenso narzißtisch verehrten und geliebten Waffen („Unser Hotchkiss“ als Bildbeschreibung zum ausgeleierten Schützenpanzer der Bundeswehr). Zur Versorgung der fanatisierten Jünglinge mit Gedanklichem springen befreundete Organisationen in die Bresche. „Das braune Bataillon“ oder „Das Schwarze Korps“ gehörten zum geistigen Arsenal der WSG-Leute und außerdem natürlich die Erzeugnisse der bekannten NS-Apologeten strenger Observanz.

Mit Rüstzeug versehen werden die neonazistischen Zirkel in der Bundesrepublik aber auch vom Ausland her. Der Amerikaner Gerhard (Gary Rex) Lauck, der von Lincoln/Nebraska aus seine NSDAP-AO (Auslands- bzw. Aufbauorganisation) betreibt, versorgt sie nicht nur mit seinem „NS-Kampfruf“, sondern auch reichlich mit anderen Pamphleten, Plaketten, Aufklebern, die in ganz Westeuropa zu finden sind. Zwischen Lauck und deutschen NSDAP-Nachfolgeorganisationen in der Bundesrepublik gibt es zahlreiche Verbindungslinien, ebenso zwischen deutschen Neonazis und der „National Socialist Party of America“⁹⁾, der

⁹⁾ Im „National Socialist Bulletin“, das im 8. Jahrgang in Cincinnati, Ohio, erscheint, findet sich in

„Deutschen Befreiungsfront“ innerhalb der „White Power Movement“ in USA oder dem Verlag „Samisdat Publishers Ltd.“ in Toronto, der rassistische und antisemitische Schriften in Deutschland vertreibt. Zur neonazistischen „British Movement“ bestehen natürlich ebenso Verbindungen wie zu den österreichischen Neonazis der „Aktion Neue Rechte (ANR)“.

In die grobe Klassifizierung der drei Kategorien NPD, National-Freiheitliche Rechte und

Neonazis passen nicht die mal konkurrierenden, mal kooperierenden Vereinigungen wie „Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG)“ oder die „Gesellschaft für freie Publizistik (GfP)“, der „Bund Heimattreuer Jugend“, etliche Verlage und Zeitschriften, die zu keiner Organisation gehören und scheinbar im Alleingang operieren, in Wirklichkeit allerdings mindestens durch gemeinsame Zielsetzungen einander eng verbunden sind.

Die schlummernden Neigungen

Im amtlichen Bericht über Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen im Jahre 1962 findet sich der ahnungsvolle Satz, es werde nicht verkannt, „daß in der Bevölkerung der Bundesrepublik auch rechtsradikale Neigungen schlummern können, die keinen Niederschlag in den Mitgliederzahlen rechtsextremer Gruppen oder dem Stimmenanteil nationalistischer Parteien bei Wahlen finden“¹⁰).

Meßbare Anhaltspunkte für solche Vermutungen bieten am ehesten die Ergebnisse der Demoskopie. Die folgende Frage war von August 1962 bis 1975 sechsmal Gegenstand einer Meinungsumfrage in der Bundesrepublik: „Alles, was zwischen 1933 und 1939 aufgebaut worden war und noch viel mehr, wurde durch den Krieg vernichtet. Würden Sie sagen, daß Hitler ohne den Krieg einer der größten Staatsmänner gewesen wäre?“ Mehr als ein Drittel der Befragten war im Durchschnitt jedesmal der Meinung, Hitler wäre einer der größten Staatsmänner gewesen (1962: 36 %; 1963: 35 %; 1964: 29 %; 1967: 32 %; 1972: 35 %; 1975: 38 %). Die gegenteilige Meinung wurde im Durchschnitt von weniger als der Hälfte der Befragten vertreten (1962: 43 %; 1963 und 1964: 44 %; 1967: 52 %; 1972: 48 %; 1975: 44 %) ¹¹). Es wäre

der Novemberausgabe 1979 am Ende eines entsprechenden Artikels die Aufforderung, den Kontakt mit Michael Kühnen aufrechtzuerhalten (folgende Adresse ist angegeben: Michael Kuhnen, 2 Harburg 36, Holsten Glacius 3, Justezwollzugsanstalt, Wesr Germany).

¹⁰) Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen im Jahre 1962, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 3. 4. 1963, S. 3.

¹¹) Angaben nach: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947—1955, hrsg. von E. Noelle u. E. P. Neumann, Allensbach 1956, S. 276; Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968—1973, Allensbach u. Bonn 1974, S. 204; Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974—1976, Wien, München, Zürich 1976, S. 66. Aus-

interessant, die angezeigten Trends zu untersuchen. Warum glaubten 1964 nur 29 % an Hitlers staatsmännische Größe gegenüber 38 % 1975 und warum verneinten sie 1967 52 %, 1975 aber nur 44 %? Wir wollen statt der eher abstrakten Demoskopie aber zwei konkrete Fälle betrachten, die paradigmatischen Charakter haben:

Am Biertisch in einer kleinen Stadt im Badischen waren zwei Männer ins Gespräch und dann in Streit geraten. Der eine, Studienrat und honoriges Mitglied lokaler Vereine, hatte lautstark seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, daß „zu wenig Juden vergast worden seien“; er hatte die Schändung jüdischer Friedhöfe gutgeheißen und noch reichlich weitere Proben seiner Gesinnung geliefert. Der Adressat dieser Äußerungen, ein Kaufmann, war aufgrund seiner jüdischen Abstammung im Konzentrationslager gewesen. Als er dies zu erkennen gab, bedauerte der Studienrat nicht etwa seine Auslassungen, sondern den Umstand, daß man seinen Gesprächspartner bei der Ausrottung vergessen habe. Der Antisemit wurde ein halbes Jahr später verhaftet, dann zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt (Billigung von Verbrechen, Beleidigung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener). Bemerkenswert an dem Fall war, daß zunächst einmal ziemlich viele ehrbare Bürger, darunter seine Vorgesetzten bis hinauf ins Kultusministerium, sich abmühten, die Geschichte unter den Teppich zu kehren. Erst als die Sache immer wieder auch im Ausland Schlagzeilen machte, wurde die kriminelle und politische Dimension der Angelegenheit gewürdigt. So richtig zur Sensation wurde die

sagekräftiger als die reine Quantifizierung ist freilich: Werner Habermehl, Sind die Deutschen faschistoid? Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über die Verbreitung rechter und rechtsextremer Ideologien in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1979.

Geschichte, als sich der Studienrat durch Flucht seinem Haftbefehl entzog und in Ägypten, Libyen und Afghanistan herumgeisterte, bis er nach jahrelanger Odyssee schließlich doch im bundesrepublikanischen Gefängnis landete. Die Daten zum „Fall Zind“: Der Streit am Biertisch war im April 1957 gewesen, verurteilt wurde Zind im April 1958, die Flucht nach Ägypten fand im Dezember 1958 statt, im August 1960 wurde er in Neapel verhaftet, im April 1961 verweigerte Italien endgültig seine Auslieferung, im Juli 1970 wurde der heimwehkrank Gewordene auf dem Düsseldorfer Flughafen verhaftet.

Das andere Beispiel ist neuesten Datums. Ein honoriger Bürger, Bürgermeister gar, der kurz zuvor das 25jährige Jubiläum als Kommunalpolitiker begangen hatte, wird im Juli 1978 unter Anklage gestellt, an der Deportation französischer Juden zwischen 1942 und 1944 mitgewirkt zu haben. (Der heutige Bürgermeister und Rechtsanwalt will nach eigener Darstellung als SS-Mann im „Judenreferat“ der Sicherheitspolizei in Paris seinerzeit nur Autotüren zugemacht und Akten getragen haben.) Die Parallele der beiden Fälle liegt natürlich nicht im Vergleich der Äußerungen eines böartigen Antisemiten zwölf Jahre nach dem Ende des Dritten Reiches, der an der Vernichtung der Juden sicherlich nicht aktiv beteiligt war, mit der Tätigkeit eines Handlungers der Vernichtung, der wahrscheinlich gar kein böartiger Antisemit war, von dem jedenfalls aus der Zeit nach 1945 keine entsprechende Äußerung, ja, überhaupt nichts Negatives bekannt wurde. Die Parallele liegt im Verhalten der Mitbürger, Kollegen, Nachbarn, die sich in beiden Fällen schützend vor die Beschuldigten stellten.

Er sei ein braver Mann gewesen, der Bürgermeister Heinrichsohn, hochangesehen, honorig. Für seine Umgebung ist es — natürlich — unfassbar, daß er (seit Oktober 1979) als Angeklagter im Kölner Lischka-Prozeß sich wegen schwer vorstellbarer Untaten (und sei es „nur“ der technischen Vorbereitung derselben) verantworten muß. Man distanziert sich keineswegs von ihm. Die Bürger seiner Gemeinde halten es genauso wie er selbst nicht für notwendig, daß er wenigstens bis zum Ende des Prozesses sein Bürgermeisteramt ruhen läßt; erst als H. am 11. Februar 1980 zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt wird, trennt er sich notgedrungen von seinem Amt als Bürgermeister. Man distanziert sich dafür um so schärfer von dem französischen Ehepaar Klarsfeld, das auch in dieser Angelegenheit die öffentliche

Meinung bewegen und zum Ingangkommen des Prozesses beitragen mußte.

Der ganze Mechanismus kleinbürgerlicher Selbstbehauptung in der Stunde der Gefahr wurde in diesem Fall eindrucksvoll auch vor der Fernsehkamera demonstriert: Die Stammtischrunde nimmt H. in Schutz; er habe viel für die Gemeinde getan, und was vor 1945 geschehen ist, gehöre nicht mehr zur Sache. Der lokale CSU-Vorsitzende wiederholt vor der Reporterin dreimal, daß H. der beste Mann für das Amt des Bürgermeisters war und immer noch ist, daß seine SS-Vergangenheit keine Rolle spielt. Der Kollege von der SPD hatte keine Zeit, die Dokumentationen zu den Vorwürfen gegen H. zu studieren (er hat schon so viele Akten zu lesen); übrigens sei H. ja „erst 1944“ in die SS gegangen. Auch sein Fazit: Nichts Schlimmes ist an diesem Menschen. Der Pfarrer ist informierter, aus erster Hand, der Bürgermeister hat ihn (ein bißchen?) über seine Vergangenheit aufgeklärt. Der Pfarrer ist damit zufrieden und findet nur Gutes an H. Die Dokumentationen des Ehepaars Klarsfeld, die den Stein ins Rollen brachten, hat er nicht zur Kenntnis genommen: Die Klarsfelds interessieren ihn nämlich nicht.

Um es nochmals zu betonen: Es geht hier nicht um die Vorwürfe gegen H., es geht nur um die Reaktion seiner Mitbürger. Ihr Verhalten ist typisch für die irrationale Abwehr der Vergangenheit — die Bürger von Bürgstadt sind keineswegs besonders provinziell und spießig, sie repräsentieren eher die politische Normalität schlechthin. Man kann einen ganzen Katalog von Abwehrreaktionen zusammenstellen und die Stimmigkeit der Liste tagtäglich am Arbeitsplatz, in den Medien, am Stammtisch, in den Parlamenten überprüfen. In diesen Katalog deutscher Urängste gehört der psychologisch leicht erklärliche Versuch, durch „Vergessen“ und Nichterwähnen Probleme aus der Welt zu schaffen. Die Furcht, sich zu erinnern, wird scheinbar rationalisiert durch den Kernsatz, daß man das eigene Nest nicht beschmutzen dürfe. Den solcherart auf Reinlichkeit Bedachten unterläuft dabei nur der ständige Denkfehler, daß das längst beschmutzte Nest nicht dadurch sauber wird, daß man den Unrat vergißt oder zudeckt.

Die banale Verwechslung von „Kollektivschuld“ und gemeinsamer historischer Verantwortung führt zu einer weiteren Reaktion, einer der ärgerlichsten und gefährlichsten: dem Aufrechnen. Der von alliierten Bombengeschwadern bewirkte Untergang Dresdens

löschte die Verbrechen des NS-Regimes nicht aus; die Drangsalierung und Vertreibung Deutscher aus ihrer Heimat am Ende des Krieges kann nicht mit der Judenverfolgung „verrechnet“ werden. Daß 3,3 Millionen sowjetischer Kriegsgefangener in deutschen Lagern umgekommen, umgebracht worden sind, läßt sich durch fanatische Bemühungen oberlehrerhafter Toren, die im Fach Geschichte diletieren, weder ungeschehen machen noch durch Beweise deutscher Leiden (an denen ja niemand zweifelt) beschönigen.

Zur Abwehr des Leidensdrucks dient auch die Verharmlosung von Realitäten; Beispiel dafür ist die der Selbstberuhigung dienende Vermutung, die Konzentrationslager seien (zwar strenge, aber immerhin doch nur) Besserungsanstalten gewesen, in denen vorwiegend kriminelle Elemente ihren wohlverdienten Aufenthalt gehabt hätten. (In der Tat saßen in den Konzentrationslagern auch Kriminelle, die dort als Kalfaktoren der SS Hilfsdienste bei der Mißhandlung der Mehrzahl der Insassen leisten durften.) Notfalls, unter dem Eindruck aufklärender Bemühungen etwa, wird alles, was im deutschen Namen an Unrecht verübt wurde, mit der Generalbehauptung „Es war halt Krieg“ vom Tisch gefegt.

Nicht mehr weit ist nach solcher Argumentation der Weg zum Mißtrauen gegen ehemalige KZ-Häftlinge und Verfolgte des NS-Regimes überhaupt; es gehört zu den elenden Hinterlassenschaften des Dritten Reichs, daß die Antifaschisten, die damals nicht zur Anpassung an das System der Menschenverachtung bereit waren, heute keineswegs besonders hoch im allgemeinen Ansehen stehen. Ob sie Trost finden in den Verdächtigungen, denen Widerstandskämpfer und Emigranten immer noch ausgesetzt sind? Ihnen gegenüber reicht die Skala bürgerlicher Vorurteile vom Vorwurf vaterlandslosen Verhaltens über die pauschale, oftmals eher moralisch als politisch gemeinte Abqualifizierung als Kommunisten bis

hin zum Verdacht des „Verrats an Deutschland“.

Die Aufzählung solcher — wohlgermerkt bürgerlicher, nicht rechtsextremer — Verhaltensweisen, die ihren Ursprung im Bemühen haben, mit der Vergangenheit „fertig“ zu werden, ist nicht erschöpfend. Bedenklich sind diese und verwandte Reaktionen deshalb, weil sie das Feld für rechtsextremes Agieren bereiten, weil sie ein gefährliches Potential in der demokratisch verfaßten Gesellschaft am Leben erhalten. Darin liegt ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal für die Beurteilung von rechtem und linkem Extremismus: Der symptomatisch gefährlicher ausgeprägte Extremismus der Linken entbehrt nämlich eines über Randgruppen der Gesellschaft hinausgehenden „schlummernden“ Potentials.

Ohne das Erbe der zwölf Jahre des Dritten Reiches wäre Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik wie in anderen Staaten auch in erster Linie eine statistische Größe des politischen Lebens und vermutlich eine eher harmlose Randerscheinung oder, wenn man nach unserem Definitionsversuch Rechtsextremismus als Steigerungsform von Rechtsradikalismus versteht, bei entsprechender Größenordnung, bei kriminellem, terroristischem Ausmaß also, ein Problem der inneren Sicherheit. Die historische Hypothek macht aber in Deutschland jede Art von Rechtsradikalismus, auch in per se zunächst harmloser Erscheinungsform, zum politischen Problem von unvergleichbarer und einzigartiger Dimension. Wo anders liegen denn die Ursachen für die deutsche Teilung, für den Verlust der Ostgebiete, für die Vertreibung, für Millionen Tote und Krüppel, für die weiteren Folgen des von Hitler angezettelten Weltkriegs — wo anders als in der Politik der 1933 erfolgreichen Rechtsextremisten? Mit den Folgen dieses historischen Rechtsextremismus bleiben auch die Nachgeborenen, Unbeteiligten, Unschuldigen konfrontiert, auch wenn sie es oft spät und dann fassungslos, bei Auslandsreisen etwa, konstatieren.

Die Opfer und die Täter — historische Dimensionen des Rechtsextremismus

Es ist folgerichtig, daß der Vorschlag, den 30. Januar jeden Jahres zum „Nationalen Bußtag“ zu deklarieren, „zu einem Tag also, der dem Gedanken der Buße gehört — nicht für unsere persönlichen Sünden, sondern für das, was im Namen Deutschlands gesündigt wor-

den ist“, von einem Emigranten stammt. Arnold Brecht, prominenter Beamter und Demokrat der Weimarer Republik, der 1933 ins amerikanische Exil ging und nach 1945 in beiden Ländern zu Hause war, erklärte sich ausdrücklich bereit mitzubüßen, als er den Gedanken

formulierte. Es ist müßig, über die Wirkungen eines solchen Bußtags, wäre er realisiert worden, zu spekulieren — „das würde symbolisch, läuternd und befreiend etwas ausdrücken, was auf vielen Seelen lastet und nach einem kultisch allgemeinen Ausdruck zu verlangen scheint“¹²⁾ —, die Idee jedenfalls rührt von der Erkenntnis, daß selbstbefreiendes Erinnern heilsamer wäre als verklemmtes Verdrängen und Abwehren der Vergangenheit.

Die Bilanz der Auseinandersetzung mit dem moralischen Erbe der deutschen Vergangenheit sieht also eher ungünstig aus. Zu fragen bleibt noch, wie mit der materiell und juristisch faßbaren Hinterlassenschaft des NS-Regimes in der Bundesrepublik umgegangen wird. Im materiellen Bereich wurde frühzeitig und nicht kleinlich reagiert. Das schnelle Ingangkommen von Entschädigungszahlungen und „Wiedergutmachungs“-Leistungen gehört zu den großen und bleibenden Verdiensten Konrad Adenauers, und darin unterscheidet sich die Bundesrepublik sehr positiv von der DDR, die diesen Teil des düsteren Erbes glatt ausschlug.

Betrübliche Aspekte gibt es natürlich auch auf diesem Feld, von bürokratischen Unzulänglichkeiten angefangen bis hin zu schwer verständlichen Fällen, in denen ehemalige Funktionäre des NS-Staates besser gestellt sind als dessen Opfer, die Fristen versäumt haben. Das trifft z. B. für Spätaussiedler aus Ostblockstaaten zu, die vor 1945 Verfolgungen erlitten, aber erst Ende der siebziger Jahre in die Bundesrepublik kamen. Peinlich ist auch, daß die ab 1980 geplante Abschlußzahlung an die „Jewish Claims Conference“ auf dem Hintergrund eines parteipolitischen Kompromisses ausgehandelt wird, der möglicherweise Opfer und Täter zueinander gesellt — zu den Verfolgten nämlich jene Gruppe von Beamten und Soldaten, die nicht entnazifiziert worden sind und daher ihren Platz im öffentlichen Dienst auf Dauer verloren haben; dieser Personenkreis wird möglicherweise zusammen mit den Opfern noch einmal „entschädigt“.

Seit dem vom Bundestag am 4. Juli 1979 beschlossenen Gesetz gibt es keine Verjährung mehr für Mord. 30 Jahre nach der Konstituierung der Bundesrepublik wurde dadurch gewährleistet, daß nationalsozialistische Gewaltverbrechen wenigstens theoretisch geahndet werden können, auch wenn sie erst jetzt oder

künftig bekannt werden. Gewährleistet ist immerhin auch, daß niemand sich mit seinen Untaten öffentlich — in Illustrierten, in Memoiren und dergl. — brüsten kann, weil keine Verfolgungsmöglichkeit mehr besteht. Drei Jahrzehnte lang war das Problem durch halbherzige Lösungen aufgeschoben worden.

1965, als die Frage der Verjährung zum ersten Mal akut wurde, war die Frist bis zum 31. Dezember 1969 verlängert worden; das „Berechnungsgesetz“ vom April 1965 hatte den Fristbeginn auf den 1. Januar 1950 verlegt, mit der Begründung, daß in der Zeit zwischen dem 8. Mai 1945 und dem 31. Dezember 1949 durch besatzungsrechtliche Maßnahmen der ordentliche Fristenablauf gehemmt war. Trotz der Ermittlungsergebnisse der 1958 errichteten „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen“ in Ludwigsburg, die damals schon erkennen ließen, daß noch zahlreiche unaufgeklärte und ungesühnte Taten auf die Justiz warteten, zog sich der Gesetzgeber auch 1969 noch einmal durch einen Kompromiß (Verlängerung der Verjährungsfrist für Mord von 20 auf 30 Jahre, für Delikte wie Totschlag und Beihilfe zum Mord von 15 auf 20 Jahre) bis 1979 aus der Affäre. Man hatte 1965 wie 1969 auf eine „natürliche“ Lösung des Problems gehofft oder geglaubt, die Gerichte hätten bis zum jeweiligen Schlußtermin genügend Zeit.

Freilich gibt es sehr ernst zu nehmende juristische Argumente zugunsten der Verjährung, freilich können Verfahren gegen NS-Gewaltverbrecher angesichts der Diskrepanzen zwischen Tatbeständen (wenn einem Angeklagten z. B. mehrtausendfacher Mord zur Last gelegt wird), angemessenem Strafraumen, Beweisnot, Alter und Gesundheitszustand von Angeklagten und Zeugen zur Farce werden. Und verständlich ist es auch, daß in der öffentlichen Meinung der Wunsch nach dem alles amnestierenden „Schlußstrich“ überwog.

In einem Gutachten zum Verjährungsproblem, das eine der Bundestagsfraktionen bei einem Abgeordneten bestellt hatte, finden sich unter dem Datum 4. Januar 1969 unter einer Fülle ähnlicher politischer Argumente die folgenden Sätze: „Ich glaube nicht, daß die Internationalen Jüdischen Organisationen ihre Unversöhnlichkeit in gleichem Maße wie in den verflossenen Jahren aufrechterhalten werden, nachdem wir von einer maßgebenden New Yorker Zentrale eine schriftliche Anerkennung für das von ihr als ‚fair‘ bezeichnete Entschädigungsschlußgesetz bekommen haben.“ Und wenig später heißt es: „Ich halte es nicht

¹²⁾ Arnold Brecht, in: Herman Kesten (Hrsg.), Ich lebe nicht in der Bundesrepublik, München 1964, S. 32.

für günstig für die Verteidigungsbereitschaft unserer Soldaten, die, sollte es je noch einmal zu einer Auseinandersetzung mit dem Osten kommen, wieder mit einem neuen Partisanenkrieg rechnen müssen, wenn ihre Väter ohne jede zeitliche Begrenzung wegen Kriegshandlungen im Zusammenhang mit der Partisanenbekämpfung verfolgt werden können. Das gilt um so mehr, als alle solche Gewalttaten, die unsere Kriegsgegner selbst gegen die Zivilbevölkerung begangen haben, alsbald amnestiert worden sind. Auch für das Rechtsbewußtsein der Vertriebenen, die bei und sogar nach Kriegsende die Ermordung zahlreicher Angehöriger erleben mußten, wäre das Messen mit zweierlei Maß, das wir schon seit mehr als zwanzig Jahren zu tragen haben und das durch die rückwirkende Unverjährbarkeit verewigt würde, auf die Dauer unerträglich. Die innerpolitischen Gefahren für die Stabilität unserer demokratischen Ordnung könnten sich sprunghaft steigern.¹³⁾

In diesen Äußerungen, die auch innerhalb der Fraktion, die das Gutachten bestellt hatte, Unmut auslösten, ist so ziemlich alles enthalten, was die Vergangenheitsabwehr an Rüstzeug liefert: Gläubiger, die trotz Abfindung unversöhnlich bleiben, Feinde, gegen die es zusammenzustehen und womöglich bald wieder zu kämpfen gilt, die eigenen Leiden und schließ-

lich gar das Gespenst innenpolitischer Unruhen. Die politische Unmoral der Argumentation liegt einmal in der Annahme, durch Entschädigungszahlungen sei Nichtwiedergutmachendes erledigt; dies müsse durch Wohlverhalten der Empfänger honoriert werden. Zum anderen besteht sie in der Verharmlosung des Tatbestands der Verbrechen, die durch die Verjährung amnestiert werden sollten. Der Gutachter reduzierte die Materie auf Erscheinungen des Partisanenkriegs, während es in Wirklichkeit um die Greuel in den Konzentrationslagern, um die Einsatzgruppen der SS, um die Deportation und Vernichtung der europäischen Judenheit und ähnliche Dimensionen ging. Schließlich wurde durch Aufrechten eigener und fremder Untaten das ganze Problem griffbereit vereinfacht.

Das Beispiel aus dem Jahre 1969 steht hier lediglich zum Beweis dafür, daß die Kategorien politischer Zweckrationalität gegenüber dem ethischen Grundproblem der gerechten Sühne für nationalsozialistische Gewalttaten ebenso unzulänglich sind wie juristische Argumente. Das angeführte Beispiel verbirgt auch keinen Vorwurf an falsche Adressen (daher ist auch die Frage, welcher Abgeordnete des Deutschen Bundestags seinerzeit das umfängliche Gutachten produzierte, heute nicht mehr interessant).

Wiederaufbau statt Trauerarbeit

Wie wenig die historische Dimension des Rechtsextremismus im allgemeinen Bewußtsein präsent ist — nicht nur für die Nachgeborenen sind ja NSG-Prozesse, Verjährungsdebatten, Wiedergutmachungsleistungen und ähnliche Kristallisationspunkte in der Regel schwer nachvollziehbare Abstrakta, deren reale Hintergründe entweder verdrängt oder im günstigen Falle als Relikte lustlos gebotenen Geschichtsunterrichts bekannt sind —, zeigte sich anlässlich der Holocaust-Serie, die im Januar 1979 vom Deutschen Fernsehen ausgestrahlt wurde. Nach anfänglichem Bangen erwies sich die Sendereihe als das Medienereignis schlechthin. Die Serie löste eine Lawine der Betroffenheit aus. 30 000 Telefonanrufe wurden in den Rundfunkanstalten registriert, unzählige Briefe kündeten vom Aufgewühltsein der Nation. Die Reduzierung der NS-Vernichtungspolitik auf eine Familie, die Privatisierung, die die Identifikation mit dem Schick-

sal einer jüdischen Familie erlaubte, hatte nicht nur einen hohen Grad emotionaler Bewegung bewirkt, sondern auch eine in dieser Breite einmalige Konfrontation mit dem dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte. Bei der Einmaligkeit blieb es aber auch. Der nachfolgende Aufklärungsboom auf dem Buchmarkt, in Zeitschriften, in Diskussionsforen verebte bald. Spätestens im Mai 1979 war „Holocaust“ kein Thema für das breite Publikum mehr.

Es gibt viele Ursachen für das abweisende Verhältnis zur neueren Geschichte im privaten wie im öffentlichen Bewußtsein. In der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch im Frühjahr 1945 wurden Apathie und Schrecken bald durch den Widerwillen gegenüber den Besatzungsmächten abgelöst. Nahm man in der französischen und sowjetischen Besatzungszone vor allem die Reparations- und Demontagepolitik übel, so richtete sich die Abneigung womöglich noch stärker gegen die als „Umerziehung“ bis zum heutigen Tag geschmähten Demokratisierungsabsichten der

¹³⁾ Archiv Institut für Zeitgeschichte, ED 94 (NL W. Strauß), Bd. 245.

Amerikaner und Briten. Der gerade von diesen beiden Besatzungsmächten auch bald forcierte Wiederaufbau schien für die nötige Trauerarbeit keine Zeit zu lassen.

Ansätze dazu wie das Stuttgarter Schuldbekenntnis der Evangelischen Kirche („Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden“¹⁴) hatte es gegeben; sie waren aber entweder schnell vergessen oder denaturierten zum Alibi, auf das man später verweisen konnte. In der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR war Antifaschismus als politisches Konzept verordnet worden, das darüber hinaus als Instrument für die grundlegende Veränderung gesellschaftlicher und politischer Strukturen diente. Dadurch geriet in Westdeutschland schon der Begriff Antifaschismus in Mißkredit. Antifaschistisches Bewußtsein war aber auch, ganz abgesehen davon, daß es im gesamten Deutschland nicht den politischen Mehrheits-Konsens bestimmte (die Nationalsozialisten hätten, wenn das der Fall gewesen wäre, nicht bis zum bitteren Ende durchhalten können), keine tragfähige Konzeption für einen staatlichen Neubau nach dem Krieg. Neben den rund 8,5 Millionen NSDAP-Mitgliedern wurden die Sympathisanten, die Nutznießer, die Anpassungswilligen zum materiellen Wiederaufbau ebenso gebraucht wie die Unbelasteten und die Gegner des NS-Regimes. Die Entnazifizierung, als große Säuberungsaktion mit dem Minimalziel des Elitenaustauschs geplant und eingeleitet, kam schnell ins Stocken und wurde schließlich eingestellt, nicht zuletzt auf Veranlassung der Initiatoren. Betroffen waren ohnehin oft

genug die Falschen: Die Minderbelasteten, die mehr oder weniger harmlosen Opportunisten anstatt der zwar belasteten, aber unentbehrlichen Experten und Technokraten. Gerade solche fanden sich sogar bald wieder auf Staatssekretär- und Ministersesseln, sie wurden wahrscheinlich so sehr gebraucht, daß die darin liegende Diskreditierung der neuen Ordnung einfach in Kauf genommen werden mußte. Bei Bedarf werden sie, auch heute noch, dann vom jeweiligen politischen Gegner in monatelangen Verfahren, bei hartnäckigem Anklammern des Stürzenden an seine Position, das in einen allmählichen freien Fall übergeht, bei mäßigem Interesse des Publikums von der politischen Bühne entfernt.

Der nichtvollzogene Selbstreinigungsprozeß, für den die Vergeßlichkeit einiger Politiker ihrer eigenen Vergangenheit gegenüber nur ein Symptom ist, tradierte das rechtsradikale Restpotential in die nunmehr demokratische Gesellschaft. Bei gegebenen Anlässen, wirtschaftlicher Rezession, Inflation oder Arbeitslosigkeit etwa, kann es rasch aufgefüllt werden. Dazu kommen die Wirkungen der latenten Abwehr der historischen Erfahrung, die sich darin manifestieren, daß der Rechtsextremismus in seinen heutigen Erscheinungsformen isoliert vom damaligen, aber auch isoliert von seinen Wurzeln, betrachtet wird und vor allem unter zwei Aspekten als interessant gilt: wegen der Reaktion des Auslands und als Sicherheitsrisiko, wenn er offen ins Terroristische ausufert. Unter diesen Aspekten werden rechtsextremistische Bestrebungen amtlicherseits vor allem beobachtet.

Rechtsextremismus als Sicherheitsproblem — amtliche Reaktionen

Der große Schrecken kam am Weihnachtstag des Jahres 1959 über die Bundesrepublik. Die Kölner Synagoge war mit antisemitischen Parolen und Hakenkreuzen besudelt worden. Die beiden Täter, 23 und 25 Jahre alt, wurden schnell gefaßt und bald verurteilt. Die Publizität, die das Ereignis fand, führte zu einer Welle von ähnlichen Schmierereien in der ganzen Republik und weit über deren Grenzen hinaus, die sich erst Ende Januar 1960 verlief, als die Angelegenheit für die Medien keine Nachricht mehr war. Bis zum 20. Januar hatten die Ereignisse Aktualitätswert gehabt, durch die

Schlagzeilen der Weltpresse, die die Initialzündung der Weihnachtsnacht bis Ende Dezember ausgelöst hatte, durch den Beginn des Strafprozesses gegen die beiden Täter (5. Januar 1960), durch Gegendemonstrationen (8. Januar 1960), durch eine Ansprache des Bundeskanzlers im Deutschen Fernsehen (15. Januar 1960) und durch eine Erklärung des Bundestagsvizepräsidenten (20. Januar 1960).

Der allen Demoskopern geläufige Eskalationsprozeß (Initialereignis — Publizität — vielfach verstärkte Nachahmung — allgemeine Aufregung), der sich auf allen nur denkbaren Ebenen immer wieder abspielt, bei Linksextremisten ebenso wie bei den „Geisterfahrern“ auf

¹⁴) Erklärung des Rats der Evangelischen Kirche Deutschlands vom 18./19. Oktober 1945.

der Autobahn, war in Gang gekommen. Aber die Weihnachtsnacht 1959 und ihre Folgen hatten besondere Qualität, sie zogen entsprechende Wirkungen im Ausland und Reaktionen amtlicher Stellen nach sich: Prozeßbeginn gegen die Täter innerhalb von vierzehn Tagen nach der Tat, kultusministerielle Erlasse zur systematischen Belehrung in allen Schulen (ab 13. Januar 1960) und politische Erklärungsversuche in Gestalt eines „Weißbuchs“, das die Bundesregierung im Frühjahr 1960 veröffentlichte¹⁵). In diesem Weißbuch wurde auch der Verdacht kultiviert, die Hintermänner der antisemitischen und neonazistischen Umtriebe säßen in der DDR respektive der sowjetischen Besatzungszone, wie man damals amtlich noch lieber sagte. Die Untersuchung der Tatmotive von 234 Urhebern antisemitischer und nazistischer Vorfälle ergab 48 % „unpolitische Rowdy- und Rauschtaten“ (113 Täter), 24 % „Affekt- und Rauschtaten aus unterschwellig antisemitischen, nazistischen und antidemokratischen Motiven“ (56 Täter), 15 % „Kinderkritzeleien“ (35 Täter), 5 % „pathologische Motive“ (13 Täter) und 8 % Täter mit „rechts- oder linksextremistischer Gesinnung“ (17 Personen).

Die unterschweligen politischen Beweggründe — NS-Vergangenheit, Mißgunst gegen Empfänger von Wiedergutmachungsleistungen, antidemokratisches Unbehagen usw. — waren ebenso leicht nachweisbar und durch Beispiele zu belegen wie die rechtsextreme Gesinnung von 17 Tätern, denen vielfach entsprechende organisatorische Bindungen (wie den beiden Kölner Initialtätern, die der Deutschen Reichspartei angehörten) nachgewiesen werden konnten. Wie aber bewies die Bundesregierung den inhaltsschweren Weißbuchsatz (auf Seite 41): „Einige der Taten dieser Gruppe wurden durch kommunistische Täter begangen“: Mit nicht weniger als drei Beispielen, und zwar folgenden: Zwei von drei Männern, die am 19. Januar 1960 in Lehrte Hakenkreuze, SS-Runen und die Parole „Juden raus“ geschmiert hatten, waren einmal Mitglieder der FDJ gewesen und hatten 1951 (!) die kommunistischen Weltjugendfestspiele in Berlin besucht. Der dritte „Kommunist“, ein 27jähriger, der am 19. Januar 1960 in einer Wirtschaft in Ahlen antisemitische Äußerungen getan hatte, war vor seiner Flucht aus der DDR Volkspolizist und Funktionär der FDJ gewesen.

¹⁵) Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle. Weißbuch und Erklärung der Bundesregierung, Bonn 1960.

Auf sieben Seiten wurde dann der allgemeine Nachweis kommunistischer Hintergründe der Vorfälle versucht. Als Hauptargumente dienten einzelne Propagandatorheiten der DDR-Publizistik, etwa des Kalibers, daß die antisemitischen Ausschreitungen vom Bonner „Amt für Psychologische Kriegsführung“ im Rahmen einer verordneten „Nationalen Welle“ verübt worden seien. Konkrete Anhaltspunkte, die über die Beweiskraft der Tatsache, daß auch die beiden Kölner Initialtäter Vergnügungsreisen nach Ost-Berlin und Leipzig unternommen hatten, hinausgingen, konnten nicht angeboten werden.

Ganz ohne Zweifel erfreut jede neonazistische Aktion in der Bundesrepublik bis zum heutigen Tag die amtlichen Stellen in der DDR, und entsprechend ist das publizistische Echo (freilich braucht es nicht zwingend bestimmte Ereignisse, um die Maschinerie der DDR-Publizistik in Schwung zu halten). Es bedarf allerdings großer Kühnheit, aus den Krokodilstränen, die reichlich wegen des Neofaschismus, Militarismus, Nationalismus etc. in der Bundesrepublik in den Medien der DDR vergossen werden, auf Urheberschaft, Steuerung oder Finanzierung der Ausschreitungen in der Bundesrepublik durch „die Kommunisten“ zu schließen. — Auch der Reichstagsbrand im Februar 1933 war für die Nationalsozialisten eine wunderbare Gelegenheit zur Verfolgung der KPD und eine einzigartige Chance zur Stabilisierung der Diktatur, daraus allein folgt aber noch nicht, daß Hitler-Anhänger die Urheber waren. Es ist immer sehr bequem, Nutznießern die Urheberschaft anzulasten; Adenauer hatte schon 1951 öffentlich feststellend vermutet, daß es enge Bindungen zwischen Rechtsradikalen und Kommunisten gebe und daß beide Gruppen aus der gleichen Quelle finanziell unterstützt würden¹⁶). Solche Behauptungen haben ein zähes Leben; und trotz des Faktums, daß den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik auch Anfang des Jahres 1980 keinerlei Erkenntnisse für die Vermutung kommunistischer Infiltration, Steuerung oder Finanzierung rechtsextremer Aktivitäten, Publikationen oder Organisationen vorliegen, darf man sicher sein, daß auch künftig einschlägige Dogmen verkündet werden. Dogmen bedürfen keiner Beweise.

Argumentationsgewohnheiten mancher Politiker, gestern wie heute, sind nun keineswegs

¹⁶) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. 6. 1951.

mit der offiziellen Reaktion der Bundesregierung gegenüber der rechtsextremen Szenerie zu verwechseln. Regierungen und deren bürokratischer Apparat, zumal in Deutschland, haben aber die Eigenart, unangenehme Nachrichten, wenn sie schon nicht vermeidbar sind, in möglichst milder Form zu verabreichen. Und zu den widrigen Gegenständen gehören, dank der historischen Hypothek der Hitlerjahre und der entsprechenden Aufmerksamkeit im Ausland, rechtsradikale und gar neonazistische Umtriebe.

Die Berichte über die Arbeit des Bundesamts für Verfassungsschutz, die der Bundesminister des Innern alljährlich vorlegt¹⁷⁾, sind daher eine auf den ersten Blick beruhigende Lektüre. Regelmäßig wird in diesen Berichten, nach detaillierter Darlegung der Aktivitäten, Mitgliederzahlen, Auflagenkurven, bilanziert, daß keine nennenswerte Gefahr von rechts droht. Wenn man die jeweils einen Jahresbericht abschließende „Beurteilung“ der rechtsextremistischen Bestrebungen in ihre Einzelteile zerlegt und diese dann in chronologischer Folge nach systematischen Gesichtspunkten neu zusammensetzt, entschleierte sich jedoch das zunächst eher harmlose Bild. Aus den Verfassungsschutzberichten ab 1969 kann man dann folgendes herausdestillieren:

1. Gefährlichkeit der Rechtsradikalen

1969/70 (Bericht über den Zeitraum von zwei Jahren, die abschließende Beurteilung gab es noch nicht, statt dessen wurde die Einleitung verwendet): „Die ablehnende Haltung der Öffentlichkeit hat die rechtsextremen Gruppen noch mehr als in den Vorjahren in die Defensive gedrängt.“ Für 1971 heißt es: „Insgesamt kann festgestellt werden, daß der Rechtsradikalismus nach wie vor keine ernsthafte Gefahr für die innere Sicherheit und die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland bedeutet.“ Fast gleichlautend 1972 und 1973: „Eine Gefahr für die innere Sicherheit ... bildete der Rechtsradikalismus

¹⁷⁾ Seit 1962 werden die Bürger über Aktivitäten, Organisationen und Tendenzen der rechtsextremen Szene im jeweils vorangegangenen Jahr unterrichtet. Die Berichte für die Jahre 1961 bis 1967 erschienen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ der Wochenzeitung „Das Parlament“; seit 1968 wird der Verfassungsschutzbericht in einer selbständigen Serie vom Bundesminister des Innern publiziert. Die Berichte sind unterteilt in die Sparten „Rechtsextremismus — Linksextremismus — Spionageabwehr — Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern“. Einige Bundesländer geben in ähnlicher Form jährlich eigene Verfassungsschutzberichte heraus.

auch im Jahre 1973 nicht.“ Im nächstem Jahr: „Die rechtsextremistischen Gruppierungen sind 1974 weiterhin unbedeutende, die Sicherheit des Staates nicht gefährdende Randscheinungen“, und auch 1975 stellten sie „nach wie vor keine die Sicherheit des Staates gefährdende Kraft dar“. Wiederum fast gleichlautend die Diagnose für 1976; und auch 1977 galt der Rechtsextremismus keineswegs als „politische Kraft, die den Bestand unseres Staates und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gefährden könnte“. 1978 bildete er „keine Gefahr“.

2. Resonanz der Rechtsradikalen in der Bevölkerung

„In den Jahren 1969 und 1970 nahmen in der Bundesrepublik Deutschland Wachsamkeit, kritische Distanz und Abwehrbereitschaft gegenüber dem Radikalismus von rechts weiter zu.“ Das Fazit für 1971: „Rechtsradikale Parteien besitzen derzeit keine Chance, auf die politische Willensbildung der Bevölkerung ... bestimmenden Einfluß zu nehmen.“ Fast identisch ist der Befund für 1972 und 1973: „kaum Resonanz in der Bevölkerung“. 1974 war es den Rechtsextremen nicht einmal mehr gelungen, „in der Öffentlichkeit größere Beachtung zu finden“. 1975 allerdings wurde eine „vermehrte Beachtung“ festgestellt, gottlob blieben sie „trotz der Schwierigkeiten in der Wirtschaft und der Zunahme an Arbeitslosen politisch unbedeutend“. 1976 und 1977 stießen die Neonazis „durchweg“, 1978 bei der überwiegenden Mehrheit der Bürger auf schärfste Ablehnung.

3. Qualitative Veränderungen auf der rechtsradikalen Szene

Im Bericht für 1969/70 gibt es keine eindeutige Erwähnung, allenfalls die Bemerkung, daß die „rechtsextremen Gruppen noch mehr als in den Vorjahren in die Defensive gedrängt“ waren. Für 1972 wurde offenbar Schlimmes befürchtet, denn vorsorglich hieß es im Bericht für 1971, es müsse mit einem weiteren Anstieg der rechtsextremistisch motivierten Widerstandshysterie, mit Krawallen, Ausschreitungen, Gewalt- und Terrorakten gerechnet werden“. Und weiter: „Im Vergleich zu den Vorjahren ist der Rechtsradikalismus aggressiver und militanter geworden. Teilweise sind kriminelle und auch terroristische Züge sichtbar.“ Den Befürchtungen (den Hintergrund bildeten die Ratifizierung der Ostverträge und die Olympischen Spiele) für 1972 folgten indes keine rechtsradikalen Taten; im Bericht 1972

heißt es aufatmend lediglich: „Die weiter anhaltende Zersplitterung des organisierten Rechtsradikalismus und das Aufkommen nationalrevolutionärer Zielvorstellungen begünstigten allerdings die Bildung kleiner Gruppen mit konspirativen und militanten Tendenzen.“ 1973 ist eine „leichte Belebung bei rechtsradikalen Jugendorganisationen“ erwähnt, 1974 die „stärkere Verbreitung [rechtsextremistischer] Publikationen“. 1975 werden „die zum Teil spektakulären Straßenaktionen und Veröffentlichungen neonazistischer Kreise“ genannt; 1976 ist von „verstärkter Tätigkeit von Neonazis“ und von „zunehmender Bereitschaft, sich gewaltsamer Methoden zu bedienen“ die Rede. 1977 registrierte man „Aktivitäten und Ausschreitungen fanatischer Einzeltäter und der verstärkt hervortretenden neonazistischen Gruppen“; sie führten zu dem Schluß, daß „der Rechtsextremismus als Gefahrenherd für die öffentliche Sicherheit weiterhin in Rechnung gestellt“ werden müsse. 1978 schließlich heißt es gar: „Anlaß zur Besorgnis gibt dagegen die im Vergleich zum Vorjahr erneut erheblich gestiegene Zahl rechtsextremistischer Ausschreitungen und die zunehmende Bereitschaft zu bewaffneter Gewaltanwendung. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die erstmals bei Neonazis festgestellten terroristischen Aktivitäten.“

4. Maßnahmen und Mittel gegen Rechtsradikale

Interessant ist hier vor allem, von welchen Abwehrmaßnahmen, wenn überhaupt, jeweils die Rede ist. Es ist nicht verwunderlich, daß die Heilmittel dem jeweiligen Trend folgen bzw. in „guten Jahren“ gar keine Erwähnung finden. 1969/70 werden „publizistische, Aufklärung und politische Bildung“ favorisiert, aber schon 1971 heißt es: „Dem gewalttätigen Aktionismus einzelner rechtsradikaler Gruppen kann im Wege der politischen Auseinandersetzung allein nicht begegnet werden. Als wirksames Mittel gegen die Aggressionen haben sich vor allem strafrechtliche und versammlungsrechtliche Maßnahmen erwiesen.“ 1972, 1973 und 1974 werden keine Abwehrmechanismen erwähnt. 1975 schien gegenüber neonazistischen Aktivitäten „auch künftig eine aufmerksame Beobachtung der rechtsextremistischen Bestrebungen durch die Sicherheitsbehörden“ geboten. 1976 wird nichts ausgesagt, aber 1977 wird der auffallende Anstieg von Aktivitäten und Ausschreitungen „trotz entsprechender intensiverer Maßnahmen von Justiz- und Sicherheitsbehörden“ beklagt. 1978 heißt es

schließlich: „Die Tatsache, daß diese neonazistischen Täterkreise ihre Aktivitäten trotz aller Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden weiter verstärkt haben, zeigt, daß auch in Zukunft alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um geplante Ausschreitungen oder Gewalttaten möglichst frühzeitig zu erkennen und damit strafrechtliche Maßnahmen zu unterstützen.“

Den amtlichen Berichten sind, mit einiger Mühe zwar, die Trends der rechtsextremistischen Szene zu entnehmen. Es ist aber auch einige Mühe und viel Aufmerksamkeit nötig, um aus den Medien ein einigermaßen zutreffendes Bild über die jeweils aktuelle Entwicklung bei den Rechtsextremisten zu gewinnen. Die Redaktionen sind nun sicherlich gut beraten, wenn sie nicht jede „Partei“- oder Vereinsgründung, nicht jede Pöbeleien und nicht jede Provokation in den Rang einer Nachricht erheben. Durch mangelnde Berichterstattung kann aber auch der Eindruck entstehen, in der Bundesrepublik dürften die Täter von ehemals oder deren Nacheiferer ihre Opfer verhöhnen. Manchmal möchte man glauben, die alten Parolen und Phrasen würden ohne Protest wieder hingenommen. Die Grauen erregende Meldung, die über dpa Ende Mai 1979, als „Holocaust“ gerade kein Thema mehr war, an alle Medien ging, könnte zu diesem Schluß verleiten: Ein früherer SS-Mann hatte mit Hilfe eines notorisch rechtsradikalen Anwalts der Journalistin Renate Harpprecht, die in einer Fernsehdiskussion im Januar im Anschluß an die „Holocaust“-Serie als Zeugin aufgetreten war, ein Verfahren wegen „Beleidigung und Volksverhetzung“ angedroht, wenn sie die Ermordung ihrer Familie in einem Konzentrationslager nicht beweisen könne¹⁸⁾. Die Meldung fand so gut wie keine Resonanz. Der Rechtsanwalt und sein Mandant hatten sich „diffamiert“ gefühlt, weil sie die „Vergasungsstory als eine längst durch Geschichtsforscher

¹⁸⁾ Auf die berechtigte Frage, ob gegen den ehemaligen SS-Mann, der Frau Harpprecht mit einer Klage gedroht hatte, irgendwelche Schritte unternommen wurden, gibt es keine befriedigende Antwort. Der SS-Mann war Bundesbahnbeamter. Der Bundesdisziplinaranwalt teilte auf Anfrage des Verkehrsministers am 4. Juli 1979 mit, daß mit einer disziplinarischen Ahndung nicht zu rechnen wäre. Ein Ruhestandsbeamter begehe nach geltendem Recht im Unterschied zu aktiven Beamten erst dann ein Dienstvergehen, „wenn er die Grundprinzipien unseres Staatswesens aktiv bekämpft oder wenn er ... durch Agitationen verfassungsrechtliche Wertentscheidungen diffamiert“. (Mitteilung von Renate Harpprecht an den Vf. vom 2. Januar 1980.) Gegen den Rechtsanwalt wurde im Februar 1980 Anklage wegen Nötigung erhoben.

des Auslands und auch des Inlands widerlegte „Greuelmär“ halten. Diffamiert wurde allerdings die demokratische Öffentlichkeit, aber kaum jemand empörte sich darüber.

Ob die Öffentlichkeit es nicht bemerkt hat, nicht bemerken konnte, weil es kaum eine Berichterstattung über den Fall gegeben hatte?

Die rechtsradikalen Propagandisten der „Greuelmär“ operieren ja mit der Uninformiertheit der Öffentlichkeit — sie selbst können eigentlich nicht so dumm sein, das zu glauben, was sie so penetrant behaupten. Die Technik dieser Agitation läßt sich an einem zentralen Exempel demonstrieren.

Zur Technik rechtsradikaler Propaganda

Im Mittelpunkt rechtsradikaler Propaganda steht die Leugnung oder Verharmlosung der Judenverfolgung unter dem NS-Regime. Keine Behauptung ist anscheinend unsinnig genug, als daß sie nicht immer wieder aus der Propaganda-Kiste hervorgezogen würde. Das reicht von der Leugnung der Existenz der Konzentrationslager, der Einsatzgruppen und Pogrome bis hin zu statistischen Kunststücken und abenteuerlichen Rechenexempeln über die Zahl der jüdischen Opfer. Mit besonderer Hartnäckigkeit wird die angebliche „6-Millionen-Lüge“ bekämpft.

Tatsächlich ist die Zahl der ermordeten Juden nicht mit der wünschenswerten Exaktheit (die aber gewiß von den rechtsextremen Interessenten auch nicht anerkannt würde) zu bestimmen, und das hat viele Gründe. Auf der einen Seite gibt es keine, zumindest keine zureichenden Statistiken über die jüdische Bevölkerung Europas vor, während und am Ende der NS-Zeit, vor allem gibt es diese Statistiken nicht für die osteuropäischen Länder. Bei aller buchhalterischen Akribie hatten die nationalsozialistischen Henker kein Interesse daran, der Nachwelt Zahlen über ihre Morde zu überliefern; es gibt zwar authentische Erfolgsmeldungen der Einsatzgruppen, aber die in geradezu industriellem Maße betriebene Vernichtung in den Gaskammern erfolgte ohne Registrierung der Opfer, weder ihrer Namen noch ihrer Zahl. Trotzdem stammt die Schätzung, daß 5—6 Millionen Juden der Vernichtungsmaschinerie zum Opfer fielen, aus nationalsozialistischer Quelle: Wilhelm Hoettl, der stellvertretende Gruppenleiter im Amt VI des Reichssicherheitshauptamts, bezifferte im Nürnberger Prozeß die Zahl der Opfer auf sechs Millionen¹⁹⁾; Rudolf Höß, Kommandant des Lagers Auschwitz von 1940 bis 1943, gab am 5. April 1946 unter Eid zu Protokoll²⁰⁾, daß

unter seiner Ägide allein in Auschwitz etwa drei Millionen Menschen, und zwar fast ausschließlich Juden, umgebracht wurden; Adolf Eichmann, als Leiter des „Judenreferats“ im RSHA der Organisator der Verhaftungen, Deportationen und der schließlichen Ermordung der Juden im Einflußbereich der Nationalsozialisten in ganz Europa, sprach mehrmals, zuletzt bei seinem Prozeß in Israel, ebenfalls von etwa 5 Millionen. Wir wollen hier nur ein einziges Argument untersuchen, das bei den rechtsradikalen Propagandakunststücken immer wieder auftaucht und dem immer wieder ahnungslose Leser zum Opfer fallen: die angeblich vom Roten Kreuz stammende Zahl von höchstens 300 000 Verfolgungsoptionen.

Die Schweizer Zeitschrift „Der Turmwart“ hatte im Dezember 1950 berichtet, daß alles in allem weniger als 1,5 Millionen Juden durch die Nationalsozialisten und ihre Helfer umgebracht worden seien. Als Quelle für diese Behauptung wurde ein Bericht in den „Basler Nachrichten“ vom 12. Juni 1946 angeführt, der mit dubiosen Statistiken und Rechentricks operierte. Ab Januar 1955 griff ein Blatt neozaristischer Observanz, das damals unter dem Titel „Die Anklage“ in Bad Wörishofen erschien, die Angelegenheit in einer Artikelserie wieder einmal auf. Jetzt war ein Experte, ein „universell bekannter Nordamerikaner“, neu in die Debatte eingeführt worden, dem die Zahlen in den Mund gelegt waren; es war nur noch von 300 000 Opfern die Rede. Die Schweizer Quellenangabe wurde als „Beweis“ im umgekehrten Verhältnis zur weiter verharmlosten Zahl der Opfer aufgepöppelt, es hieß nämlich jetzt: „Die Schweizer Zentrale des Roten Kreuzes hat nunmehr mit der Herausgabe einer amtlichen Meldung die Angaben des Amerikaners Warwick Hesters, die wir in unserem Artikel „Die gemeinste Geschichtsfälschung“ veröffentlichten, bestätigt. In der amtlichen Mitteilung der Schweizer Zentrale des Rotes Kreuzes heißt es ganz ein-

ter seine Zahlenangaben; vgl. Rudolf Höß, Kommandant in Auschwitz, Stuttgart 1958, S. 162 f.

¹⁹⁾ Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1947—1949, Bd. III, S. 635; vgl. Nürnberger Dokument PS 2738.

²⁰⁾ Ebenda, Bd. XXXIII, S. 276; Höß reduzierte spä-

deutig: „Opfer politischer, rassischer und religiöser Verfolgung in den Gefängnissen, Konzentrationslagern usw. zwischen 1939 und 1945: 300 000 (dreihunderttausend)“²¹⁾.

Ermuntert durch diese seriös erscheinende Quellenangabe berichteten nun auch unverdächtige Magazine über die Opfer des Zweiten Weltkriegs und übernahmen die angebotenen Zahlen. „Das grüne Blatt“, ein Unterhaltungsmagazin der Regenbogenpresse, brachte 1955 einen Artikel, in dessen Vorspann es hieß: „Seit 1946 hat die Schweizer Zentrale des Roten Kreuzes amtliche Meldungen über die Kriegsverluste der einzelnen Länder gesammelt. Die jetzt vorliegenden Zahlen sind eine Bilanz des Grauens, eine ernste Mahnung an die Politiker von heute, alles zu tun, damit sich ein solches Blutbad nicht wiederholen kann.“ In der Gesamtzahl der „57 Millionen Opfer!“ (so die Überschrift des Artikels) war dann wieder die Zahl von 300 000 Verfolgungsoptionen enthalten²²⁾.

„Das grüne Blatt“, das durch die Veröffentlichung zu Unrecht in den Verdacht neofaschistischer Tendenz geriet, distanzierte sich in einem Brief vom 6. Februar 1956 an den damaligen Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, der um Aufklärung über die Quellen des Artikels gebeten hatte, entschieden von dieser Zahlenangabe und machte dabei aufschlußreiche Angaben über das Zustandekommen solcher Artikel:

„Wir brachten den von Ihnen zitierten Beitrag ‚57 Millionen Opfer‘, um im Zuge der sich abzeichnenden Remilitarisierung allen Verantwortlichen einmal eine ernste Mahnung mit auf den Weg zu geben. Wir hatten den Artikel, der sich auf Angaben des schweizerischen Roten Kreuzes stützen sollte, von unserem ständigen Kopenhagener, auch in der Schweiz und Österreich vertretenen, Mitarbeiter, mit dem wir bislang noch nie Anstände gehabt hatten. Wir hatten auch mit diesem Aufsatz keine, nur eine darin genannte Zahl — die der in Konzentrationslagern umgekommenen Opfer — machte uns arge Scherereien. Sie ist, wie sich inzwischen herausstellte, offensichtlich falsch. Wir haben in der Angelegenheit auch schon eine lange briefliche Unterhaltung mit dem Bundestagsabgeordneten Kalbitzer geführt, weil man uns — dem GRÜNEN BLATT — in der Schweiz und auch in Deutschland, ein Ein-

treten für neofaschistische Belange unterschoben wollte, was bei uns nur erst ein Kopfschütteln, dann aber starke Verärgerung auslöste. Wir gingen der ganzen Sache energisch nach, leider verlief sie sozusagen im Sande. Die letzte Quelle wurde nicht bekannt. Unser Kopenhagener Mitarbeiter, dessen eigene Familie zum großen Teil in Konzentrationslagern umgekommen ist, der also völlig integer gegen Verdächtigungen ist, hatte den Aufsatz der ‚Wiener Wochenausgabe‘ entnommen, mit der er ein Austauschabkommen hat. Der Redakteur der ‚Wiener Wochenausgabe‘, der ihn geschrieben hatte, hatte die Angaben, wie er uns brieflich mitteilte, einer Schweizer Zeitung entnommen, er konnte allerdings nicht mehr angeben, ob es sich um ‚Die Tat‘ oder ein anderes Blatt gehandelt hatte.“²³⁾

Wie verhält es sich nun aber tatsächlich mit den „amtlichen Zahlen“ des Roten Kreuzes? Sie haben niemals existiert, wie aus einem Brief des Chefs der Informationsabteilung des Comité International de la Croix-Rouge vom 17. August 1955 an den Direktor des Instituts für Zeitgeschichte hervorgeht:

„Statistische Aufstellungen über Verluste an Militärpersonen oder Deportierten können wir nicht verschaffen, da derartige statistische Arbeiten dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz nicht obliegen. Einerseits verfügt das Komitee über die hierzu erforderlichen Mittel nicht und andererseits beziehen sich die in der Kartei der Kriegsgefangenen-Zentrale enthaltenen Meldungen auf Gefangenschaftsnahme, Transfer in andere Lager, Freilassung usw., aber geben kein genaues Bild der gesamten Anzahl von Kriegsgefangenen. Statistiken, die diesen Angaben zu entnehmen wären, würden nicht nur eine sehr langwierige Arbeit erfordern, sondern auch ein ungenaues Endergebnis aufweisen. Bei weitem noch unvollständiger sind unsere Angaben über die sich seinerzeit in Deutschland befindlichen Häftlinge der Konzentrationslager. Wenn wir auch gegen Ende des Krieges Häftlingen Hilfe und Beistand gewähren konnten, so waren trotz zahlreicher Bemühungen Hilfsaktionen in dem gleichen Ausmaße wie zugunsten der Kriegsgefangenen nicht möglich, da dem Komitee hierzu die rechtlichen Grundlagen fehlten. (Das Abkommen zum Schutze der Zivilbevölkerung geht auf den 12. August 1949 zurück, an dem die in Genf tagende diplomatische Konferenz die 4 Genfer Abkommen zum Schutze der Kriegsoptionen annahm.)

²¹⁾ „Beweis aus der Schweiz: Was nun Herr Staatsanwalt?“ in: Die Anklage. Organ der Entrechteten Nachkriegsgeschädigten, 1. 4. 1955.

²²⁾ Das grüne Blatt, 6. 3. 1955.

²³⁾ Archiv Institut für Zeitgeschichte.

Wie Sie aus diesen Ausführungen ersehen, beruhen die Angaben des deutschen Wochenblattes auf keinen vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz gelieferten Informationen.“²⁴⁾

Dieses offizielle Dementi des Internationalen Roten Kreuzes in Genf nützte freilich wenig. Zehn Jahre später (und in der Zwischenzeit natürlich auch) beriefen sich Rechtsradikale in einem Offenen Brief an Kardinal Döpfner, der im NPD-Blatt „Deutsche Nachrichten“ abgedruckt wurde, wieder auf Zahlenangaben des IRK, und wiederum distanzierte sich das Internationale Komitee vom Roten Kreuz kategorisch von dieser Fälschung:

„Wir möchten eindeutig klarstellen, daß das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf überhaupt nichts mit diesen Behauptungen zu tun hat. Die Statistiken über die Kriegsverluste und die Opfer politischer, rassischer oder religiöser Verfolgungen fallen nicht in sein Zuständigkeitsgebiet und haben nie dazu gehört.

Selbst wenn es sich um Kriegsgefangene handelt (die seit 1929 durch ein internationales Abkommen geschützt sind und für die wir, wie Sie wissen, einen Zentralen Suchdienst besitzen), wagen wir keine Zahlen zu nennen, da wir uns wohl bewußt sind, daß wir nicht im Besitze sämtlicher Auskünfte betreffend diesen Personenkreis von Kriegsoptionen sein können. Um so mehr sind wir verpflichtet, uns jeglicher Schätzung zu enthalten, wenn es sich um Zivilpersonen handelt, die zu jener Zeit durch keinerlei Konvention geschützt waren und sich somit der Aktion des Roten Kreuzes fast vollständig entzogen.“²⁵⁾

Über den Brief vom 11. Oktober 1965 an das Institut für Zeitgeschichte, aus dessen Original diese Sätze zitiert wurden, berichtete im Januar 1966 die Tagespresse, einschließlich zahlreicher Provinzzeitungen. Gestört hat das die rechtsradikale Propagandamaschinerie bis zum heutigen Tag wiederum nicht, allenfalls machen sich neonazistische Pamphletisten die Mühe, neue „amtliche“ Angaben zu erfinden. Heinz Roth z. B. fragte in einer 1973 verteilten Broschüre „Warum werden wir Deutschen belogen?“: „Wußten Sie, daß die sicher beklagens-

werten Verluste des jüdischen Volkes — nach Feststellungen der UNO, die keinen Grund hat, irgendein Volk besonders in Schutz zu nehmen — zweihunderttausend betragen haben?“

Die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der UNO teilte dem Institut für Zeitgeschichte am 1. August 1974 auf eine entsprechende Anfrage mit, daß die „erwähnte Zahl von 200 000 jüdischen Opfern des NS-Regimes mit Sicherheit nicht auf Feststellungen der Vereinten Nationen beruht“²⁶⁾. Solche Beispiele ließen sich schier endlos fortsetzen; wir unterlassen es, um den seriösen Leser nicht zu langweilen. Für die rechtsradikalen Propagandastrategen aber hat der Unsinn der immer wieder neu gefälschten „Belege“ Methode: Sie kennen ja die historische Wahrheit nur zu gut, müssen aber an der Negation der Tatsachen festhalten, bildet das Leugnen doch den einzigen Grund unter ihren Füßen.

Agitation nach diesem Muster wird von Rechtsextremen besonders gern mit Pamphleten und Flugblättern vor und in Schulen betrieben. Wenn in den Klassenzimmern dann NS-Parolen und Hakenkreuze erscheinen, ist die Aufregung groß. Doch trifft sie nicht selten die Falschen, nämlich die Verführten. Im Übereifer werden womöglich die Schüler bestraft, die Opfer mangelnder Aufklärung sind. Aber auch die Forderung nach einer Verbesserung des Geschichtsunterrichts allein hilft noch nicht viel, wenn gleichzeitig die Historiker in den Schulen als Alleinverantwortliche installiert werden sollen²⁷⁾. Was nutzt der beste Geschichtsunterricht, wenn der Physiklehrer im Nebenberuf rechtsradikale Propaganda treibt oder wenn der Sportlehrer die Turnhalle zum Agitationsfeld gegen historische Tatsachen umfunktioniert?

²⁶⁾ Ebenda.

²⁷⁾ Zu diesem Problemkreis gibt es inzwischen reichlich Literatur, z. B.: Hartmut Castner, Thilo Castner, Schuljugend und Neo-Faschismus — ein akutes Problem politischer Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 4. 11. 1978; Ekkehard Launer, Eckhart Pohl, Eckhard Stengel (Hrsg.), Rechtsum zum Abitur oder: wie braun dürfen Lehrer sein? Dokumentiert am Beispiel des Grottefend-Gymnasiums Hann. Münden, Göttingen 1979; Alwin Meyer, Karl-Klaus Rabe, Unsere Stunde die wird kommen. Rechtsextremismus unter Jugendlichen, Bornheim-Merten 1979; Gerhard Paul, Bernhard Schoßig (Hrsg.), Jugend und Neofaschismus, Frankfurt a. M. 1979.

²⁴⁾ Ebenda.

²⁵⁾ Ebenda.

Martin Greiffenhagen: Zur Rolle der Sprache in der Politik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/80, S. 3—11

Man hat jüngst die Wirkung politischer Schlagworte im Wahlkampf analysiert. Dabei zeige sich, daß anspruchsvolle Wörter wie „Gerechtigkeit“ und „Chancengleichheit“ die Testpersonen weit weniger erregten als Feind-Chiffren (etwa: „Juso“, „Sozialist“ oder „Kapitalismus“). Statt sich von Polarisierungen verbesserte Wahlchancen zu versprechen, sollten die Parteien einen sachbezogenen, an zentralen politischen Fragen orientierten Wahlkampf führen und die Bevölkerung dazu bringen, die besseren Argumente, nicht aber die größeren Irrationalitäten in ihrer Stimmabgabe zu prämiieren. Voraussetzung dafür ist die Orientierung über die wirklichen Sachgegensätze, zusammen mit einer möglichst guten Kenntnis über die Wirkung politischer Sprache. Dieser Beitrag will die politische Funktion der Sprache selber zur Sprache bringen, mit anderen Worten: er will aufklären.

Friedrich-Wilhelm Schlomann: Trotzlisten — Europäische Arbeiter-Partei — „Maoisten“

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/80, S. 12—28

In diesem Beitrag werden alle links von der DKP einzuordnenden organisierten Gruppierungen in der Bundesrepublik untersucht.

Skizziert wird zunächst der Trotzismus. Zwar berufen sich alle seine Anhänger auf Trotzki, den „Vater der IV. Internationale“, doch unterscheiden sich die einzelnen Gruppen nicht nur in ihrer Taktik, sondern auch in der Bewertung vieler aktueller politischer Fragen.

Als eine linksextreme Gruppierung besonderer Art erscheint die „Europäische Arbeiter-Partei“, deren Konturen nur schwer zu bestimmen sind und die dem Betrachter letztlich ein etwas konfuses Bild bietet. Die Frage, ob die in der Bundesrepublik tätige Organisation den Kurswechsel ihrer „Hauptpartei“ in den USA zu einem augenscheinlichen Rechtsradikalismus und Antisemitismus mitvollziehen wird, kann zur Zeit noch nicht abschließend beantwortet werden.

Bei den auch früher schon zerstrittenen Maoisten-Gruppen gibt es angesichts der Ereignisse in der VR China und in Indochina heute kaum noch Gemeinsamkeiten. So ist die KPD/ML inzwischen auf Albanien-Kurs eingeschwenkt, während die KPD sich vor Monaten selbst auflöste. Völlig China-„linientreu“ erscheint lediglich noch der KBW. Der „Kommunistische Bund“ (KB) hingegen will sich weder an Peking noch an Tirana ausrichten. Der „Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD) wiederum sieht Mao Tse-tung durch das heutige China „verraten“. Infolge der nachhaltigen Verunsicherung durch die Vorgänge in den bisher isolierten Ländern sind die Mitgliederzahlen bei den einzelnen Organisationen beträchtlich zurückgegangen. Wie jedoch die jüngsten Krawalle im Weserstadion in Bremen zeigen, besteht bei ihnen auch weiterhin ein „harter Kern“, der als eine latente Bedrohung für den Frieden des Landes angesehen werden muß.

Wolfgang Benz: Die Opfer und die Täter — Rechtsextremismus in der Bundesrepublik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/80, S. 29—45

Rechtsextremismus ist nach Begriff und Inhalt durch folgende Kriterien bestimmbar: Aggressiver Nationalismus, Militarismus, Intoleranz und Unfähigkeit zu politischen Kompromissen, Antisemitismus und Rassismus, Propagierung einer autoritären oder diktatorischen Staatsform, latente Bereitschaft zur gewaltsamen Durchsetzung dieser Ziele. Unter den derzeit rund 17 000 Mitgliedern von Organisationen mit rechtsextremer Zielsetzung in der Bundesrepublik stellt die NPD mit etwa 8 000 Anhängern immer noch die größte Gruppe. Die Organisationen der „National-Freiheitlichen Rechten“, in deren Mittelpunkt die „Deutsche National-Zeitung“ steht, konkurriert in gewissem Maß mit der NPD. Am unübersichtlichsten ist die zahlenmäßig kleinste, aber besonders aktive und gefährliche Gruppe der Neonazis (etwa 1 300 Personen bilden deren organisierten Kern). Die Aktivitäten der Neonazis haben seit 1974 in der Bundesrepublik ständig zugenommen; Ende 1977 kam es zu den ersten terroristischen Gewaltakten. Besondere Anziehungskraft haben die neonazistischen Gruppierungen, die auch mit entsprechenden Organisationen im Ausland zusammenarbeiten, auf Jugendliche.

Trotz der äußeren Zersplitterung gibt es zahlreiche Querverbindungen innerhalb der einzelnen Organisationen und Richtungen. Rechtsextreme Neigungen finden sich aber auch jenseits der eindeutig zu klassifizierenden Organisationen; sie sind, außer in Krisenzeiten, kaum quantifizierbar und nach Meinung des Verfassers normalerweise auch nicht gefährlich. Zusammen mit den organisierten Rechtsradikalen kann die Affinität eines bestimmten Teils der Gesellschaft zum rechten Extremismus freilich unter entsprechenden Bedingungen zu einem bedrohlichen antidemokratischen Konfliktpotential anwachsen. Rechtsextremismus ist daher, ungeachtet seiner geringen zahlenmäßigen Stärke, nicht nur ein mehr oder weniger großes latentes Sicherheitsproblem und deshalb mit Aufmerksamkeit zu beobachten; er hat in Deutschland auch eine besondere historische Dimension. Das zeigt sich nicht zuletzt in der rechtsradikalen Propaganda, in der die Spanne von der Verharmlosung des „Dritten Reiches“ bis zu seiner Verherrlichung reicht.